Proletarier:innen aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

TROTZ ALLEDEM!

Nr. 93 • Januar 2024 • 2,50 €

Was in einer Welt in Aufruhr alles zusammenkommt…

Deutschlands Staatsräson

Leid und Kampf des palästinensischen Volkes

Krieg und Frieden
Verrat „unserer" Gewerkschaften

Linke Büchermesse in Nürnberg
Impressionen

1933 – 2023
Deutschland & Iran
Best friends

Aktionsbündnis
„Kein Knoten für Zetkin"

Inhalt

Schwerpunkt – Palästina – Israel

Was in einer Welt in Aufruhr alles zusammenkommt
Deutsche Staatsräson – Leid und Kampf des palästinensischen Volkes 3

Thesen zur Palästina-Israelfrage 16

Aktionsberichte
Solidaritäts-Demonstration 18

Dokumentiert
Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost 20

Flugblatt *Trotz Alledem*
Der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes ist gerecht 22

Klassenkampf

Notizen
Geschichte und Gegenwart des Verrats „unserer" Gewerkschaften in der Frage Krieg und Frieden! 25

Internationales

1933 – 2023
Deutschland und Iran: Best friends 32

Kultur & Politik

Impressionen – Diskussionen
28. Linke Literaturmesse Nürnberg 39

Aktionsbündnis Tübingen
„Kein Knoten für Zetkin" 49
Antikommunistischer Angriff abgewehrt

trotzalledem1@gmx.de – trotzalledem.org
V.i.S.d.P.: H. König, Kafkastr. 56, 50829 Köln
Jahresabo 15.- Euro inklusive Versand

Sozialismus oder Untergang in der Barbarei – ein drittes gibt es nicht! UNSER Neujahrsgruß für 2024 kommt nicht nur nach Silvester!

Nein WIR Kommunist:innen bei und um TROTZ ALLEDEM! grüßen zum neuen Jahr auch am zweiten Januarwochenende alle Kämpfer:innen für die sozialistische Revolution, alle Revolutionär:innen. Unsere Solidarität ist mit all jenen, die für eine neue, eine bessere Welt eintreten – Schulter an Schulter mit dem Weltproletariat und den unterdrückten Völkern werden wir sie doch gewinnen, diese Welt, die nach Befreiung schreit.

Mit unseren Aktionen zum LLL-Gedenken – Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Wladimir Iljitsch Lenin am 13. und 14. Januar in Berlin geben wir uns das Versprechen, auch in diesem Jahr mit aller Kraft die Sache der Revolution für den Sozialismus voranzutreiben.

Wir gedenken an **Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht**, die im Januar 1919 von SPD und Freikorps im Auftrag der Großbourgeoisie ermordet wurden. Unermüdlich und kompromisslos traten sie ein für die Organisierung der Arbeiter:innenklasse in Deutschland. Die von ihnen gegründete Kommunistische Partei Deutschlands sollte das Proletariat beim Sturz des kapitalistischen Ausbeutungssystems anführen. Nach dem Vorbild der russischen Oktoberrevolution!

Wir gedenken an **Wladimir Iljitsch Uljanow, LENIN**, der im Januar 1924 an den Folgen eines Attentats starb. Jeder Kopf, jedes Herz, jede Hand – denkend, schlagend und kämpfend für die Befreiung der Arbeiter:innenklasse, der werktätigen Menschen und der unterdrückten Völker dieser Erde, kennt Lenin.

Wir gedenken **all der Kämpfer:innen international**, die für die Sache des Sozialismus eintraten und uns den so unschätzbar kostbaren Schatz ihrer Erfahrungen hinterließen.

Die Welt im Dauer-Krisen-Zustand – alle Zeichen auf verschärfte Unterdrückung und Krieg. Das internationale Kapital walzt erbarmungslos alles platt, das keine Profite bringt. Die imperialistische Neuaufteilung ist in vollem Gange. Neue alte Bündnisse, Blockbildung und barbarischer Krieg. Menschenrechte und Demokratie steht auf ihren Fahnen – und mit ihren Drohnen, Raketen und Panzern zeigen sie ihr wahres Gesicht.

Die Menschheit und die Erde werden in beispielloser Katastrophe dieser Profitgier zum Fraß vorgeworfen.

Ja, die Welt braucht die Lehren von Lenin, Liebknecht und Luxemburg.

Ja, wir brauchen die Kommunistische Partei!

Auf in den Kommunistischen Block auf der LLL-Demo!

Vorwärts zur Kommunistischen Partei –
als Einheit der Arbeiter:innenklasse in Deutschland, Proletariat und werktätige Menschen!

Kampf dem System *TROTZ ALLEDEM!*

Was in einer Welt in Aufruhr alles zusammenkommt …

Deutschlands Staatsräson Leid und Kampf des palästinensischen Volkes

2023 war ein Jahr der multiplen Krisen. Ein Jahr der nicht endenden, eher sich zuspitzenden ökonomischen und ökologischen Krisen weltweit.
Ein Jahr der Kriege und „kriegerischen Auseinandersetzungen" auf allen Kontinenten. Ein Jahr der verschärften Konkurrenz und Blockbildung der imperialistischen Mächte im Kampf für die Neuaufteilung der Welt. Ein Jahr der zunehmenden Armut und des Elends der Werktätigen, der „großen Menschheit" auf der einen Seite. Der satten Profite und des zunehmenden unermesslichen Reichtums der Ausbeuter:innen, der kleinen Minderheit auf der anderen Seite. Und ein Jahr mit über 80 Millionen flüchtenden Menschen. Flüchtend, auf den Fluchtwegen den Tod in Kauf nehmend, vor Kriegen, Vertreibungen, vor menschengemachten Naturkatastrophen, vor Hunger, vor Armut und Elend.
Ein Jahr voller Kriege: Sudan, Ukraine, Myanmar, Mexico, Jemen und Afghanistan, Syrien, Irak … Palästina.
Ein Jahr mit über 18 800 geborgenen Toten und 1,9 Millionen unter terroristischem Bombenhagel des zionistischen Staates Israel im eigenen Land vertriebenen palästinensischen Menschen im Gazastreifen.
Im neu angebrochenen Jahr 2024 werden sich viele dieser Krisen, Elend und Armut der werktätigen Menschen, Kriege, Umweltvernichtung und die daraus resultierenden Katastrophen noch mehr verschärfen. Diese Perspektiven zu analysieren und kommunistisch-politische Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, ist unsere Aufgabe als Kommunist:innen, die in der BRD daran arbeiten, die Kommunistische Partei aufzubauen.

Die große Menschheit

Die große Menschheit reist auf dem Schiff als Deckpassagier
fährt im Zug dritter Klasse
geht auf der Fernstraße zu Fuß
die große Menschheit.

Die große Menschheit beginnt mit acht zu arbeiten
heiratet mit zwanzig
stirbt mit vierzig
die große Menschheit.

Das Brot reicht für alle außer für die große Menschheit
genauso reicht der Reis
genauso reicht der Zucker
genauso reicht die Kleidung
genauso reicht die Bildung
für alle außer für die große Menschheit.

Es gibt keinen Schatten auf dem Boden der großen Menschheit
keine Lampen in ihren Straßen
keine Scheiben in ihren Fenstern
aber die große Menschheit hat Hoffnung
ohne Hoffnung kann man nicht leben.

Nazım Hikmet, Büyük İnsanlık, 7. Oktober 1948, Taşkent
Aus dem Türkischen übersetzt von Achim Wagner

Ökonomie im Krisenmodus

Was die **ökonomische Krise** betrifft, dümpelt die globale kapitalistische Ökonomie, nach dem tiefsten Einbruch seit dem Ende des zweiten Weltkriegs mit einer Wirtschaftsschrumpfung von -2,95 Prozent im Coronajahr 2020, im Krisenmodus dahin.
2023 wurde weltweit ein Wirtschaftswachstum von 2,8 Prozent erwartet. Wobei der Beitrag der so genannten „sich entwickelnden Ökonomien" zu diesem globalen Wachstum höher ist als der Beitrag der Länder, die als „entwickelte Ökonomien" bezeichnet werden. **Die Wachstumsraten der Länder des globalen Ostens und Südens sind höher als die des globalen Westens.**
Der Beitrag Deutschlands zur Weltökonomie wird mit der erwarteten Schrumpfung der Wirtschaftsleistung von -0,1 bis -0,4 Prozent ein negativer sein. Viele andere europäische Länder befinden sich in einer ähnlichen Situation.
Wie reagieren die bürgerlichen Staaten angesichts dieser ökonomischen Situation?
Erstens wird die Lüge zum Mainstream gemacht: Die ökonomische Krise würde alle glei-

chermaßen treffen. Deswegen müssen nun alle an einem Strang ziehen. Alle sollen „den Gürtel enger schnallen“ etc. Mit „Alle“ sind natürlich wir, die „Große Menschheit“ gemeint.
Wir sind diejenigen die in der Krise zur „Opferbereitschaft“ aufgerufen werden. Nicht die 10 Prozent der Weltbevölkerung, die über 50 Prozent aller Vermögenswerte verfügen sondern die restlichen 90 Prozent. Darunter aber vor allem die Menschen, die zum Überleben gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen wir Arbeiter:innen und Werktätige. **Die Krise aber trifft genau uns.** Ökonomische Krise im Kapitalismus bedeutet für uns relative und absolute Verelendung. Für viele von uns Erwerbslosigkeit.
Für einen Teil der kleinen und mittleren Bourgeoisie kann die Krise auch ihren Ruin und ihren „Niedergang“ entweder in die Reihen der arbeitenden Bevölkerung oder Abstieg ins Lumpenproletariat bedeuten. Für andere Schichten der Bourgeoisie, für die großen Monopole ist die ökonomische Krise allerdings ein Segen, um ihre Profite zu erhöhen und sich neu aufzustellen. Für einige Pharmamonopole war z.B. die **„Coronapandemie“** ein schier unendlicher Quell für unermessliche Gewinne.
An die 677 Millionen Krankheitsfälle, annähernd sieben Millionen Tote! Mehr davon bedeutet im Kapitalismus mehr Profit. Für den kapitalistischen Staat war jede:r Corona-Tote eine Entlastung der Rentenkasse. Der Krieg in der Ukraine wiederum ist für die Waffenmonopole ein Geschenk für satte Profite. Die Rheinmetallaktien in Deutschland haben z.B. ihren Wert nach dem 24. Februar 2022 vervielfacht.
Rheinmetall Jahres-Schlusskurse [1]

Jahr	Erster	Hoch	Tief	Schluss	Veränderung
2023	187,95	291,60	187,95	283,80	51,00%
2022	82,94	224,30	82,94	187,95	126,61%
2021	87,34	92,50	76,96	82,94	-5,04%
2020	102,30	108,25	46,00	87,34	-14,62%
2019	77,50	117,35	77,20	102,30	32,00%
2018	105,78	117,70	70,40	77,50	-26,73%

In der Privatwirtschaft sind die **Waffenmonopole die größten Gewinner** an diesem Krieg, allen voran die der USA. Je länger der Krieg dauert, desto besser für die Waffenindustrie.
Zweitens werden alle Lasten der Krise von den Rücken der Arbeiter:innen und werktätigen Bevölkerung geschultert. Aktuell von der gegenwärtig arbeitenden Generation. Das geschieht in Form z.B. der Erhöhung der indirekten Steuer wie die Mehrwertsteuer auf alle Waren/Dienste des täglichen Bedarfs, Steuer auf Kraft- und Brennstoffe – Benzin, Diesel, Öl, Gas – sowie Strom und andere. Die notwendigsten Lebensmittel werden teurer und teurer.
Die Sozialleistungen und Renten werden entweder auf gleichem Niveau gehalten, was de facto eine Kürzung bedeutet. Oder aber sie werden bei den Schwächsten der Unterdrückten, den „geduldeten“ Migrant:innen, bis zur **faktischen Streichung** gekürzt.
Die Forderungen der Arbeiter:innen und Werktätigen nach Ausgleich durch Lohnerhöhungen werden abgeblockt mit dem Argument, das liegt an der Krise! So werden in laufenden Tarifverträgen Lohnerhöhungen in der Regel unter der Teuerungsrate der Werktätigen gehalten, die viel höher liegt als das allgemeine Inflationsniveau.
Tatsächliche Reallohnverluste durch die angeblich „für die Industrie“ und überhaupt „für die Wirtschaft“ „schmerzlichen Tarifabschlüsse“ werden **als Lohnerhöhungen** verkauft. Die großen Konzerne werden von Staaten wie z.B. Deutschland mit zig Milliarden unterstützt, während bei der arbeitenden Bevölkerung, Rentner:innen und Bürgergeld-Empfänger:innen an allen Enden und Ecken „gespart“ wird.
Die Frage, ob das **Bürgergeld** ab 1. Januar 2024 von **502 Euro** auf sage und schreibe **563 Euro** erhöht werden soll, wurde zur Existenzfrage, ob die regierende Ampel-Koalition weiter existiert oder Weihnachten nicht überlebt! **61 Euro** mehr für die Ärmsten in der Republik Deutschland werden zur **existentiellen Frage** von Wirtschaft und Politik hochstilisiert.
Das Land, das die viertgrößte Ökonomie (nach USA, China und Japan) der Welt besitzt, kann sich das angeblich nicht leisten! Leisten kann es sich auch nicht, dass **gravierende Kinderarmut**, *„Mehr als jedes fünfte Kind und jede:r vierte junge Erwachsene gelten in Deutschland als armutsgefährdet.“* [2] abgeschafft wird.
Der deutsche Staat kann es sich nicht leisten, dass die **Schulerziehung** richtig funktioniert. Es fehlen enorm viele Lehrkräfte und die Schulen sind marode. Das Ergebnis wird in der PISA Studie 2023 festgehalten: *„Die 15-Jährigen in Deutschland fallen bei PISA 2022 in allen Kompetenzbereichen auf die niedrigsten Werte ab, die hierzulande im Rahmen von PISA je gemessen wurden. Getestet wurden die Kompetenzen in Mathematik als Hauptdomäne, im Lesen und in den Naturwissenschaften als Nebendomänen. In Mathe verfehlen 30 Prozent der Jugendlichen die Mindestanforderungen, im Lesen*

1 www.boerse.de/historische-kurse/Rheinmetall-Aktie/DE0007030009

2 bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2023/januar/neue-zahlen-zur-kinder-und-jugendarmut-jetzt-braucht-es-die-kindergrundsicherung

sind es 25 Prozent. Im Vergleich zur PISA-Studie 2018 entspricht der Rückgang der Kompetenzen in Mathematik und im Lesen dem durchschnittlichen Lernfortschritt eines ganzen Schuljahres" [3]

Aber Staat und Regierung können es sich z.B. leisten, dass das **Budget des Kriegsministeriums** mit **50,12 Milliarden** im Staatshaushalt 2023 an zweiter Stelle bei den Ausgaben steht.

Auf ihren Internet-Seiten kann die Bundesregierung im September 2023 ganz ungeniert stolz verkünden: *„Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat Deutschland der Ukraine bereits Hilfen im Gesamtwert von rund **24 Milliarden Euro** zur Verfügung gestellt – als humanitäre Unterstützung, direkte Zahlungen oder in Form von Waffen."* [4]

Kinderarmut und Schulmisere in Deutschland, in dem laut **globaler Liste der Dollar-Milliardäre 226 Personen** ansässig sind. Das Land, in dem das Vermögen der 500 reichsten Menschen/Familien zusammen über 1,1 Billionen Euro betragen. [5]

In diesem Land wird aber die Forderung nach einer **höheren Besteuerung der Reichen** als angeblich dem in der Verfassung verankerten „Gleichheits"prinzip widersprechend, abgelehnt. Für Krieg, für die Vermehrung des Reichtums der Reichen, für Diätenerhöhung und Dienstprivilegien der ach so fürs Volk schuftenden Politiker:innenkaste steht allerdings genug Geld zur Verfügung. Aber nicht für die Deckung der einfachsten Bedürfnisse der werktätigen Bevölkerung wie Schulbildung, Gesundheit usw. Wir sind es, die gegenwärtig in der Krise zur Kasse gebeten werden.

Außerdem werden die Lasten der Krise durch hohe Staatsverschuldung auch auf die Schultern der nächsten und kommenden Generationen abgeladen. Es gibt viele Staaten, deren Staatsschulden das Bruttoinlandsprodukt weit übersteigen.

Demnach sieht die Relation für manche Länder folgendermaßen aus: Die Liste wird angeführt von Japan mit 258 Prozent Staatsverschuldung; es folgen Italien mit 140 Prozent (5. Rang), USA mit 122 Prozent (10. Rang); Frankreich mit 115 Prozent (15. Rang), um einige zu nennen.

Deutschland befindet sich mit 67 Prozent auf Rang 65 dieser Liste. Verglichen mit anderen Staaten steht es etwas besser da. Aber diese 67 Prozent Staatsschulden in Relation zum BIP in Deutschland bedeuten, es hat ein Maastricht-Kriterium für die Mitgliedschaft in der EU klar verfehlt! In den 1992 in Maastricht beschlossenen „EU-Konvergenzkriterien", die auch Maastricht-Kriterien genannt werden, wurden die ökonomischen Kriterien für die Mitgliedschaft in der EU festgelegt. Diese sahen für die Finanzlage der öffentlichen Hand unter anderem auch vor, dass der staatliche Schuldenstand **nicht mehr als 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts** betragen darf. Mit 67 Prozent liegt Deutschland über dieser Grenze. Also? Schluss mit der EU Mitgliedschaft?

Nicht nur Deutschland, sondern auch Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Frankreich, Belgien, Zypern, Österreich, Finnland, Ungarn, Slowenien und die Slowakei dürften heute nach diesen Kriterien keine EU-Mitglieder mehr sein. Die meisten, vor allem die größten bürgerlichen Staaten des „Westens", leben auf Pump. Sie sitzen auf stetig **anwachsenden Schuldenbergen**. Diese wiederum bedeuten nichts anderes, als dass die Bourgeoisie nicht nur die heutige, sondern auch die kommenden Generationen in Schuldhaft nimmt. Die kumulativen Staatsschulden des Staates der deutschen Bourgeoisie, der BRD, beliefen sich 2022 auf 2.321 Milliarden Euro. [6]

Pro Kopf bedeutet das für jede:n in Deutschland lebende:n Bürger:in etwa **27 630 Euro**. Jedes neugeborene Kind in Deutschland kommt mit einer solchen Schuldenlast auf die Welt! Und der Schuldenberg wächst und wächst. Die Ampelkoalition hatte mit einem Trick versucht, die Neuverschuldung zu verdecken. Dabei wurde sie vom Verfassungsgericht ertappt. Nun musste sie ihren Haushalt 2023 neu aufstellen. In diesem kürzlich im Bundestag mit den Stimmen der Ampelkoalitionäre beschlossenen **Nachtragshaushalt sind nun 27,4 Millionen Neuverschuldung** dazu gekommen.

Sie erzählen uns, dass dies notwendig sei, um Neuinvestitionen für die Zukunft zu tätigen, um Klimaschutzmaßnahmen durchzusetzen, um den Sozialstaat aufrechtzuerhalten etc. Dafür sind keine Neuschulden nötig, deren Zins und Zinseszins wir auch noch bezahlen werden. Für staatliche Einnahmen braucht es z.B. ein **neues Steuersystem**, eine Reichensteuer, durch die progressiv steigende Besteuerung aller Einkommen, eine Abschaffung des Erbrechts … wir hätten da noch mehr Reformideen … Auf der **Ausgabenseite** müssten zum Beispiel das Kriegsbudget auf Null zurückgefahren, die Privilegien der Politiker:innenkaste beschnitten, die Bürokratie reduziert und einiges andere einfach gestrichen werden. Wir wissen, dass das alles im Kapitalismus sehr schwierig durchzusetzen ist, aber es ist machbar.

3 deutsches-schulportal.de/bildungswesen/die-zehn-wichtigsten-ergebnisse-der-pisa-studie/2023

4 bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/krieg-in-der-ukraine/deutschland-hilft-der-ukraine-2160274

5 wiwo.de/erfolg/trends/milliardaers-ranking-40-5-milliarden-dollar-das-sind-die-wohlhabendsten-deutschen/29430936.html, 2023

6 de.statista.com/statistik/daten/studie/154798/umfrage/deutsche-staatsverschuldung-seit-2003/

Wenn die Arbeiter:innen und Werktätigen, die dieses System aufrechterhalten, sich ihrer Macht bewusst werden und ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen. Doch um **wirklichen Frieden und Solidarität** unter den Völkern zu schaffen, um eine Welt ohne Kriege, eine Welt ohne Ausbeutung von Mensch und Natur zu schaffen, **muss** die Arbeiter:innenklasse **dieses System zerschlagen und ihre eigene Macht** errichten.
Die bürgerliche Ökonomie ist eine chaotische Ökonomie, die unter anderem auf der Konkurrenz verschiedener Kapitalist:innen und Kapitalist:innengruppen beruht. Krisen sind ihre ständige Begleitung.
Für das kapitalistische System insgesamt sind Krisen, auch wenn sie für einzelne Kapitalist:innen den Ruin bedeuten, eine Möglichkeit der Erneuerung, Durchsetzung neuer Technologien und Produktions-Instrumente-Methoden. Was für die Bourgeoisie mehr Produktion, mehr Profit ist, bedeutet für die Arbeiter:innen, Intensivierung der Arbeit und der Ausbeutung und höhere Erwerbslosigkeit. **Verlierer:innen der Krisen** im kapitalistischen System sind immer, wenn sie diese Krisen nicht zum Ausgangspunkt einer Revolution zu machen vermochten, die Werktätigen. Auch in der gegenwärtigen Krise erleben wir das.

Die ökologische Krise schreitet voran

Das kapitalistische System beruht neben der möglichst intensivsten Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft auch auf der möglichst **intensivsten Ausbeutung der natürlichen Ressourcen**.
In seinem höchsten Stadium, im Monopolkapitalismus/Imperialismus hat die Ausbeutung der Natur auch durch die Verwendung immer neuer Technologien in der Produktion außerordentliche Ausmaße, ja, vernichtende Ausmaße erreicht. Welch enorme Entwicklungsschritte: Von der Dampfmaschine über Elektronik zur Computerisierung inklusive Robotik und weiter über Digitalisierung bis zur Nutzung von KI. Die natürlichen Ressourcen werden in so hohem Maße konsumiert, dass sie sich nicht mehr regenerieren können. Das ökologische Gleichgewicht auf dem Planeten Erde ist **vollständig** aus dem Lot.
Es gibt einen errechneten **„Erdüberlastungstag“**. Das ist der Tag in einem Jahr, an dem die Natur, die von den Menschen in dem gegebenen Jahr konsumierten Ressourcen nicht mehr reproduzieren kann. Ab diesem Tag ist alles, was weiter konsumiert wird, nicht ersetzbar, vernichtet, eliminiert. Bis zum Jahre 1970 war der „Erdüberlastungstag“ immer **nach dem 31. Dezember** des aktuellen Jahres. **1970** lag der Erdüberlastungstag zum ersten Mal in der Geschichte **vor dem Jahresende**, und zwar am 29. Dezember. Seit 1970 geht dieses Datum immer weiter zurück. **2023** war dieser Tag schon am **2. August**, vier Monate vor Jahresende.

Die Natur, Grundlage allen Lebens auf der Erde, auch des menschlichen, wird vernichtet. Das **Artensterben** nimmt unheimliche Ausmaße an. Die IUCN (Internationale Union zur Erhaltung der Natur) stellt in ihrem Bericht 2022 fest, dass seit dem Beginn des Industriezeitalters, zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die Zahl der ausgestorbenen Spezies 1 000 bis 10 000fach größer ist als zuvor. Mehr als **42 100 Arten** sind akut vom Aussterben bedroht. Das sind **28 Prozent** aller bekannten Arten auf der Erde. [7]
Das ist nicht der natürliche Gang der Dinge, wenn das Artensterben in den letzten 220 Jahren das **1 000 bis 10 000fache** dessen beträgt, was vor dieser Zeit war. Es ist das brutale Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise, den größtmöglichen Profit in kürzester Zeit über alles zu stellen. Es ist das Werk der **Denk- und Lebensweise des Kapitalismus**. Sie betrachtet die Natur als bloßes Ausbeutungsobjekt, stellt die „Menschheit“ über die Natur, und begreift sich selbst als die Beherrscherin der Natur.
Die durchschnittliche **Erwärmung der Erde**, des Bodens, der Meere und Gewässer nimmt seit Beginn des Industriezeitalters kontinuierlich zu. Das Klima verändert sich infolge der außerordentlich angestiegenen Emissionen der Treibhausgase in einem nie dagewesenen Tempo.
Die Effekte dieser Entwicklung wurden ab den 70er

7 iucnredlist.org/eng

Jahren des 20. Jahrhunderts, aber vor allem ab Anfang der 2000er Jahre viel offensichtlicher. Immer häufigere und stärkere **Extremwettersituationen**. Starkregen, Wirbelstürme mit teilweise über 250 km/h über bewohnte Orte ziehend, alles verwüstende, immer großflächigere Waldbrände, jedes Jahr neue Hitzerekorde, Dürre, Hochwasser, und Überschwemmungen. Das voranschreitende Schmelzen der Polkappen und die Erhöhung des Meeresspiegels.
Millionen Menschen, die durch diese Entwicklungen ihre Lebensgrundlagen verlieren und zu Klima-Flüchtenden werden. Das Problem der Klimaveränderung als eine existentielle Frage für die Menschheit ist längst erkannt. Es wurden bisher **28 Klimagipfel-Konferenzen** veranstaltet, mit hoher Beteiligung der „Welt-Denker und Lenker". Bei dem vorletzten Gipfel in Kairo **COP27** hat der UN-Generalsekretär Guterres in seiner Rede unter anderem folgende Feststellungen getroffen:
„Wir kämpfen den Kampf unseres Lebens – und sind dabei zu verlieren". „Die Menschheit hat die Wahl: kooperieren oder untergehen. Trotz jahrzehntelanger Klimagespräche sind zu wenige Fortschritte gemacht worden, um den Planeten vor einer übermäßigen Erwärmung zu retten. Die Länder handeln zu langsam oder nur widerwillig." „Die Treibhausgasemissionen steigen weiter. Die globalen Temperaturen steigen weiter. Und unser Planet nähert sich schnell Wendepunkten, die das Klimachaos unumkehrbar machen werden." ***„Wir sind auf einem Highway in die Klimahölle und haben den Fuß auf dem Gaspedal."*** [8]
Anfang Dezember 2023 hat er erneut eine alarmierende Rede auf der **COP28** in Dubai, Vereinigte Arabische Emirate gehalten.
Was ist das Ergebnis der pompösen Gipfelveranstaltungen? Heiße Luft und leere Versprechungen. Auf dem **Pariser Gipfel 2015** wurde beschlossen, die durchschnittliche Erderwärmung, verglichen zu den Anfängen des Industriezeitalters, **nicht über 1,5 Grad** Celsius ansteigen zu lassen. Dazu müssten die Emissionen der Treibhausgase drastisch reduziert werden. Bis 2030 sollte dafür die Wirtschaft global von der Verwendung von fossilen Energieträgern aber vor allem von der Kohle wegkommen. Alle Staaten haben ihre Hausaufgaben gekriegt. **Passiert ist verglichen mit dem Ziel nichts!**
Auf der jetzigen **COP 28** musste festgestellt werden, das Ziel des Pariser Gipfels ist **nicht erreichbar**! Gleichzeitig hat die Konferenz die **Atomenergie als saubere Alternative** zur fossilen Energie gepriesen. Die COP28 war ein Gipfel des Kampfes unter den Lobbyisten von Atom- und fossiler Energie!
Während die Lobbyisten ihre Arbeit machen, geht die Reise „auf dem Highway zur Hölle" mit hoher Geschwindigkeit weiter. Ja das ökologische Gleichgewicht der Erde ist aus dem Lot.

Zeitalter des Menschen?

Diese ganze verheerende Entwicklung entstand nicht durch eine Naturkatastrophe wie z.B. einen großen Meteoriteneinschlag, der das Ende der letzten Eiszeit, die Vernichtung der Dinosaurier und vieler anderer Arten mit sich brachte. Sie ist vielmehr hervorgerufen durch die aus dem Lot geratene, die **entwickelte kapitalistische Produktionsweise**, die sich seit dem frühen 19. Jahrhundert global durchsetzte.
Viele Wissenschaftler:innen haben auf den Grundlagen dieser aktuellen Entwicklungen auf der Erde, wo *„der Mensch zu einem der wichtigsten Einflussfaktoren auf die biologischen, geologischen und atmosphärischen Prozesse auf der Erde geworden ist"* vorgeschlagen, die Epoche in der wir leben, als eine neue geochronologische Epoche zu benennen: **„Die Epoche des Menschen", Anthropozän**. *„Im Juli 2023 schlug die Anthropocene Working Group per Mehrheitsbeschluss vor, den formalen Beginn des Anthropozäns auf das Jahr 1950 festzulegen, da ab diesem Zeitpunkt radioaktive Niederschläge als Folge von Atomwaffentests zum ersten menschengemachten Phänomen mit globalen Überresten geworden seien. Als Referenz dient ein Bohrkern von Sedimenten des Lake Crawford in Kanada".* [9]
Wie die Entscheidung der Wissenschaftlerinnen letztlich auch ausgehen mag, ist diese Epoche **nicht** die Epoche des „Menschen", sondern die **Epoche des Kapitalismus und Imperialismus**. Nicht der **„Mensch" an sich** hat versucht, sich die Natur untertan zu machen, sondern das kapitalistische System. Nicht der „Mensch" an sich hat wesentliche Veränderungen in biologischen, geologischen und atmosphärischen Prozessen verursacht, sondern eine bestimmte Produktions- und daraus resultierende Lebensweise, die kapitalistische! Nicht der Mensch an sich ist schlecht sondern das System, in dem wir leben! Dieses System schafft auch seine eigenen Menschen. **Homo economicus!**
Wollen wir verhindern, dass die Klimakrise sich zu einer **ausgereiften Katastrophe** entwickelt, müssen wir das Problem an der Wurzel fassen und lösen. Das Problem heißt Kapitalismus. Die **Lösung der Klimakrise liegt in der Revolution**, die das kapitalistische System zerschlagen muss. Dafür brauchen wir auch

8 tagesschau.de/ausland/afrika/weltklimakonferenz-119.html, 2022

9 de.wikipedia.org/wiki/Anthropoz%C3%A4n, eingesehen Dezember 2023

Menschen, die imstande sind, über den eigenen Tellerrand hinaus zu blicken.

Kriege auf allen Kontinenten und Heuchelei der Herrschenden

Ja, Kriege. Nicht nur in der Ukraine und in Palästina. Von der UN werden bewaffnete Auseinandersetzungen mit über 1 000 Toten im Jahr erfasst. Im Jahre **2022 liefen fünf Kriege mit über 10 000 Toten**. Und zwar in der **Ukraine**, **in Myanmar**, **Mexiko**, **Jemen** und **Afghanistan**. **Zehn andauernde Kriege**, manche mit mehreren Kriegs-Parteien mit über 1 000 Toten wüten in **Kolumbien**, **Somalia**, **DR Kongo**, **Nigeria**, **Irak**, **Sudan**, **Syrien**, **Mali**, **Zentralafrikanische Republik** und **Mosambik**. Das nur zur Erinnerung, da momentan in den gleichgeschalteten Mainstream-Medien nur die Kriege in der Ukraine und in Palästina

im Fokus sind. Ansonsten eine Welt in Frieden!? Alle anderen – das sind **vergessene Kriege**. Ein Beispiel ist die grausame ethnische Vertreibung von über **100 000 Armenier:innen aus ihrem eigenen Land Arzakh** (Berg Karabach) durch die **aserbaidschanische Armee 2023**. Das ist keine Nachricht in den bürgerlichen Medien wert.

Wir ordnen die Kriege in der Ukraine und zuletzt in Palästina ein, wie alle anderen laufenden Kriege heute überall auf dem Globus, als Teile des **Kampfes der imperialistischen Großmächte** für die Neuaufteilung der Welt. Diese Neuaufteilung ist notwendig geworden, weil die Kräfteverhältnisse in der imperialistischen Welt sich in den letzten Dekaden grundlegend verändert haben.

Welche Eigeninteressen die Kriegsparteien durch diese Kriege durchzusetzen versuchen und vielleicht am Ende auch durchsetzen, sind diese nicht bestimmend für den Charakter dieser Kriege. Sie sind letztendlich direkt oder indirekt Teil des Kampfes der **Großmächte um die Neuaufteilung der Welt**. Dieser Kampf um die Neuaufteilung läuft bisher noch so, dass die Hauptkonkurrenten sich **nicht** in einem direkten, offenen Krieg einander gegenüber stehen. Aber bei jedem Krieg stehen sie sich mittels der einen oder anderen Seite der Kriegsparteien einander gegenüber. Beim Kampf um die Neuaufteilung seit dem Beginn der Offensive Russlands gegen die Ukraine und gegen die die Ukraine unterstützenden westlichen imperialistischen Mächte, läuft es in der Welt immer mehr und offener auf eine massive Blockbildung hinaus.

Zwei Blöcke

Zwei imperialistische Blöcke stehen gegeneinander: Auf der einen Seite der westliche imperialistische Block mit den USA an der Spitze. Dazu gehören alle westlichen imperialistischen Großmächte wie England, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Kanada und die abhängigen „Verbündeten" des Westens: **Der globale Westen**.

Auf der anderen Seite steht ein Block mit der sozialimperialistischen Großmacht China im Zentrum. Die imperialistische Großmacht Russland, die sich momentan im Krieg in der Ukraine direkt dem westlichen Imperialismus entgegenstellt, ist nach China die wichtigste Säule dieses Blocks. Länder wie Iran, das von Russlands Gnaden abhängige Assad-Regime in Syrien, Saudi-Arabien, die VAE sind weitere Mächte in diesem Block.

Viele aufstrebende, sich vom westlichen Imperialismus befreien wollende Mächte wie Indien, Brasilien, viele afrikanische Länder versuchen über die Zusammenarbeit mit diesem imperialistischen Block als unabhängige Mächte zu agieren. Auch Länder wie die Türkei wollen ihre Abhängigkeit von den westlichen imperialistischen Mächten beenden, indem sie versuchen, die Widersprüche zwischen zwei imperialistischen Blöcken auszunutzen. Diesen imperialistischen Block mit China im Zentrum können wir als Block der östlichen imperialistischen Großmächte und ihrer Verbündeten bezeichnen: **Der globale Osten**.

In der Linken Bewegung, besonders bei den Kräften, die Verfechter:innen der modern revisionistischen Linie der Kommunistischen Partei der Sowjetunion nach 1956 sind, herrscht die Einschätzung vor: **Russland und China** seien **keine imperialistischen Mächte** und der Block um China sei ein Block des *„globalen Südens"*.

„Die neue Linie des internationalen Klassenkampfes" sei *„Arme Welt gegen reiche Welt"* etc. (Siehe ISW Report Nr. 135 oder verschiedene Publikationen der DKP.) Das ist eine politische Linie, die sich im Kampf der imperialistischen Großmächte, dem **angeblich „kleineren" Übel anhängt** und dieses als Bündnispartner im Kampf für die soziale Befreiung der Völker propagiert. Mit wirklichem antiimperialistischem Kampf hat diese Linie nichts zu tun.
Da unter den gegebenen Kräfteverhältnissen kein laufender Krieg unabhängig vom Kampf der imperialistischen Großmächte um die Neuaufteilung der Welt betrachtet werden kann, sind wir Kommunist:innen für die sofortige Beendigung aller dieser Kriege.

In der Welt bestimmen aktuell zwei Kriege die Tagesordnung

Krieg in der Ukraine

Im Krieg in der Ukraine wird die Lüge, die westlichen imperialistischen Mächte seien keine Kriegsparteien immer offensichtlicher. Ohne die militärische und finanzielle Hilfe der westlichen imperialistischen Mächte ist die Ukraine überhaupt nicht imstande, den Krieg gegen Russland allein weiterzuführen. Jede Waffenhilfe an die Ukraine ist eine Hilfe für die Verlängerung eines reaktionären, innerimperialistischen Kriegs.
An der Front ist dieser Krieg in einer **Pattsituation** festgefahren. Er kann und wird so auch als Abnutzungskrieg wahrscheinlich noch lange andauern.
Jeder Tag, den dieser Krieg weiter geht, bringt noch mehr Leid für das ukrainische und russische Volk. Vermehrt auch die Armut aller Völker dieser Erde, vor allem aber in den Ländern des globalen Südens. **Dieser Krieg muss sofort mit einem bedingungslosen Waffenstillstand beendet werden.**
Einzelne Gruppen aus der ehemaligen Friedensbewegung stellen sich lauthals auf die eine Seite dieses Kriegs, auf die Seite der Ukraine und der **eigenen deutschen Bourgeoisie**. Ein Großteil der ehemaligen Friedenspartei, „Bündnis90/Die Grünen", ist längst zur **offensivsten Kriegspartei**, im Namen einer angeblich **„Werte orientierten, feministischen"** Außenpolitik geworden!
Andere Strömungen stellen sich auf die Seite Russlands, weil ja Russland das Recht habe, sich der Umklammerung der NATO zu entziehen. Sie und faschistische Kräfte, wie die AfD, treten heute als Friedensapostel auf, weil der Krieg in der Ukraine **„gegen deutsche Interessen"** sei. Wobei mit deutschen Interessen natürlich die Interessen des deutschen Kapitals und Staats gemeint sind.
Mit diesen Kräften kann es für revolutionäre Bündnisse **keine Aktionseinheit** für einen sofortigem Waffenstillstand geben, auch wenn sie „Friedensaufrufe" starten, Demos organisieren, wie zuletzt am 22. November in Berlin, mit „prominenter" Beteiligung von Sahra Wagenknecht. Sie hat sich mit ihren Getreuen von der „Linken" getrennt und ihren eigenen „Verein" für eine Parteigründung gebildet. Mit ihrem **sozial verbrämten, nationalistischen Programm** hat sie vor, den verirrten AfD-Wähler:innen „eine ernsthafte, wählbare Alternative" zu bieten! Auch das firmiert unter dem Label „links" in unserem Land! Deutschland. Armes Land!

Krieg in Palästina

Hinsichtlich des seit 1947 andauernden, nie endenden, seit dem **7. Oktober 2023 wieder entflammten Krieg** in Palästina stellen wir fest:
Auch dieser Krieg wird im Rahmen des Kampfes der imperialistischen Großmächte um die Neuaufteilung der Welt geführt. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die **Vorherrschaft im Nahen Osten**, in diesem konkreten Fall, in Palästina.
In diesem Krieg in Palästina steht der ganze westlich imperialistische Block, mit den USA an der Spitze, hinter dem zionistischen Staat Israel. England ist durch seine Militärbasen auf Zypern und die USA mit ihren Marineeinheiten direkt vor Ort offene Kriegspartei. Hinter der anderen Kriegspartei, die heute vor allem Hamas ausmacht, stehen regionale Mächte wie der Iran, indirekt mit Waffenhilfe, Ausbildung, finanzieller Unterstützung, direkt beteiligte politisch-militärische

Kräfte wie Hisbollah im Libanon und in Syrien, die sogenannten „Huthi Rebellen" in Jemen. Saudi Arabien, VAE (Vereinigte Arabische Emirate), Katar leisten finanzielle und logistische Hilfe.
Die **Hauptakteure des „globalen Ostens"** China und Russland sind bisher indirekt nur auf diplomatischem Parkett sichtbar, mit dabei. Es geht auch um die Öl- und Gas-Felder im östlichen Mittelmeer vor der Küste des Gaza-Streifens. Für den globalen Westen geht es in diesem Krieg langfristig um eine **Zweistaaten-Lösung mit einem Mini-Palästinenser-Staat** neben Israel, in dem die radikal islamistischen Kräfte nichts zu sagen haben. Dem globalen Osten sind die radikal islamistischen Kräfte auch nicht geheuer. Insofern zielen sie darauf ab, in einem etwaigen palästinensischen Staat mit den führenden politischen, säkularen Kräften „gute und bessere Beziehungen, als der Westen sie hat, auszubauen".

Der Kreml-Besuch von **Mahmud Abbas, Chef der Fatah und der PLO**, am 10. Oktober spricht sehr dafür. Wir sind gegen die Neuaufteilungskriege der imperialistischen und reaktionären Mächte. In diesen Kriegen verlieren nur die Völker, die als Kanonenfutter dienen. Auch dieser Krieg muss **bedingungslos** und **sofort** mit einem dauerhaften Waffenstillstand beendet werden.

Angriff der Hamas auf Israel und die Folgen

Der aktuelle Krieg in Palästina wurde durch eine gut geplante und lange vorbereitete, militärische Operation, die vor allem von der Militärorganisation von Hamas, den „Al Kassam Brigaden" ausgeführt wurde, begonnen. Zum **ersten Mal** hat die palästinensische Seite auf dem Staatsgebiet Israels eine solch breit angelegt und umfassende Aktion durchgeführt. Nach israelischen Angaben sind dabei über **1.300 Menschen** in den Gebieten nahe der Grenze zum Gaza-Streifen umgebracht worden. Über **240 Menschen** verschiedener Nationalitäten, die zufällig an dem Tage der Aktion sich in der Nähe befanden, die sich z.B. bei einem Musik-Festival amüsieren wollten oder in einem angegriffenem Kibbuz als Landarbeiter:innen arbeiteten, wurden **als Geisel** genommen. Teilweise wurden auch arabisch palästinensische Bürger:innen Israels zur Zielscheibe bei der Aktion am 7. Oktober.
Dieser Angriff der Al Kassam Brigaden/Hamas war, weil er gegen alle **zufällig** im Aktionsgebiet befindlichen Personen gerichtet war, ein **terroristischer Akt**. Kommunist:innen lehnen terroristische Aktionen **prinzipiell** ab und verurteilen sie. Kommunist:innen sind für revolutionären Terror, der zwischen Freund:in und Feind:in, militärischen Zielen und unbeteiligten Zivilist:innen klar unterscheidet. Sie verzichten bewusst auf Aktionen, wenn diese zugleich wahllos Zivilist:innen und Unbeteiligte treffen kann.
So genannte „Kollateralschäden" bei einer militärischen Aktion sind nicht Sache von Kommunist:innen und werden nicht bei einer Aktionsplanung mit einkalkuliert. Kommunist:innen sind für **revolutionären Terror** aber gegen terroristische Aktionen à la Hamas, Islami Dschihad, Al Kaida etc. Diese haben zudem im Falle von Aktionen der radikal-islamistischen Organisationen gegen Israel, **eine antisemitische, antijüdische Stoßrichtung**, weil in deren Propaganda alle Juden, alle Jüd:innen, alle jüdischen Israelis als Feind gesehen werden. Diese islamistischen Terroristen sind Antisemiten und haben mit uns gar nichts gemein!

Zwei extreme Haltungen, die sich treffen

Großes Lob für Hamas-Aktion

Es gibt in der linken revolutionären Bewegung in Deutschland Kräfte, die die Aktion von Hamas [10] mit

10 Die anderen palästinensischen Befreiungsorganisationen, vor allem die stärker säkular ausgerichteten wie PFLP, DFLP, Al Fatah etc. spielten bei dieser Aktion, wenn überhaupt, eine zu vernachlässigende Rolle, auch wenn die deutsche revolutionäre Linke teilweise von einer gemeinsamen Aktion von „palästinensischen Organisationen" spricht. So z.B. in der Erklärung von Kommunistischer Aufbau vom 9. Oktober 2023 „Durchgeführt wurde sie von verschiedenen, palästinensischen Organisationen gemeinsam". Da ist der Wunsch der Vater der Behauptung. Fakt ist, dass keine Organisation außer Hamas und teil-

Begeisterung begrüßt und hochgelobt haben, ohne jegliche Kritik an der terroristischen Aktion. So zum Beispiel heißt es in der Erklärung vom 8. Oktober 2023 von der **MLKP** (Marxistisch-leninistische Kommunistische Partei) aus Türkei/Nordkurdistan:
„Wir begrüßen die mutige Aktion vom 7. Oktober gegen das rassistische, völkermordende, kolonialistische Israel! Schulter an Schulter mit dem palästinensischen Volk für Freiheit, Würde und Gerechtigkeit!" … „Am Morgen des 7. Oktober versetzte die massenhafte Aufopferungsaktion von palästinensischen Patrioten der rassistischen, völkermordenden, kolonialistischen Kriegsmaschinerie und ihrer bewaffneten und unbewaffneten faschistischen hohen Bürokratie einen schweren politischen, moralischen und ideologischen Schlag". [11]
International wurde die Aktion vor allem in arabischen/islamischen Ländern, auch von linken Kräften begeistert ohne jede Abgrenzung begrüßt. So heißt es in einer Erklärung der **Mitgliedsorganisation** von **ICOR und UF**, **Patriotisch-Demokratische Sozialistische Partei (Tunesien)**, Auslandsbüro vom 7. Oktober 2023: *„Mit aller Siegesfreude verfolgen wir die Erfolge des palästinensischen bewaffneten Widerstands in unseren besetzten Gebieten und im belagerten Gaza Streifen. Wir erneuern unsere Unterstützung für diese heroische Operation."* [12]
Diese Haltung mancher ICOR-Organisationen hat auch dazu geführt, dass **ICOR** zu dem aktuellen Krieg in Palästina, **keine gemeinsame ICOR-Erklärung** herausgeben konnte. Zu groß waren offenbar die Widersprüche zwischen den Organisationen und Parteien. Positiv ist der öffentliche Aufruf von ICOR mit dem Titel: *„Zur Diskussion gestellt in der revolutionären und Arbeiterbewegung innerhalb und außerhalb der ICOR"* auf ihrer Webseite. [13]

Wir Kommunist:innen haben die terroristische Operation von Hamas nicht begrüßt, sondern verurteilt. Diese Aktion schadet objektiv eher dem palästinensischen Volk, als dass sie ihm dient. Hamas konnte nicht davon ausgehen, mit dieser Aktion in Israel eine Revolution anzuzetteln oder den israelischen Staat militärisch zu besiegen.
Es war und musste klar sein, dass die zionistische Regierung diese für den Staat Israel schmerzlich herausfordernde Aktion als Handhabe verwenden wird, mit **aller Macht zurück zu schlagen** und zwar im Namen der **„Selbstverteidigung"**.
Es war und musste klar sein, dass das **palästinensische Volk** durch massive Angriffe der israelischen Armee ungeheurem Leid ausgesetzt werden würde. Es war und musste klar sein, dass Hamas oder irgendeine andere Organisation in Palästina heute nicht imstande sind, das palästinensische Volk gegen massive Angriffe der israelischen Armee zu schützen. Es war und musste klar sein, dass die **arabischen Staaten** sich mit diplomatischen Erklärungen begnügen werden und wegen Palästina nicht in den Krieg gegen Israel ziehen werden. Es war und musste klar sein, dass **Iran, Russland und China** kein Interesse daran haben, heute direkt in diesen Krieg an der Seite Palästinas zu intervenieren.

Was bleibt übrig?
Wie jede terroristische Aktion war diese Aktion darauf ausgelegt, die ausführende Organisation in den Vordergrund zu rücken und bekannter zu machen. In Palästina war die Aktion eine Erklärung des **Führungsanspruchs der Hamas** als die stärkste, am radikalsten gegen Israel, gegen die Besetzung kämpfende Organisation. Sie hat damit ihre Stellung im Bewusstsein der Massen kurzfristig verbessert.
Gleichzeitig wurde durch diese Aktion die Annäherung zwischen Israel und einigen arabischen Staaten vor allem Saudi Arabien gestoppt. Aber nur kurzfristig. Das ist alles, was Hamas als „Erfolg" verbuchen kann. Falls das gewollt war, hat die terroristische, antisemitische, barbarische Hamas-Aktion und die darauf folgende Kriegsführung Israels gegen das palästinensische Volk, die nicht weniger barbarisch und terroristisch ist als die Hamas-Aktion, die **Gräben** zwischen den **jüdischen und arabischen Palästinenser:innen** unendlich vertieft. Vielleicht eine wirkliche Versöhnung für lange Zeit unmöglich gemacht.

---

weise Islami Dschihad, sofort nach der Operation eine Beteiligung an der Aktion verkündet hat. In ihren Erklärungen wurde die Operation lediglich begrüßt.

11 icor.info/2023/wir-begruessen-die-mutige-aktion-vom-7-oktober-gegen-das-rassistische-voelkermordende-und-kolonialistische-israel-schulter-an-schulter-mit-dem-palaestinensischen-volk-fuer-freiheit-wuerde-und-gerechtigkeit

12 icor.info/de/2023/eine-neue-runde-zur-befreiung-ganz-palaestinas

13 Auszug aus ICOR Erklärung: *„Entgegen ihrer sonstigen Gepflogenheiten hat die revolutionäre Weltorganisation ICOR bis heute keine Resolution zum aktuellen Krieg im Nahen Osten und zur Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf herausgegeben. Zum ersten Mal in der Geschichte der ICOR konnten wir bisher nicht zu einer vereinheitlichten Resolution kommen. Eine grundlegend vereinheitlichte Position besteht gegen den Staatsterror Israels. Dem entspricht, dass so gut wie alle Organisationen der ICOR engagiert tätig sind in der aktiven Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf. Kontroversen haben sich entwickelt an der Beurteilung und der Zulässigkeit öffentlicher Kritik an politischen Kräften in Palästina wie Hamas und Dschihad. Wir wollen Gemeinsamkeit und Widersprüche publizieren und zur Diskussion stellen, um sie zu klären. ... Die aufgebrochenen Widersprüche müssen in aller Gründlichkeit, Sorgfalt, Ernsthaftigkeit und mit Respekt geklärt werden."*
icor.info/de/2023/zur-diskussion-gestellt-in-der-revolutionaeren-und-arbeiterbewegung-innerhalb-und-ausserhalb-der-icor

Das Hohelied des Kriegs – das zionistische Israel gegen das palästinensische Volk

Erwartbar war, dass der **deutsche Staat** sich in dem laufenden Krieg Israels **ohne Wenn und Aber** auf die Seite der zionistischen Politik stellen wird. Aber es gibt auch politische Kräfte in Deutschland, die sich als links verstehen und sogar vehementer als die BRD-Regierung als Israel-Versteher:innen auftreten.

Die ganze Bewegung, die sich als **„anti-deutsch"** definiert, schwenkt in Demos Israel-Fahnen herum. Sie merken nicht einmal, dass sie in der Frage Palästinas fest auf der Seite des deutschen Staates stehen, dass sie nicht anti-, sondern **„echt"-deutsch** auftreten.

Aber eine Truppe, „Gegen die Strömung" (GDS), die sich marxistisch-leninistisch nennt, hat sich in der Frage der Israel-Verteidigung besonders hervorgetan. Der Titel ihrer Erklärung lautet *„Das judenfeindliche Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 in Israel. Die Ziele der Hamas: Die Vernichtung des Staates Israel, So viel jüdische Menschen ermorden wie möglich."* [14]

Diese liest sich teilweise wie eine Erklärung der israelischen Armeesprecher:innen. Es gibt kein Wörtchen der Kritik an dem völkermörderischen, barbarischen Krieg Israels gegen das palästinensische Volk.

Die ganze **Verantwortung** der Massaker an der Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen durch flächendeckende Bombardements wird **Hamas zugeschoben**. Die israelischen Armeesprecher verkünden, wenn die israelische Armee palästinensische Städte in Schutt und Asche legt, sie würden **nur Hamas bekämpfen**. GDS erklärt: *„Die Hamas arbeitet militärisch nach einem Grundsatz: Die eigene Bevölkerung wird als Schild, als Geisel benutzt. So kommt es im Kampf gegen die Hamas immer wieder auch zu zivilen Opfern, für die die Hamas die politische, moralische und militärische Verantwortung trägt."* [15]

Besser kann es ein israelischer Armeesprecher nicht erklären!

GDS „kritisiert" in der besagten Erklärung auch direkt unsere Position folgendermaßen: *„Trotz Alledem: In ihrer Erklärung vom 18. Oktober 2023 erklärt Trotz alledem, dass es sich am 7. Oktober um einen ‚menschenfeindlichen, terroristischen Angriff der Hamas auf Israel' handelte. Die Hamas sei zwar eine ‚islamistisch-faschistisch-antisemitische Organisation', ‚Zugleich(!)' sei sie aber ‚Teil der palästinensischen Befreiungsbewegung'. Dann wird die Position ‚beide Seiten sind böse, aber Israel ist böser…' verbreitet: Die ‚Dimension der staatsterroristischen Aktionen Israels' seien angeblich ‚unvergleichlich umfangreicher' als was die Hamas macht."* [16]

Frage: Ist Hamas nicht Teil der palästinensischen Befreiungsbewegung? Stellt ihre Ideologie und Praxis sie außerhalb dieser Bewegung? Das Leben ist kein Wunschkonzert! Im Leben ist Hamas – leider! – Teil des Kampfes des palästinensischen Volks gegen die israelisch-zionistische Besatzung!

Frage: Ist die Dimension der **staatsterroristischen Aktionen Israels** nicht unvergleichlich umfangreicher als das Vorgehen der Hamas? Bisher liegt die Zahl von im Gaza ermordeten Menschen bei 18 800 [17], bei einer Bevölkerungszahl von etwa 2,4 Millionen. Die meisten Zivilist:innen, darunter viele Kinder. 1,9 Millionen Menschen die zur Flucht getrieben werden, Besetzung fast des gesamten Territoriums im Gaza-Streifen! Hinzu kommt, parallel werden im **Westjordanland** aktuell im Zeichen des Krieges die **Landname** von palästinensischem Grund und Boden durch ultraorthodox jüdische Siedler:innen vorangetrieben und die **palästinensischen Einwohner:innen** vertrieben.

Welches Gebiet in Israel hat denn Hamas besetzt? Wie

TAGESSPIEGEL

Links und antisemitisch

Primitive bürgerliche Hetze

viele Millionen Menschen sind in Israel auf der Flucht und werden von Hamas Besetzern durch Bombenterror vertrieben?

Die Frage ist **nicht,** was Hamas und Israel wollen, sondern **was sie können und tun**. Und da ist Israel unvergleichlich stärker als Hamas. Aber mit einer sich ähnelnden Ideologie. Ja, Hamas erkennt Israels Existenzrecht in Palästina nicht an. Hamas will einen islamisch palästinensischen Staat „vom Fluss bis zum Meer". Und das ist nicht nur praktisch unmöglich, sondern ideologisch-politisch antijüdisch, rassistisch und menschen-

14 Flugblatt, Gegen die Strömung, Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands 11/2023, S. 1

15 Ebenda, S. 3

16 Flugblatt 18. Oktober 2023 Trotz alledem! Der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes ist gerecht – Freiheit für Palästina! S. 2

17 Stand 15.12.23 Le Monde

feindlich. Genauso ist es aber rassistisch und menschenfeindlich, einen **jüdischen Staat in Palästina „vom Fluss bis zum Meer“** zu propagieren und zu versuchen das durchzusetzen!
Was Netanjahu, israelischer Ministerpräsident, von einer **Neuordnung im Nahen Osten** versteht, hat er in der UN-Generalversammlung im September 2023 in der von ihm präsentierten Naher-Osten-Karte gezeigt: **Israel vom Fluss bis zum Meer!**
Wer heute noch in punkto **Israel/Palästina in Deutschland** gegen die verabscheuungswürdige Ideologie und terroristische Aktion von Hamas kämpft, **ohne** zur gleichen Zeit Israels verabscheuungswürdigen mörderischen Staatsterror zu entlarven und zu bekämpfen, wer mit der Parole „**Free Gaza from Hamas**“ (wie zum Beispiel Gegen die Strömung) hausiert, ohne auch zu sagen „**Free Israel from Zionism**“ liegt auf der **Linie des deutschen Imperialismus** und **des israelischen Staates!** Dann ist die Erklärung *„Unser Hauptfeind, der deutsche Imperialismus“* (GDS) ein „verlogenes Märchen“ und „reine Heuchelei“.

Ist die Hamas-Aktion eine Aktion unter falscher Flagge?

Es gibt Theorien über diese Hamas-Aktion, die besagen, dass diese angeblich mit der israelischen Netanjahu-Regierung abgesprochen oder aber die israelische Regierung über diese Aktion im Vorfeld informiert war. Sie wollte diese auf keinen Fall verhindern, damit sie einen stichhaltigen Grund hat, um Krieg zu führen und als Kriegsherr:in ihre Macht aufrecht zu erhalten. Die Hamas sei sowieso eine von Mossad/Israel gegründete Organisation.
Solche **Verschwörungs-Theorien** können weder restlos bewiesen, noch restlos abgewiesen werden. Wir lehnen es ab, uns mit Spekulationen zu beschäftigen. Wir beschäftigen uns mit den Fakten.
Aber wir wollen auf eine ideologische Herangehensweise und Falle hinweisen, die hinter sämtlichen Verschwörungstheorien stecken: Für alle Verschwörungstheorien ist der **Ausgangspunkt** die Meinung, dass der **Imperialismus übermächtig** sei, und alles unter seiner **absoluten Kontrolle** hat. **Das stimmt nicht!**
Wenn das richtig wäre, dann ist **eine Revolution, ein unkontrollierter Aufstand der Massen unmöglich** oder von vornherein von den Imperialisten und den Herrschenden so geplant. Ja, die Imperialisten sind mächtig, aber sie können nicht alles bestimmen, nicht absolut alles kontrollieren!
Zurück zu den Fakten: Fakt ist, Hamas hat von ihrer Ideologie, Politik, Herangehensweise aus gesehen eine „erfolgreiche“ Militäroperation, einen breitangelegten terroristischen Angriff in Israel durchgeführt. Im Vorfeld dieser Aktion war die Netanjahu-Regierung durch eine breite, Monate andauernde **israelische demokratische oppositionelle Massenbewegung** ziemlich in die Enge getrieben worden.
Die Aktion von Hamas war für die Netanjahu-Regierung ein gefundenes Fressen, um ihre oppositionellen Widersacher:innen als Kriegsherr:in hinter sich zu scharen.
Ab dem 9. Oktober hat Israel angefangen, mit aller Macht zurück zu schlagen. Der Gaza-Streifen, dieses dichtest besiedelte Gebiet auf der Erde, wurde zum **Kriegsgebiet** erklärt. Ein Landstrich, 40 auf 10 Kilometer, der von einer Seite vom Meer, von den anderen drei Seiten teilweise von hohen Mauern umzäunt aber überall von der israelischen Armee umzingelt ist. Als **Kriegsziel** wurde vom israelischen Staat verkündet, **„Hamas vollständig zu vernichten“** sowie **„in Gaza die Verwaltung zu übernehmen“**.
Hamas vollständig zu vernichten, das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Denn Hamas ist zwar eine islamisch-faschistische-antisemitische Organisation, die einen islamischen Staat in ganz Palästina errichten und Israel als Staat in Palästina vernichten will. Aber sie ist auch im **palästinensischen Volk fest verankert**. Sie ist eine **politische Partei**, die über eine **starke, bewaffnete Organisation** verfügt.
Zugleich ist sie eine **Wohltätigkeits-Organisation**, die die Ärmsten der Armen mit dem Notwendigsten versorgt. Sie bildet die Regierung im Verwaltungsbezirk Gaza. Sie hat bei den letzten Gesamt-Wahlen (vor 16 Jahren!) in Palästina (Gaza-Streifen/Westjordanland) die Mehrheit, im Gaza-Streifen an die 80 Prozent der Stimmen erhalten.
Hamas ist, ob wir wollen oder nicht, ein integraler Teil der palästinensischen Befreiungsbewegung und momentan – so scheint es – ihr stärkster. D.h. um die Hamas vollständig zu vernichten, müsste Israel die Mehrheit der Palästinenser:innen ermorden oder aus Palästina verbannen. Beides ist unter den heutigen Bedingungen wahrscheinlich unmöglich.
Erstens, weil das palästinensische Volk sich dagegen wehrt und Widerstand leistet. **Zweitens,** weil die Völker der Welt eine solche Entwicklung nicht hinnehmen werden. **Drittens,** weil die internationale politische Konjunktur auch gegen eine solche Entwicklung ist. Aber das hindert Israel nicht daran, momentan in Palästina zu wüten.
Bisher sind durch die Bombardements der israelischen Armee 18 800 Palästinenser:innen umgekommen. Wie viele Tote unter den Trümmern der zusammen gebombten Städte liegen, ist unbekannt.
Die Mehrheit der Opfer sind Kinder, Frauen, alte Menschen. Gegen **240 Geiseln in der Hand von Hamas** hat Israel das ganze palästinensische Volk in Geisel-

haft genommen. **1,9 Millionen Palästinenser:innen sind jetzt aus ihren Häusern und Wohnungen vertrieben worden.** Jeden Tag befiehlt die israelische Armee den Menschen, sie sollen diesen oder jenen Ort vermeiden, weil er bombardiert wird. Sie jagen die Menschen ziellos durch das Land. Es gibt kein sicheres Fleckchen Erde in Gaza. Das ist das Ergebnis des Staatsterrorismus von Israel, das angeblich einen Verteidigungskrieg gegen die Terrororganisation Hamas führt!

Die Perspektive

Was bleibt: Israel wird in seinem barbarisch-terroristischen Krieg gegen das palästinensische Volk in Gaza und teilweise auch im Westjordanland die Hamas Organisation soweit wie möglich schwächen, ohne sie vollständig vernichten zu können.

Nach diesem Krieg wird Israel höchstwahrscheinlich einen **Teil des Gaza-Streifens im Norden**, an dessen Küste Öl- und Gas-Felder im Meeresgrund entdeckt worden sind, zu israelischem Staatsgebiet erklären. Und das nur, wenn die USA damit einverstanden sind. Momentan sieht es nicht danach aus. Aber auch das kann sich ändern.

Wichtig dabei ist, nicht die UN oder irgendein anderer Staat oder eine internationale Organisation, sondern die **internationale Hauptunterstützerkraft Israels sind die USA**. Die UN-Resolutionen haben für Israel null Bedeutung. Und wenn es darauf ankommt, wird auf keinen Fall eine bindende UN-Resolution gegen Israel verabschiedet. Denn wenn die USA ihr Veto einlegt, gibt es keinen Sicherheitsrat-Beschluss der UN gegen Israel!

Kampf gegen Israels zionistische, kolonialistische, völkermörderische Politik!

Kampf gegen Antisemitismus und Islamfeindlichkeit!

Kampf gegen die Heuchelei der Imperialisten

Angesichts des Kriegs in Palästina entwickelten sich in vielen Ländern des globalen Ostens und des globalen Südens **mächtige Solidaritätsdemonstrationen** mit dem **palästinensischen Volk**. In islamischen Ländern werden diese Demos auch durch islamistische, antisemitische Ausfälle geprägt.

In den Ländern des globalen Westens gibt es sowohl Solidaritätsdemos mit dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes als auch, mit weniger Beteiligten, Aktionen gegen Antisemitismus und für Solidarität mit Israel. Diese sind meistens von regierungsnahen Organisationen mit organisiert und getragen. Nur auf **wenigen Demonstrationen** wird sowohl die **Solidarität mit dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes** als auch **Position gegen den Antisemitismus** bekundet.

Im Namen des Kampfes gegen Antisemitismus und islamistische faschistische Organisationen wie Hamas werden in den westlichen Ländern häufig **terroristische Aktionen und Antisemitismus nur mit dem Islam in Verbindung** gebracht. So wird Islamfeindschaft, die rassistische Feindschaft **gegen alle Muslime**, in der letzten Zeit vor allem gegen arabische Muslime/Muslima geschürt.

Ja, es gibt den religiösen, islamischen Antisemitismus, genauso wie es religiösen christlichen Antisemitismus gibt.

Aber nicht alle Muslime/Muslima sind Antisemit:innen, wie nicht alle Christ:innen Antisemit:innen sind! Ja, es gibt islamistische Organisationen, die eine terroristische Aktionslinie haben.

Aber nicht alle Muslime/Muslima oder der Islam insgesamt als Religion sind terroristisch! **Der Islam ist nicht mehr und nicht weniger terroristisch als das Christentum oder das Judentum oder der Hinduismus oder der Buddhismus.** Die Aufgabe aller demokratisch gesinnten Menschen ist es, gegen die Islamfeindschaft genauso zu kämpfen wie gegen Antisemitismus. Den Hamas-Terrorismus zu bekämpfen, ohne zugleich den Staatsterror Israels zu bekämpfen ist keine demokratische Haltung, sondern Heuchelei.

Anbiederei und Heuchelei der deutschen Politik

Auf staatlichen Ebenen mehren sich international langsam Stimmen gegen die Art der Kriegsführung von Israel, die die Ermordung der Zivilbevölkerung als hinnehmbare Kollateralschäden ansieht, für die die Verantwortung bei Hamas liege. Auch die Erklärung Israels, Gaza würde in Zukunft von Israel verwaltet wird nicht unbedingt gut geheißen.

Mit Ausnahme Deutschlands! Die deutsche Regierung hütet sich davor, irgendeine öffentliche Kritik an der israelischen Politik vorzubringen. Nahezu **jedwede Kritik an der israelischen Staatspolitik** wird **als antisemitisch diffamiert**.

Die Solidaritätsbekundungen für das palästinensische Volk werden immer öfter als Unterstützung von Hamas diffamiert, Demos werden willkürlich verboten bzw. aufgelöst!

Auf der **Frankfurter Buchmesse** wird Slavoj Zizek angegriffen, weil er in seiner Eröffnungsrede nachdem er die terroristische Aktion von Hamas verurteilt hatte, **„aber"** gesagt hat! **„Aber wir müssen die Entwicklung in einem Kontext sehen!"** Dann wurde er zurecht gewiesen. Es gibt kein Aber.

Nur Solidarität mit dem „Selbstverteidigungsrecht" Israels – das ist die Vorgabe. Ohne Wenn und Aber. Punkt!

Greta Thunberg, einst Heldin der FFF-Bewegung (Fridays For Future) in Deutschland, wird nun von den offiziellen Sprecher:innen der FFF-Bewegung in Deutschland, in **vorauseilendem Gehorsam** mit der Politik der Bundesregierung streng verurteilt, weil sie es wagt, sich gegen die israelische Politik und den Krieg zu stellen. Weil sie es gewagt hat, heraus zu schreien: **„Ohne Frieden gibt es keine Klimagerechtigkeit".**

Kinder dürfen nicht mit Palästina-Tüchern in die Schule kommen! Palästina-Fahnen bei Demos sind teilweise verboten. Der deutsche Staat erklärt: **„Die Verteidigung Israels ist Staatsräson!"** Diskussionen werden darüber angezettelt, ob diese Vorgabe in die Verfassung hinein geschrieben werden sollte.

Das ist **kein wirklicher Kampf** gegen den tatsächlich existierenden, **tief sitzenden Antisemitismus** in der **deutschen Bevölkerung**, der nach dem 2. Weltkrieg **nicht mit den „Entnazifizierungs"-Aktionen** der Alliierten ausgetrieben werden konnte.

Sondern das ist eine oberflächliche, anbiederische, heuchlerische Show der deutschen Bourgeoisie, die zeigen will, wie zivilisiert sie geworden ist!

Gleichzeitig wird toleriert, dass in der Bayerischen Regierung und im Landtag, der Herr Aiwanger sitzt, der ganz aus Versehen als Abiturient ein faschistisches, antisemitisches Flugblatt in seinem Schulranzen spazieren trug und verteilte. Das wird nicht nur toleriert, sondern das Wahlvolk hat ihm das mit ein paar Prozent mehr Stimmen bei den Landtagswahlen gedankt. Die **wahren Antisemit:innen in diesem Deutschland** sind nach wie vor die **deutschen Nazis, die Faschist:innen, die extreme Rechte, die AfD,** für die „das dritte Reich" ein Fliegenschiss war. Ebenso die weit verbreiteten **Nazi-Sympathien in rechtslastigen Großkapitalkreisen.**

Es ist reine Heuchelei. Das alles zeigt aber zugleich, was die Bourgeoisie unter Meinungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit etc. wirklich versteht. Das ist aber die bürgerliche Demokratie!

Wir Kommunist:innen sind in der Palästinafrage der Meinung, dass es **im Kapitalismus keine wirkliche Lösung dieses Problems** gibt.

Wir sehen die wirkliche Lösung in einem gemeinsamen demokratischen Staat Palästina, in dem die Menschen aus allen Nationalitäten und Religionen in Frieden zusammenleben. Die wirkliche Lösung liegt in der **proletarischen Revolution in Palästina**. Aber bis dahin wird es noch ein langer Weg sein.

Allerdings müssen in dem laufenden Krieg die Waffen sofort schweigen und das Morden muss gestoppt werden.

Eine **Zwei-Staaten-Lösung in den Grenzen von 1967**, auf die sich Vertreter:innen Israels und Palästinas geeinigt hatten, wäre unter Bedingungen des Kapitalismus eine provisorische Lösung und auf jeden Fall **besser für die Völker als die jetzige Situation**. Allerdings ist diese mit den heutigen Hauptakteuren Netanjahu auf der einen und Hamas auf der anderen Seite unmöglich.

Wir haben vor fünf Jahren unsere prinzipielle Haltung zur Palästina-Israelfrage in Thesen ausformuliert. [18]

Anlässlich der aktuellen Entwicklungen dokumentieren wir sie noch einmal.

18 TA 80, Januar 2019, S. 58

Thesen zur Palästina-Israelfrage [1]

Palästina war ein arabisch-islamisches Land, mit religiösen Minderheiten, arabischen Juden und Christen. [2]

1) Nationale Frage

Die jüdische Frage ist nicht nur eine „religiöse Frage", das Judentum ist nicht nur „eine Religion". Mit der Entwicklung des Kapitalismus wurde die jüdische Frage zur nationalen Frage.

2) Jüdische Nation

Als Ende des 19. Jahrhunderts der politische Zionismus formuliert wurde, war es nicht möglich weltweit von einer jüdischen Nation zu sprechen. In den meisten Ländern lebte die jüdische Bevölkerung als eine unterdrückte nationale Minderheit. In einzelnen Ländern wie in Polen, der Ukraine und Weißrussland dagegen, war die Herausbildung der JüdInnen zu einer Nation am weitesten fortgeschritten.

3) Politischer Zionismus

Der politische Zionismus ist jüdischer Nationalismus und zugleich eine Reaktion auf den Antisemitismus. Dieser Nationalismus wird von den Imperialisten für ihre Zwecke benutzt.

Der politische Zionismus hat zwei Seiten: eine gerechte, mit der er sich gegen die nationale Unterdrückung der JüdInnen richtet und sich durch Gründung eines eigenen jüdischen Staates davon befreien wollte. Auf der anderen Seite hat er einen aggressiven, kolonialistischen Charakter. Mit seinem Programm „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land" leugnet er ideologisch/politisch die Existenz des eingeborenen (autochthonen) arabischen Volkes in Palästina und organisiert praktisch seine Vertreibung.

4) Jüdische Nation in Palästina

Die zionistische Einwanderung, der Antisemitismus, der im Holocaust, [3] mündete, und die vor dem Nazi-Faschismus flüchtenden jüdischen Menschen spielten bei der Herausbildung der jüdischen Nation in Palästina eine ausschlaggebende Rolle. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs betrug die jüdische Bevölkerung in Palästina ca. ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Gemessen an den marxistischen Kriterien einer Nation (Gebiet, Kultur, Sprache, Wirtschaft und historische Gemeinschaft) bildete die jüdische Bevölkerung in Palästina Ende des Zweiten Weltkriegs weitgehend eine Nation. Das Recht der JüdInnen auf einen Staat in Palästina war damit gegeben. Eine Lösung für das friedliche Zusammenleben beider Völker wäre ein dualer demokratischer Staat, in dem sowohl die arabische als auch die jüdische Bevölkerung gleichberechtigt zusammen leben. Das jahrzehntelange Treiben der Imperialisten hatte jedoch dafür gesorgt, dass eine Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat auf die Tagesordnung kam.

5) Lösung der Palästinafrage 1945-1948

Als die Palästinafrage in der UN (United Nations – Vereinte Nationen) auf die Tagesordnung kam, trat die sozialistische Sowjetunion für die Schaffung eines unabhängigen, vereinigten demokratischen gemeinsamen Staates, in dem AraberInnen und JüdInnen leben, ein. Als deutlich wurde, dass dies nicht zu verwirklichen sei, plädierte sie für die Zwei-Staaten Lösung d.h. in Palästina einen arabischen und einen jüdischen Staat zu gründen.

Der Teilungsplan der UN 1947 wurde von der Sowjetunion unterstützt, da das Selbstbestimmungsrecht beider in Palästina lebenden Völker und ihr Recht auf nationale, staatliche Unabhängigkeit verteidigt wurde, sowie den Abzug der britischen Kolonialmacht und ein Ende des imperialistischen Mandats beinhaltete. Er war fortschrittlich und demokratisch. Der Plan sah eine Wirtschaftsunion beider Staaten vor mit der Zielsetzung, eine freiwillige Vereinigung des jüdischen und des arabischen Staates in der Zukunft zu ermöglichen.

Das war eine Lösung, um die aufgeladene Situation zu entspannen und eine bessere Ausgangssituation für die Bildung eines unabhängigen, demokratischen arabisch-jüdischen Staats zu schaffen. Die Haltung der SU war und ist auch im Rückblick richtig.

---

1 Diese Thesen beruhen auf den ausführlichen Einschätzungen in der Palästina-Frage in *Trotz alledem!* Nr. 32/33 Juni 2004 und Nr. 47 März 2008.

2 Ende des 19. Jahrhunderts/Beginn des 20. Jahrhunderts zerfiel das osmanische Reich, unter dessen Herrschaft Palästina stand. Aufgrund seiner strategischen Bedeutung spielte Palästina eine zentrale Rolle in der Rivalität der imperialistischen Großmächte, insbesondere Frankreich und England um die Aufteilung des Nahen Ostens.
England nutzte den aufkommenden Zionismus und die damit verbundene Auswanderung europäischer JüdInnen nach Palästina, um eine Kolonisierung Palästinas durchzusetzen. In den 1910er/1920 Jahren erhob sich das palästinensische Volk gegen die koloniale Unterdrückung und kämpfte für ein freies, unabhängiges Palästina. Teile der nationalen Befreiungskräfte, wie der Großmufti von Jerusalem waren stark antisemitisch geprägt und in den 1930er/40er Jahren mit dem deutschen Faschismus eng verbunden.

3 Deutscher Völkermord an den europäischen JüdInnen

6) Gründung des Staates Israel – An Nakba des palästinensischen Volkes

Die Imperialisten, die Zionisten und die arabischen Reaktionäre haben die Zwei-Staaten-Lösung verhindert. Die Zionisten verkündeten die einseitige Gründung des Staates Israels. Die Staaten der arabischen Liga haben, auch als angebliche VertreterInnen des palästinensischen Volkes, mit Unterstützung einiger Imperialisten einen Krieg gegen den neu gegründeten Staat Israel begonnen. In diesem Krieg nahm die „An Nakba", die „große Katastrophe", die systematische brutale Vertreibung des palästinensischen Volkes aus seinem Land ungeheure Dimensionen an.

7) Zionistischer Staat Israel

Israel ist aufgrund seiner besonderen historischen Entwicklung und aktuellen Lage ein Sonderfall. Israel hat ein Existenzrecht in Palästina. Aber es ist gegründet auf der Aberkennung und Leugnung des Selbstbestimmungsrechtes und der Verhinderung der Bildung eines Staates des palästinensischen Volkes.
Israel ist ein kapitalistisch entwickeltes vom Imperialismus abhängiges Land und hat expansionistische, kolonialistische imperialistische Züge gegenüber der arabischen Nation und den arabischen Staaten.
Der Staat Israel ist zionistisch, hochgradig rassistisch, durchmilitarisiert und faschistisch gegenüber der arabischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten Palästinas (2011 Gaza und Westbank). Die Herrschaftsform in den besetzten Gebieten ist faschistisch. Die Herrschaftsform des israelischen Staates in Israel ist bürgerlich-demokratisch mit einer faschistischen Herrschaftsstruktur gegenüber der palästinensischen arabischen Minderheit. Der zionistische Staat zieht eine Mauer um „sein annektiertes Land" sowie durch die Westbank, die er zu großen Teilen kolonisiert. In Jerusalem werden die PalästinenserInnen weiter vertrieben und enteignet. Gegen Gaza führt der israelische Staat Krieg, mauert Gaza ein und belegt es mit Blockaden.

8) Lösung nationale Frage

Im Kapitalismus gibt es für die nationale Frage keine gerechte Lösung und kann es keinen dauerhaften Frieden geben. Wir müssen uns als KommunistInnen dennoch auch heute im Imperialismus dazu verhalten. Heute, unter den kapitalistischen imperialistischen Bedingungen, unterstützen wir als Übergangslösung die Gründung von zwei Staaten auf Basis des UN-Teilungsbeschluss Nr. 181 vom 26. November 1947. Diese Lösung ist im Kapitalismus der einzig gangbare Weg. Besondere Beachtung muss der Anpassung an aktuelle Verhältnisse (Bevölkerungszuwachs, Gebiete) gegeben werden. Zusätzlich muss das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge gewährleistet sein. Als KommunistInnen in Deutschland müssen wir das Spiel der imperialistischen Großmächte entlarven, allen voran das der BRD, und die Befreiungsbewegung des palästinensischen Volkes unterstützen!

9) Aktuelle Lösung

Das Ende des Krieges in Palästina und ein Friedensabkommen zwischen arabischen PalästinenserInnen und dem Staat Israel ist die Voraussetzung für die Entwicklung des Klassenkampfs in Israel und Palästina. Das ist unter heutigen Bedingungen nur in einem imperialistischen Frieden möglich. Die Forderung der PLO (Palästinensische Befreiungs-Organisation), in den Grenzen von 4. Juni 1967 einen palästinensischen arabischen Staat zu gründen, in dem alle jüdischen Siedlungen aufgelöst werden, kann ein Schritt zum vorübergehenden Frieden sein. Eine solche Lösung bietet sowohl den palästinensischen Massen als auch den jüdischen Werktätigen in Israel eine Verbesserung ihrer Lage und Kampfbedingungen.
Aber dies ist keine entscheidende, vorwärts bringende Forderung für die palästinensische Sache. Die 1967er Lösung ist überhaupt der minimalste aber selbst unter zionistischer Besatzung schwer erreichbare Lösungsansatz, der keineswegs das Recht der palästinensischen Nation auf Selbstbestimmung verwirklicht und keine tatsächlich demokratische Lösung der nationalen Frage in Palästina.

10) Wirkliche Lösung

Die wirkliche Lösung liegt in den Revolutionen in Israel und in Palästina unter Führung des Proletariats mit dem Ziel des Sozialismus/Kommunismus. In Palästina spielt der Kampf gegen die israelisch-zionistische Besatzung in der Revolution die Hauptrolle.

11) Kampfmethoden

„Selbstmordanschläge" wie sie Hamas und Djiad ausführen, die auf die wahllose Ermordung jüdischer Bevölkerung abzielen, lehnen wir als Mittel des politischen Kampfes ab, da sie nicht dem Befreiungskampf dienen sondern schaden. Sie dienen letztlich dem zionistischen Staat und der arabischen Reaktion. Gleichzeitig verurteilen wir alle heuchlerischen Verdammungen der Selbstmordanschläge, die darauf hinarbeiten, die faschistische Besatzung des zionistischen Staates aus der Schusslinie zu nehmen.

Berichte

Solidaritäts-Demonstration für Palästina

4. November in Berlin

Die Wut, die sich seit Jahren im Gazastreifen unter der Blockade des zionistischen Staates Israel angestaut hat, ist explodiert. Am Morgen des **7. Oktober 2023** gegen 6.30 Uhr startete der bewaffnete Flügel der Hamas, die „Izzeddin el-Kassam" Brigade einen umfassenden Angriff auf Israel, der als „Aqsa-Flut" bezeichnet wurde. Der Staat Israel nutzte den Angriff der Hamas am 7. Oktober als Chance. Indem er sich in der Weltöffentlichkeit als denjenigen darstellte, der angegriffen wurde und von seinem „Recht auf Selbstverteidigung" Gebrauch mache. Er griff Gaza mit all seiner militärischen Macht und Kräften an.

Seit dem 9. Oktober lässt **Israel Bomben auf die Bevölkerung von Gaza** regnen. Gaza wird dem Erdboden gleichgemacht. Die westlichen Imperialisten, die so viel von „Menschenrechten", „westlichen Werten", „Schutz der Zivilbevölkerung im Krieg", „Gerechtigkeit",„Recht",„Gesetz" usw. reden, sind zu Partner:innen dieser Barbarei Israels geworden. In der westlichen Welt werden Solidaritätsdemonstrationen mit Israel unter Aufsicht der Staaten organisiert.

Solidaritätsdemonstrationen mit Palästina werden verboten und diejenigen, die aus Solidarität mit den Palästinenser:innen auf die Straße gehen, werden festgenommen. In Deutschland wurden nach dem viele dieser Solidaritätsdemonstrationen verboten. Einige wenige durften stattfinden, nachdem Gerichte die Verbote aufgehoben hatten.

Die Preisverleihung an die **palästinensische Schriftstellerin Adania Shibli** auf der Frankfurter Büchermesse wurde wegen des Konflikts zwischen Israel und Hamas abgesagt. Adania war in Deutschland mit dem Literaturpreis für ihr Buch „Ein kleines Detail" ausgezeichnet worden.

Der Preis, der seit mehr als 40 Jahren von Litprom e.V. an Schriftsteller:innen aus Afrika, Asien, Lateinamerika und der arabischen Welt verliehen wird, sollte der Autorin auf der 75. Frankfurter Buchmesse vom 18. bis 22. Oktober 2023 überreicht werden. Wenige Tage vor der Messe-Eröffnung gab die Messeleitung bekannt, dass die Preisverleihung abgesagt wird.

Die deutsche Innenministerin Nancy Faeser verkündete, dass die Organisationen Hamas, „Samidoun", „Solidarität mit palästinensischen Gefangenen" und viele soziale Netzwerke in Deutschland verboten werden. In dieser Situation, in der Solidaritätsaktionen mit Palästina verboten und unterdrückt werden, riefen Organisationen wie die **„Jüdische Stimme" und die „Palästina-Kampagne"** für den **4. November zu einem zentralen Marsch in Berlin** unter den Slogans **„Schluss mit dem Völkermord in Gaza"**, **„Schluss mit den Demo-Verboten"** und **„Free Palestine"** auf. Mehr als **10.000 Menschen** nahmen an diesem **„Palästina-Solidaritätsmarsch"** teil.

Die Polizei hatte mit zweitausend Teilnehmer:innen gerechnet! Um 14 Uhr versammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Neptunbrunnen auf dem Alexanderplatz. 1400 Polizeibeamte zogen „Sicherheitsmaßnahmen" durch: Transparente wurden kontrolliert und viele mit angeblich „israelfeindlichen Slogans" beschlagnahmt.

Nach Angaben der Polizei waren *„antisemitische, israelfeindliche oder den Terrorismus huldigende Äußerungen untersagt!"* Die barbarischen Angriffe Israels und die Heuchelei der westlichen Imperialisten, die sich auf die Seite Israels stellen, zu entlarven war jedoch nicht antisemitisch.

Die Polizei teilte in X (Elon Musk) zunächst mit, dass „ein Medienvertreter" von Teilnehmer:innen des Marsches angegriffen worden sei. Nach Angaben der deutschen Presse wurde ein weiterer Journalist bedrängt. Palästinenserinnen kletterten auf die Neptun-Statue auf dem Alexanderplatz und wollten eine palästinensische Flagge anbringen. Die Polizei schritt massiv gegen diese Demonstrant:innen ein und nahm vier Personen fest. Insgesamt wurden bis zum Ende der Aktion **59 Personen festgenommen**. Der Marsch endete mit Reden auf dem Potsdamer Platz.

Die Teilnehmer:innen trugen viele palästinensische Flaggen mit sich sowie **Transparente** mit den Losungen, **„Stoppt den Völkermord in Gaza", „Stoppt den Besatzungsterror", „Waffenstillstand jetzt"** und **„Freiheit für Gaza"**. Häufig gerufen wurden Slogans wie „Freiheit für Palästina", „Israel bombardiert, Deutschland finanziert". Ein Redner forderte ein Ende der „Apartheidkultur" und ein Ende der Bombardierungen in Gaza. Einige Menschen wollten Plakate gegen die Hamas tragen, sie wurden aber von den Organisatoren der Demonstration daran gehindert.

In den Redebeiträgen während der Demo wurden die unmenschlichen Praktiken des zionistischen Israels kritisiert. Die internationale Gemeinschaft wurde aufgefordert, die unmenschliche Gewalt Israels in Gaza zu verurteilen und Druck auf Israel auszuüben, damit es die Gewalt gegen Palästina einstellt. Die Unterstützung Israels durch den deutschen Staat und Politik wurde kritisiert.

Angeklagt wurde, dass Tausende Menschen von der israelischen Armee im Gazastreifen getötet wurden, die Hälfte der Bevölkerung des Gazastreifens sind Kin-

der und dort wird ein Völkermord begangen. Redner:innen erklärten weiter, dass die deutsche Regierung Israel voll und ganz unterstütze und berichteten: *„In Berlin sind fast alle Proteste in Solidarität mit Palästina verboten. Auch* ***Symbole der palästinensischen Identität*** *werden* ***in unseren Schulen verboten****. Es hat eine Welle von Polizeigewalt gegen Palästinenserinnen und ihre Unterstützer:innen gegeben, mit Hunderten von Verhaftungen".*

Auf dem Boulevard Unter den Linden entzündeten Demonstrant:innen, unterschiedliche Menschen aus vielen Gesellschaftsschichten, zahlreiche Lichter. Die Mehrheit der Teilnehmer:innen waren Migrant:innen. Von den Organisationen aus Nordkurdistan-Türkei lief nur die MLKP als Block, einige wenige ATIK-Fahnen wurden getragen. Deutsche Organisationen wie MLPD und verschiedene trotzkistische nahmen ebenfalls teil.

Die **Hamas ist eine islam-faschistische und antisemitische Organisation**. Die wahllose Tötung israelischer Zivilist:innen und die Entführung zahlreicher Geiseln durch die Hamas am 7. Oktober ist ein terroristischer Akt. Es ist inakzeptabel, Menschen in Gefangenschaft als Druckmittel zu benutzen. Es ist richtig, Solidaritätsaktionen für das palästinensische Volk zu organisieren und die Barbarei Israels zu verurteilen. Es ist aber auch richtig, die **Aktionen der islamo-faschistischen, antisemitischen Hamas** zu verurteilen. Wir sind gegen die radikal-religiöse, faschistische Hamas und ihre terroristischen Aktionen. Am 4. November in Berlin, während des Marsches für „Freiheit für Palästina" waren wir mit der **unkritischen und toleranten Haltung gegenüber der Hamas** nicht einverstanden.

Bei dieser Demonstration haben wir unser Flugblatt „Der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes ist gerechtfertigt, Freiheit für Palästina!" verteilt.

Kurzbericht: Protest-Kundgebung

Am 29. Oktober versammelten sich im Gleisdreieck-Park in Berlin **über 1 000 Menschen**. Da eine Demonstrationsroute nicht genehmigt worden war, wurde eine fünfstündige Kundgebung veranstaltet. Die große Mehrheit arabische, palästinensische, migrantische Menschen aus den Communities, darunter viele Jugendliche.

Vielleicht eine Handvoll „deutsche" Linke, darunter ein einzelner Flugblatt verteilender Revcom-Anhänger. Viele Palästina-Fahnen und Schilder werden von den Teilnehmer:innen getragen und Transpis sind an der Bühne angebracht.

Ein **enormes Polizeiaufgebot**, mehrere Mannschaftswagen an allen wichtigen Kreuzungspunkten im Park, bestimmt über 100 Polizeikräfte vor Ort. In der Begrüßungsrede erklärt die Sprecherin, dass sie von der Versammlungsleitung dazu verpflichtet wurden, gleich zu Beginn die Auflagen für die Veranstaltung in Deutsch und Arabisch zu verlesen. In den Auflagen wird vorgeschrieben, dass Namen von Organisationen wie PLFP (People Liberation Front Palestine) nicht genannt und deren Fahnen und Embleme nicht getragen werden dürfen sowie keine Kritik an Israel vorgebracht werden darf.

Die Organisator:innen und Redner:innen sind überwiegend junge Frauen. Eine Vertreterin der Organisation Jüdische Stimme, Mitglied im Dachverband „Europäische Juden für einen gerechten Frieden", hat in einer Rede den Krieg gegen das palästinensische Volk angeprangert, von Genozid gesprochen und sich **solidarisch auf die Seite des palästinensischen Volkes** gestellt. Sie berichtete, dass sie einen Tag zuvor verhaftet wurde, weil sie sich an einem Platz mit einem Schild aufgestellt hatte, um sich mit dem palästinensischen Volk zu solidarisieren.

Insgesamt wurde in verschiedenen Redebeiträgen auf die Ungerechtigkeiten, auf die Menschenrechtsverletzungen, auf das Ziel des israelischen Staates, das ganze palästinensische Volk aus Gaza und dann aus dem Westjordanland, wo die israelische „Siedlerbewegung" sich ständig ausweitet und palästinensischen Boden okkupiert, zu vertreiben.

Unter dem **# Say their names** sind auf großen Transparenten die bekannt gewordenen Namen der ermordeten Kinder im Gaza dokumentiert. Die Kinder in Gaza schreiben sich, bzw. ihre Eltern schreiben ihnen die Namen in ihre Hände, damit sie identifiziert werden können, falls sie von Bomben getroffen werden und verschüttet sind.
In verschiedenen Reden wurde auf den unglaublichen Doppelstandard eingegangen, dass jetzt an Berliner Schulen verboten ist, das Pali-Tuch zu tragen, dass jegliche kritische Stimme gegen das Vorgehen Israels in Gaza und Westjordanland als antisemitisch abgestempelt wird, und abgewürgt wird. Eine Vielzahl von „arabischen", bzw. dafür gehaltenen Menschen werde tagtäglich rassistisch diskriminiert.
Die Polizei war aggressiv. Sie hatte im ganzen Park Mannschaftswagen aufgefahren. Als zwei Frauen mit einem Leiterwagen Kartons mit Losungen und Forderungen zum Veranstaltungsort brachten, wurden sie von vier Polizisten kontrolliert, jedes einzelne Schild wurde begutachtet und sehr viele „aussortiert".
Trotz aller Schikanen war das eine wichtige kämpferische Protestaktion.

Parolen wurden gerufen:

Scholz warum kein Wort?
Massenmord ist Massenmord!

Deutsche Medien lügen!
Lasst euch nicht betrügen!

Viva viva Palästina viva viva Gaza!
Free free Palestine!

Berichte von TA-Unterstützer:innen und Aktivist:innen

Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost

Über uns: Die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost" wurde am **21. Oktober 2007** als Verein gegründet. Am 9. November 2003 wurde in Berlin unter dem Namen **„Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost" die Sektion der Föderation „European Jews For A Just Peace"** (Europäische Juden für einen gerechten Frieden) in den Räumen des Hauses der Demokratie und der Menschenrechte ins Leben gerufen.
Die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost" handelt auf der Grundlage der Gründungserklärung der **„European Jews For A Just Peace" (EJJP),** die im September 2002 in Amsterdam von 18 jüdischen Organisationen aus 9 europäischen Ländern verabschiedet wurde. Als assoziiertes Mitglied der Föderation will sie über die Notwendigkeit und Möglichkeit eines gerechten Friedens zwischen Palästina und Israel informieren. Ihre wesentliche Aufgabe sieht sie darin, darauf hinzuwirken, dass die Bundesregierung ihr außenpolitisches und ökonomisches Gewicht in der Europäischen Union, in den Vereinten Nationen und nicht zuletzt auch in Nahost nachdrücklich und unmissverständlich im Interesse der Herstellung eines **lebensfähigen, souveränen Staates Palästina** auf integriertem Hoheitsgebiet und innerhalb sicherer Grenzen nutzt und aktiv zur Verwirklichung eines dauerhaften und für beide Nationen lebensfähigen Friedens beiträgt.
Allen jenen, die sich anmaßen, für alle Juden einer Nation oder gar der Welt zu sprechen, rufen wir entgegen: Nicht in unserem Namen!"
www.juedische-stimme.de

20 Jahre Jüdische Stimme Rede des Vorsitzenden Wieland Hoban [1]

Liebe Gäste, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Mitglieder,
Wie erleben gerade einen **Genozid**. In Gaza wurden 9.500 Menschen durch israelische Bomben getötet, darunter 4.000 Kinder; die schmale Enklave wird in eine Mondlandschaft verwandelt, und es gibt für die 2,3 Millionen Einwohner keine Zuflucht – ob in Schulen, Krankenhäusern, Moscheen oder Kirchen. Als Rechtfertigung wurden die Massaker durch Milizen aus Gaza benutzt, die am 7. Oktober mehrere Ortschaften im Süden Israels angriffen. In ihren Reaktionen darauf haben mehrere israelische Politiker deutlich gesagt, dass sie **Gaza dem Erdboden gleich machen wollten**. Benjamin Netanjahu verwies auf **die biblische Figur des Amalek**, des ewigen Feindes, der nur durch vollständige Vernichtung unschädlich zu machen ist.

1 www.juedische-stimme.de/zur-veranstaltung-"20-jahre-jüdische-stimme-für-gerechten-frieden-in-nahost"

Und es kamen auch konkrete Pläne der israelischen Regierung ans Licht, die gesamte Bevölkerung von Gaza nach Ägypten zu vertreiben.
Wer zu dieser Veranstaltung gekommen ist und etwas über die Arbeit der Jüdischen Stimme weiß, weiß natürlich, dass diese Geschichte nicht am 7. Oktober anfing. Dass die **Blockade des Gazastreifens** ein normales Leben seit 16 Jahren dort unmöglich macht. Dass im **Westjordanland und Ostjerusalem** nicht nur immer mehr Siedlungen gebaut werden, sondern auch, dass es durch Siedler und Armee zu immer mehr Alltagsgewalt und Vertreibungsversuchen bis hin zu Pogromen an Palästinensern kommt. Dass innerhalb des offiziellen israelischen Staatsgebiets palästinensische Staatsbürger zusätzlich zur gesetzlich festgelegten und auch informellen Diskriminierung in immer mehr Gefahr und Angst leben. Dass auch weiteren **Millionen in Flüchtlingslagern im Libanon, in Jordanien und Syrien ein Leben in Freiheit mit allen Rechten** verwehrt wird, und dass auch die meisten in der großen palästinensischen Diaspora, die in Deutschland und gerade in Berlin stark vertreten ist, nicht nach Palästina zurückkönnen.
Und dass all dies auf die **Nakba, die Vertreibung von 750.000 Palästinensern ab Ende 1947**, zurückgeht, die nie aufgehört hat, die durch den aktuellen Genozid fortgesetzt und in der deutschen Öffentlichkeit kaum anerkannt wird.
Wie hat diese deutsche Öffentlichkeit auf die Ereignisse der letzten Wochen reagiert? In Deutschland wurden viele Demonstrationen schon Tage im Voraus verboten, vor allem hier in Berlin, wo die Polizei mit schockierender Brutalität vorging und sich bei der Durchsetzung von Verboten jenseits des Gesetzes bewegte. In den Medien wurde das **Schreckgespenst** von Horden blutrünstiger Araber und Muslime heraufbeschworen, die vor allem eine Gefahr für Juden darstellen und am besten alle abgeschoben werden sollten. Selbst der vermeintliche Sozialdemokrat Olaf Scholz hat sich nicht geschämt, sich solcher Rhetorik zu bedienen. Demonstrationen für Palästina und Gaza wurden häufig als **„pro-Hamas" abgestempelt**, und falls nicht, wurden meistens antisemitische Tendenzen unterstellt.
Durch die **Kopplung von Migrationsdiskurs und Antisemitismus** wurden tatsächliche Ängste unter Jüdinnen und Juden instrumentalisiert – auch von Figuren des jüdischen Mainstreams wie Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden, der protestierende und trauernde Menschen als „Barbaren" bezeichnete. Der Diskursraum wird immer enger: Eine internationale Konferenz zu Fragen der Erinnerungskultur wurde von der Bundeszentrale für politische Bildung abgesagt, kritische Köpfe im politischen und kulturellen Betrieb wurden entlassen oder ausgeschlossen. Tendenzen, die sich schon seit Jahren abzeichnen, haben sich verschärft.
Als wir vor Monaten ursprünglich den Plan fassten, eine Jubiläumsfeier zu veranstalten, haben wir uns schon damals gefragt, ob das überhaupt angemessen wäre – und jetzt umso mehr. Ob es angesichts des Leids, angesichts der Tausenden von Toten und Verletzten, vertretbar wäre, einen Abend lang über uns selbst und unsere Geschichte zu sprechen, statt uns auf die Menschen in Palästina zu konzentrieren. Ein Mitglied sagte, wir könnten dann feiern, wenn eine Organisation wie unsere nicht mehr benötigt wird, und ja: Wenn es keine Krankheit oder Verletzungen mehr gäbe, bräuchten wir auch keine Ärzte und Krankenhäuser mehr.
Marek Edelman, einer der Anführer des Warschauer Ghettoaufstands und einer der wenigen Überlebenden, sagte einmal: „Ein Jude zu sein bedeutet, immer mit den Unterdrückten zu sein, niemals mit dem Unterdrücker." Das betrachte ich gewissermaßen als unseren Leitsatz, aber es gibt auch Aspekte, die unsere Position komplizierter machen. Ein wesentlicher Teil unserer ursprünglichen Strategie ist schließlich, dass wir gerade **als Jüdinnen und Juden zu den Palästinensern stehen**, dass der vermeintliche Widerspruch zwischen diesen beiden Tatsachen sowie der ständig mitschwingende Antisemitismusverdacht also durch unsere Solidarität widerlegt werden.
Aber was macht das mit unserer Rolle? Indem wir die Botschaft senden, dass Solidarität mit Palästina nicht dem Jüdischsein widerspricht und **Israel nicht für alle Jüdinnen und Juden spricht**, beanspruchen wir eine Autorität des Sprechens im Vergleich zu unseren palästinensischen Partnern und Freunden sowie den Menschen in Palästina.
Ich war vor einigen Monaten mit einem palästinensischen Freund bei einem Vortrag des **israelischen Historikers Ilan Pappé**, der seit Jahren zu den wichtigsten Aufklärern in Sachen Palästina gehört, unter anderem mit seinem Buch ‚Die ethnische Säuberung Palästinas'. Der Vortrag war eloquent und treffend, faktenreich aber ohne Akademismus.
Da klagte mein Freund: Wenn ein israelischer Jude das sagt, hören alle zu. Aber wenn wir es sagen, sind wir Antisemiten! Und er hatte Recht: Obwohl wir auch von manchen antisemitisch genannt werden, und vom jüdischen Mainstream geächtet oder ignoriert werden, hört man uns **immer noch etwas eher zu** als Palästinensern, man genehmigt vielleicht etwas eher – nicht immer – Demonstrationen, die von uns angemeldet werden.
Diesen kleinen Vorteil nutzen wir und Gruppen in anderen Ländern, etwa Jewish Voice for Peace in den

USA oder der internationale Dachverband European Jews for a Just Peace, damit unsere Botschaft von denjenigen gehört wird, die palästinensischen Stimmen nicht zuhören wollen.

Wir nutzen unser Privileg – aber gleichzeitig verfestigen wir es. Unsere Aufgabe darf nicht nur sein, dass wir anderen den Koscherstempel geben, der beschämenderweise von der Mehrheitsgesellschaft erwartet wird, und dass wir sagen, „hört uns zu, wir sind doch Juden". **Unsere Aufgabe** muss sein, **mit anderen Gruppen in Bündnissen** zu arbeiten und sie so zu stärken, dass sie diesen Stempel nicht brauchen. Dass man überhaupt nicht mehr argumentieren muss, dass etwas in Ordnung ist, weil Juden es abgesegnet haben.

Wenn ich sehe, wie etwa der **Genozid an den Roma und Sinti** kaum erwähnt wird, nachdem er ohnehin **erst 1982 offiziell anerkannt** wurde – fast 40 Jahre danach – und dass große Teile der deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht in der Lage sind, die **verschiedenen Formen des Rassismus**, zu denen schließlich auch der Antisemitismus gehört, **zusammenzudenken**, überfallen mich Wut und Trauer.

Wenn ich sehe, wie ein aufgeblasener Diskurs über **„Gender-Gaga"** zu **AfD-Plakaten** führt, auf denen die **Regenbogenflagge mit dem Winkel** kombiniert wird, der den **KZ-Uniformen** aufgenäht wurde, dann habe ich Angst um alle queeren Freunde und um meinen transidenten Sohn.

Und wenn ich sehe, wie wenig es weiße konservative Politiker:innen kostet, mit ihren vergangenen und vielleicht noch aktuellen **Nazi-Sympathien** konfrontiert zu werden, dann weiß ich, dass **der Kampf gegen Antisemitismus eine Farce ist** und **dass Deutschland nie entnazifiziert** wurde. In einer Gesellschaft, in der d**ie Faschisten seit Monaten bei über 20% liegen,** sind alle Minderheiten bedroht.

Natürlich bleibt **Palästina unser Fokus**, da diese Bewegung so dringend nötig ist und so angefeindet wird.

Und weil der **deutsche Erinnerungsdiskurs** so perfide gegen sie gewendet wird, weil so **gnadenlos die falschen Lehren aus dem Holocaust** gezogen werden. Aber unser Einsatz für Palästina steht im Zusammenhang eines Engagements für Gerechtigkeit in vielen Bereichen, die alle verbunden sind.

Ich möchte noch etwas über uns sagen, über unsere Organisation und über das, was wir vielleicht sein können. Die letzten Wochen haben uns alle auf eine Weise belastet und beansprucht, dass wir immer wieder an unsere Grenzen kamen – nicht nur aktivistisch, sondern auch menschlich und psychisch.

Und doch haben wir einen **Zuspruch, eine Solidarität und eine Wertschätzung** erfahren, die mich überwältigt hat. In einem normalen Jahr erreichen uns eine Handvoll Mitgliedschaftsanträge. In den letzten drei Wochen kamen sie manchmal fast täglich. Und was ich immer wieder von Menschen höre, die sich uns anschließen wollen, ist dass sie sich frustriert und ohnmächtig fühlen, dass sie gleichzeitig **unter der deutschen Staatsraison und den Beschränkungen in jüdischen Räumen** leiden, und dass sie hoffen, durch ihren Beitritt – egal, ob sie wirklich aktiv sein wollen oder nur eine Verbindung herstellen möchten – etwas beitragen zu können, zu dem sie sich alleine nicht in der Lage fühlen.

Wenn wir also Jüdinnen und Juden einen Ort bieten können, an dem sie den Anschluss an die größere Bewegung finden, dann ist auch dies eine Funktion unserer Arbeit, die letztlich den **Kampf um Gerechtigkeit für Palästina und die Solidarität** mit anderen Gruppen stärkt.

Ich kann von mir selbst sagen, dass mein Beitritt mir damals den Weg geebnet hat, um ein **leidenschaftlicher Aktivist** zu werden und mich auch ohne inneren Konflikt **mit meinem Jüdischsein zu identifizieren**. Wir und vor allem unsere palästinensischen Weggefährten werden immer wieder angefeindet und diffamiert, aber zusammen sind wir stark und können so nicht nur uns selbst, sondern auch anderen helfen. Lasst uns daran festhalten, egal, wie dunkel es wird. Es ist eine der Stunden, in der die Masken fallen und wir sehen, wer für Menschlichkeit steht und wer nicht**. „Nie wieder" ist jetzt.**

Hervorhebungen TA

Flugblatt

Der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes ist gerecht – Freiheit für Palästina!

Steht auf gegen den barbarischen staatsterroristischen Angriff Israels auf das palästinensische Volk

... denn nicht anderes ist der heute laufende Krieg in Palästina. Israel hat (laut dpa) zwischen dem 9. und 11. Oktober in **zwei Tagen 1000 Tonnen Bomben** auf **Ziele in Gaza** abgeworfen. Der dichtest besiedelte Gaza-Streifen wird jeden Tag von der israelischen Luftwaffe weiter bombardiert. An den Grenzen zu Gaza ist die hochgerüstete israelische Armee in Stellung gebracht und wartet auf ihren Einsatz-Befehl für die **Bodenoffensive**. Aktuell steht Gaza unter einer **Totalblockade** durch Israel.

Durch die Bombardierung Israels seit dem 9. bis zum 18. Oktober sind in Gaza über 3 500 Tote und über zehn Tausend schwer Verletzte zu beklagen. Die palästinensische Bevölkerung im Norden von Gaza wurde von der israelischen Armee ultimativ aufgefordert ihr Land, Hab und Gut zu verlassen und „nach Süden" zu ziehen. Es geht um über eine Million Menschen, die nun um ihr nacktes Leben zu retten, zu Flüchtlingen im eigenen Land wurden.

Das ist eine barbarische, keine Regeln kennende, terroristische Kriegsführung Israels gegen das palästinensische Volk. Es ist eine Lüge, wenn die israelische Kriegs-Regierung, mit Unterstützung aller westlichen imperialistischen Mächte, behauptet, sie kämpfe gegen „Hamas Terroristen", sie würde sich nur selbst verteidigen!

Die Bomben, die tonnenweise auf Gaza geworfen werden, treffen das palästinensische Volk, das nun im eigenen Land, in dem es seit der Gründung des Staates Israel in einem offenen Gefängnis lebt, auch noch zu Binnenflüchtlingen wird. Was angekündigt ist und jetzt abläuft ist eine **ethnische Säuberung**, eine Vertreibung aus dem nördlichen Teil Gazas. Wenn Israel das durchsetzen kann, wird auch der **Rest von Gaza** überrollt werden!

Der nächste Schritt wird die **Invasion** in die palästinensischen Restgebiete des **Westjordanlands** sein. Es ist den Zionist:innen in Israel egal, was mit den vertriebenen Palästinenser:innen geschieht. Ihr Plan im Gaza zielt darauf ab, sie zu zwingen nach Ägypten als unmittelbaren nächsten arabischen Nachbarstaat „auszuwandern". In der Wüste Sinais, relativ weit weg von Israel, sollen die Palästinenser:innen dann in Flüchtlingscamps „untergebracht" werden. Das ist der „Traum" der zionistischen Politiker:innen, wie Netanjahu um das „Palästina Problem" so zu lösen. **Gaza und das Westjordanland** sollen insgesamt **annektiert** werden. In der „Neuen Nahost" – Landkarte, die Netanjahu in der letzten UN-Vollversammlung im September hochgehalten hatte, waren der Gaza-Streifen und das Westjordanland als Territorien Israels markiert. Israel „Vom Fluss bis zum Meer!"

Allerdings steht das **kämpfende palästinensische Volk** als Bollwerk vor der Verwirklichung dieses zionistischen Traums. Auch die internationale Solidarität der Völker mit dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes wird es den Zionist:innen nicht erlauben dieses Ziel zu erreichen.

Auch wenn die Herrschenden in den westlichen imperialistischen Ländern erklären, dass sie den Kampf des israelischen Staates gegen den Terrorismus unterstützen, können auch sie einer Annexion der Rest-Palästinensischen Gebiete durch Israel nicht zustimmen. Denn ein solch offensichtlich **kolonialistischer Schritt** würde den **ganzen Nahen Osten in ein Feuermeer** verwandeln und ihre Interessen in Gefahr bringen.

Hamas und der „Verteidigungskrieg Israels gegen den Terrorismus"?

Nach israelischen Angaben sind bei dem „menschenfeindlichen, terroristischen Angriff der Hamas auf Israel" über 1 300 Menschen brutal ermordet und an die 200 Menschen als Geiseln genommen worden. Fakt ist, Hamas hat am 9. Oktober Israel nach eigenen Angaben mit über 5 000 Raketen angegriffen.

Hamas Kämpfer sind zeitgleich an verschiedenen Orten nahe der Grenze in Israel eingedrungen. Sie haben wahllos Menschen ermordet oder als Geiseln entführt. Dieses war die umfangreichste militärische Aktion einer palästinensischen Organisation gegen Israel überhaupt.

Sie hat dem **Mythos der Unverwundbarkeit** des Staates Israel einen großen Schaden zugefügt.

Die Aktion der Hamas, die eine islamistisch-faschistische und antisemitische Organisation ist, war eine **terroristische Aktion**, die willkürlich Menschen in Grenznähe getroffen hat. Terroristisch ist auch, wenn Men-

schen, die gefangen genommen werden, als Verhandlungsmasse verwendet werden. Das alles ist zu verurteilen. Wir sind gegen die islamistisch-faschistisch-antisemitische Organisation Hamas und gegen ihre terroristischen Aktionen.
Diese Organisation kämpft aber zugleich gegen die sich immer mehr ausdehnende Besetzung palästinensischer Gebiete, gegen die ständige Blockade und Bombardierung Gazas, gegen **die Landnahme der erzzionistischen „Siedler:innen" in Gaza und im Westjordanland**, sowie für die Befreiung Palästinas von kolonialistischer Unterdrückung. Sie ist Teil der

palästinensischen Befreiungsbewegung. Wie in jeder nationalen Befreiungsbewegung gibt es Organisationen aller Couleur auch in der palästinensischen. Hamas ist eine davon. Und angesichts der Schwäche der linken Bewegung ist die Hamas leider eine der mit am entscheidendsten.
Wir Kommunist:innen sind auf der Seite des palästinensischen Volkes im Kampf für seine Befreiung.
Die Aktion von Hamas wurde von der zionistischen Politikerkaste als ein Anlass genommen, um das ganze palästinensische Volk zu bestrafen! Angefangen mit Gaza. Die seit Langem **anhaltende Völkervertreibung nimmt nun eine neue Dimension an.** Ja, Hamas ist eine islamisch-faschistische Organisation. Aber die Dimensionen der staatsterroristischen Aktionen Israels, als Bestrafung und Vorwand im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus sind unvergleichlich umfangreicher.
Ja, Hamas hält an die 200 Menschen als Geiseln in der Hand. Wir verurteilen das. Aber in Israels Gefängnissen sitzen an die 4 500 palästinensische Kämpfer:innen als Geiseln! Ja, nicht nur das. Israel verhindert, dass 2,4 Millionen Menschen an Wasser, an nötigste Lebensmittel, an medizinische Hilfe... kommen.
Der israelische Energieminister Katz verkündet ganz offen: *„Humanitäre Hilfe für Gaza? Kein elektrischer Schalter wird angeschaltet, kein Wasserhahn aufgedreht, kein Tanklastwagen wird hineinfahren, bis die entführten Israelis wieder zu Hause sind. Ein humanitärer Schritt als Antwort auf einen humanitären Schritt. Und niemand soll uns Moral predigen."*
200 gegen 2,4 Millionen! So sieht die Dimension des Staatsterrorismus gegen das palästinensische Volk aus.
Wir sind dafür, dass die Geiseln in der Hand von Hamas unmittelbar und ohne Vorbedingung freigelassen werden! Wir sind zugleich dafür, dass die 4 500 palästinensischen Freiheitskämpfer:innen, die in israelischen Knästen gefangen gehalten werden, freigelassen werden. Und wir sind dafür, dass die gegen jegliche Menschenrechte gerichtete **Blockade gegen Gaza** aufgehoben wird.
In **Deutschland** ist die Verteidigung Israels **„Staatsräson"**. Darunter wird nicht die Verteidigung des Existenzrechts Israels als Staat verstanden, sondern die **Verteidigung der zionistischen Politik Israels**. **Jede gerechtfertigte Kritik** an dem Staat Israel und seiner Politik wird als antisemitisch abgestempelt, abgelehnt und unterdrückt.
Es ist in der jetzigen Krise soweit gekommen, dass das **Zeigen einer Palästinafahne**, das **Tragen eines Palästinensertuches** verboten wird! Das in einem Land, das sich demokratisch nennt. Was für eine Heuchelei!
Wir lassen uns nicht den Mund verbieten. Wir unterstützen weiterhin die palästinensische Befreiungsbewegung. Dabei werden wir nach wie vor gegen judenfeindliche, antisemitische Haltungen und Aktionen in dieser Bewegung und überhaupt in der Gesellschaft kämpfen!
Wir sind für das Existenzrecht Israels und zugleich gegen seine zionistische Politik.

Stoppt das Massaker in Gaza!
Für das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat!
Es lebe der Befreiungskampf der Palästinenser:innen!
Kampf gegen Zionismus und Antisemitismus !
Hoch die Internationale Solidarität!

TROTZ ALLEDEM!
18. Oktober 2023

Notizen zu

Geschichte und Gegenwart des Verrats „unserer“ Gewerkschaften in der Frage Krieg und Frieden!

Wer Grundsätze hat, kann diese verraten …
Wer nur vorgibt, Grundsätze zu haben? Was wird dann verraten?

September und Oktober 2023 – ver.di und IG Metall treffen in ihrem jeweils höchsten Gremium zusammen: **ver.di-Bundeskongress und IG Metall-Gewerkschaftstag**. Hier werden Ausrichtung und Führungsebenen neu beschlossen, die Satzung geändert. Hunderte von Anträgen, Tausende Delegierte. Und, nein – dies hier wird kein Bericht über die vielschichtige und dennoch erschreckend platte Debatte während dieser beiden gewerkschaftlichen Großereignisse. [1] Obwohl vom marxistisch-leninistischen revolutionären Standpunkt aus diese Zusammenkünfte prächtige Fundgruben für die Lagebeschreibung der Arbeiter:innenklasse in Deutschland sind. Aber, nochmal: Nein, wie verlockend auch diese Auseinandersetzung wäre, nur **ein Thema** greifen wir uns raus:

Wie halten es die beiden größten Gewerkschaften mit der Frage zu Krieg und Frieden?

Das ist kein neues Thema. In der Geschichte der Arbeiter:innenbewegung stand es immer auf der Tagesordnung. Mindestens die nun folgenden historischen Meilensteine fordern unsere Betrachtung. Bewusst halten wir uns kurz fordern alle Revolutionär:innen dazu auf, sich weiter mit diesem Teil unserer gemeinsamen Geschichte zu beschäftigen.

1914 – ja, hier müssen wir bei der Beantwortung der Frage beginnen. Vor 109 Jahren also, als die SPD noch tatsächlich als Arbeiter:innenpartei gelten konnte, beginnt der Verrat am Friedens-Interesse der werktätigen Menschen. Entscheidend war sicherlich die parlamentarische Zustimmung zu den Kriegskrediten und damit zur kriegerischen Mobilmachung der kaiserlichen Armee.

Einzig der SPD-Abgeordnete Karl Liebknecht stimmte dagegen. Seine 1915 veröffentlichte Flugblatt-Parole **„Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“** ist (leider) zeitlos und heute nach wie vor aktuell!

Nicht allein diese Zustimmung von SPD und damit ALLEN führenden Funktionären des ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) steht auf unserer Liste der Geschichtsaufarbeitung. Die Anerkennung der Gewerkschaften als Vertreter:innen der Arbeiter:innenklasse wurde mit dem „Burgfrieden“ teuer bezahlt. Zugunsten der kriegerischen Interessen des deutschen Imperialismus wurden Millionen Menschen in den Krieg geschickt. Patriotisch unterstützt von den Gewerkschaftsbonzen mit der Zusage, auf sämtliche Arbeitskampf- und Streikaktionen zu verzichten. Nicht nur das: In vorauseilendem Gehorsam reihten sich die Gewerkschaftsapparate in die Kriegsmaschinerie des bevorstehenden ersten imperialistischen Weltkriegs ein.

Vaterlands-Propaganda, „Ein Platz an der Sonne“, das ganze rassistisch nationalchauvinistische Programm

Rosa Luxemburg kritisierte 1916 in der „Junius“-Broschüre die Burgfrieden-Politik der SPD scharf:
Die Losung *„Sieg oder Niederlage“* ist eine Frage der Herrschenden, die Gebiete und Machtsphären gewinnen und verlieren können. *„Für das europäische Proletariat im Ganzen sind heute von seinem Klassenstandpunkt Sieg und Niederlage jedes der kriegführenden Lager gleich verhängnisvoll. Es ist eben der Krieg als solcher und bei jedem militärischen Ausgang, der die denkbar größte Niederlage für das europäische Proletariat bedeutet, es ist die Niederkämpfung des Krieges und die schleunigste Erzwingung des Friedens durch die internationale Kampfaktion des Proletariats, die den einzigen Sieg für die proletarische Sache bringen kann.“* [1]
Dem ist nichts hinzuzufügen!

1 Tatsächlich ziehen wir unsere Erkenntnisse aus vielen Gesprächen mit Delegierten (IGM und ver.di) nach ver.di-Bundeskongress bzw. IGM-Gewerkschaftstag sowie aus Berichten in der jungen welt, labournet.de, express und Gewerkschaftsveröffentlichungen (IGM, ver.di und DGB, intern und extern)

1 Rosa Luxemburg „Die Krise der Sozialkdemokratie“ – 1916, Die „Junius“ – Broschüre zitiert aus https://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1916/junius/teil8.html

wurde gewerkschaftlich untermauert – mit den uns bekannten verheerenden Folgen – auch für Werktätige der Kriegstreiber-Nation Deutschland.

1914 wurde als notwendige Folge der Anbiederungspolitik der SPD an die herrschende Klasse letztlich die Markierung gesetzt für die Verflechtung der Gewerkschaften mit den imperialistischen Interessen des deutschen Staates.

1933 – „Hitler bedeutet Krieg" ... KPD und SPD waren nicht in der Lage – auch nicht über ihre gewerkschaftlichen Organe – mit der antifaschistischen Einheitsfront der drohenden Gefahr des deutschen Faschismus und eines weiteren imperialistischen Weltkriegs entgegen zu treten. Der brutalsten Unterdrückung mit Millionen Toten, dem imperialistisch faschistischen Deutschland, wurde nach zwölf Jahren von den Alliierten, in erster Linie der Roten Armee der Sowjetunion ein Ende gesetzt.

Die Befreiung vom Nazismus machte den Weg frei für ein entmilitarisiertes antifaschistisches Deutschland … und das wäre tatsächlich möglich gewesen … wenn nicht, ja, wenn … In Scherben lag, was vom großdeutschen Wahnsinn übrig war. In den 1940er Jahren herrschte Ernüchterung, Entsetzen über die Verbrechen der Nazis und wie vielfältig auch Teile der Arbeiter:innenklasse darin verwickelt waren. Überlebende Sozialdemokrat:innen und Kommunist:innen teilten die bittere Erfahrung, gemeinsam in den Konzentrationslagern der Nazis gelitten, gekämpft, die politische Haltung mit Gesundheit und Leben bezahlt zu haben.

Nach dem verbrecherischen II. Weltkrieg bestand für kurze Zeit Einigkeit hinsichtlich der Ausrichtung neu zu gründender Gewerkschaften. Der **Schwur** der ehemaligen Häftlinge des KZs Buchenwald war die Losung: **Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen.** Und die Einheit zu hüten wie einen Augapfel.

Das war damals … bis dato jedoch werden wir in allen DGB-Gewerkschaften immer wieder auf „Die Einheitsgewerkschaft" eingeschworen. Tatsächlich ist aber der Kommunismus das rote Tuch, gegen den sich die Einheit so genannter Sozialdemokraten immer wieder aufstellt. Auch und gerade in der Frage zu Krieg und Frieden spielt das bis heute eine, wenn nicht die entscheidende Rolle. Dazu weiter unten mehr.

Die *„völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann oder deren Überwachung."* war einer der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz im August 1945.

1949 – ist laut dem Grundsatzprogramm des DGB die **„Bekämpfung von nationalistischen und militärischen Einflüssen"** eine „zentrale Aufgabe der Gewerkschaften".

Wenige Jahre später soll (und wird) nach Absprachen zwischen der US-Administration und der Bundesregierung die junge Bundesrepublik Deutschland wiederbewaffnet werden.

Viele Gewerkschaftsmitglieder, den Schrecken des Nazi-Kriegs noch in den Knochen, waren gegen **die Wiederbewaffnung**. Insbesondere in der DGB-Jugend war der Unmut beträchtlich. Protest-Resolutionen und viele Arbeitsniederlegungen waren spontane Aktionen aus der Basis.

Aktive in der damaligen Friedensbewegung forderten **Ende der 1950er** allerdings vergeblich die Spitzen der DGB-Gewerkschaften auf, sich mit zentral organisierten Arbeitsniederlegungen am Protest gegen die Wiederbewaffnung zu beteiligen.

Der DGB-Bundesvorstand nahm 1950 zwar eine Resolution gegen „jedwede Remilitarisierung Deutschlands" an, unterstützte aber beinahe zeitgleich Deutschlands Verbindung mit dem US-geführten Militärblock.

Also nichts weiter als Lippenbekenntnisse. So überrascht es auch nicht, dass unter den Gewerkschaftsbonzen **Verfechter für die Wiederbewaffnung** waren – beispielsweise die DGB-Vorsitzenden Hans Böckler und Christian Fette.

Tatsächlich erreichte der **antimilitaristische Widerstand aus den Reihen der „einfachen" Mitglieder**, dass auch die Gewerkschaftsspitzen zumindest nach außen eine ablehnende Haltung einnahmen. So sprach sich **1954 der dritte DGB-Kongress** gegen einen deutschen Wehrbeitrag aus.

Trotz alledem kämpften viele politisch aktive Gewerkschaftsmitglieder gegen die Wiederbewaffnung an vielen Orten in Deutschland in großen Zusammenschlüssen.
Wie sehr die BRD demokratische Rechte und das Leben der Werktätigen achtet, war schon bald zu spüren: Anfang **Mai 1952** erschoss die Polizei den Münchner Eisenbahn-Gewerkschafter und **KPD-Mitglied Philipp Müller** auf einer Demonstration gegen die Wiederbewaffnung in Essen. Auf einer Demonstration unter dem Motto **„Kampf dem Generalvertrag: Er bringt Zwangsrekrutierung – Lohnraub – Krieg und Tod!“** starb am 1. Mai 1953 der Bahnangestellte und **Gewerkschafter Georg Bachl** in Folge eines Polizeiangriffs auf den Protestzug.
Die **Gründung der Bundeswehr** markiert **1955** das vorläufige Ende des Widerstands gegen den erneut erstarkenden Militarismus in Deutschland. DGB und Co trugen ihren Teil dazu bei. Offiziell GEGEN aber hinter den Kulissen FÜR die Remilitarisierung ließen die Gewerkschaftsbonzen mit ihrer Taktierei den Unwillen vieler Gewerkschaftsmitglieder ins Leere laufen.
Der „Kalte Krieg“ verschärfte die **antikommunistische Hetze** in Deutschland. 1951 kam der Antrag auf Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands. Der Widerstand der KPD gegen die Wiederbewaffnung diente 1956 ausdrücklich als Begründung für das Verbot.
1979 kündigte die NATO die Stationierung neuer mit Atomsprengköpfen bestückter Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II in Westeuropa an. Diese Pläne wurden mit riesigen Massenaktivitäten beantwortet: In Europa und in den USA.
Am **10. Juni 1982** zogen mehr als eine halbe Million Menschen gegen den NATO-Doppelbeschluss vor den Sitz der Regierung in Bonn. Die Rolle der Gewerkschaften? Minimal! Aber wie schon in den 1950er Jahren waren viele Gewerkschaftsmitglieder Teil dieser neuen Friedensbewegung.
Allerdings – und diesem Problem müssen wir Kommunist:innen uns stellen: Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral. In der kapitalistischen Ausbeutungsgesellschaft geht der **„sichere“ Arbeitsplatz** mit dem Lebensunterhalt sichernden Lohn, die Möglichkeit die eigene Arbeitskraft zu verkaufen, eindeutig vor friedenspolitischen Losungen. Angestellte der Bundeswehr wollen gute Arbeitsbedingungen, Arbeiter:innen in der Rüstungsindustrie kämpfen gegen Arbeitsplatzvernichtung.
1981 protestierten **Kieler Werftarbeiter:innen** sogar für den Export von U-Booten an die **Pinochet-Diktatur in Chile…**
So etwas passiert auch heute: Beispielsweise zu Anfang diesen Jahres in Allach im Münchner Nordwesten. Gegen die Schließung der dortigen Panzer-Teststrecke mobilisierte die **IG Metall** mit Parolen wie ***„Panzer fahren, Arbeitsplätze wahren“***.
Arbeiter:innen in der Rüstungsindustrie sind auch Gewerkschaftsmitglieder … dies und die grundsätzlich unterstützende Haltung gegenüber deutscher Regierungspolitik bestimmt Ausrichtung und Handeln der betreffenden Gewerkschaftsgliederungen. Die verbreitesten Lösungsansätze der Gewerkschaften insbesondere im Bereich der IG Metall laufen unter dem **Begriff Konversion**. Also die Umwandlung von Kriegsindustrie in eine für zivile Produkte. 1971 hatte die IG-Metall-Jugend bereits die Forderung nach „Ausarbeitung von Produktionsplänen“ und der Umstellung der westdeutschen Kriegsproduktion auf „zivile Erzeugnisse“ aufgestellt.
Seit 1978 gibt es den dem IGM-Vorstand direkt zuge-

Rüstungs-Lobby-Arbeit – für den Krieg
Hier nur zwei Beispiele außerhalb der Arbeitskreis- und Kuscheltreffen in den oberen Ebenen:
Weil die Rüstungsindustrie an Bedeutung gewinnt hofft die IG Metall Küste, dass wegen neuer Aufträge für die Marine auf den Werften bald wieder mehr Menschen arbeiten als bisher.
Mehr Arbeitsplätze an den Standorten … mehr Standorte, unter anderem für den Marineschiffbau… so verlautet es aus einem Treffen im Mai 2023 von Werft-Betriebsräten mit der parlamentarischen Staatssekretärin im Verteidigungsministerium, Siemtje Möller, in Hamburg. Mit der von Bundeskanzler Olaf Scholz (beide SPD) ausgerufenen Zeitenwende sei *„die strategische Bedeutung von Werften und Zulieferern für die Sicherheit mehr als deutlich geworden“*, so die IG Metall.
Im **November 2023** treffen auf dem Werksgelände von **Airbus in Taufkirchen** bei München einige hundert Mitarbeiter:innen, ihre Chefs und von der IG Metall der frisch gewählte Vizevorsitzende Jürgen Kerner zusammen. In Taufkirchen waren auch Beschäftigte des Rüstungskonzerns Hensoldt sowie weiterer regionaler Unternehmen vertreten, **um mehr Aufträge aus dem 100-Milliarden-Euro-Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung** zu fordern. IGM-Vize Kerner betonte, dass *„der militärischen Luftfahrtindustrie in Deutschland der Absturz“* drohe, wenn die Bundesregierung – wie geplant – Kampfflugzeuge und Hubschrauber in den USA kaufe. Auch der zivile Flugzeugbau werde dadurch geschwächt, *„mit massiv negativen Konsequenzen für Technologieentwicklung und die heute über 100 000 hochqualifizierten Arbeitsplätze“*. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung des „Eurofighters“ und des Kampfhubschraubers „Tiger“.

ordneten **Arbeitskreis „Wehrtechnik und Arbeitsplätze“**. Hier treffen sich Gewerkschaftsbonzen mit den Betriebsratsfürsten der wichtigsten Waffenschmieden. Gekoppelt mit **der nationalistischen Standortlogik** der Betriebsratsgremien führt diese Lobby-Arbeit für die Kriegsindustrie zwangsläufig zu Zustimmung und Forderung nach Waffenproduktion und -lieferungen. Die Debatte darüber bleibt dann, ebenso zwangsläufig, moralischer Natur. Sprich: wohin denn die lebensvernichtenden Waren geliefert werden dürfen.

Ein weiterer Aspekt: **nicht** die Produktion sondern eben der moralisch kategorisierte Export von Kriegsgerät ist Bestandteil der Diskussion. Interessant in diesem Zusammenhang ist, wie eng die Verknüpfung mit deutsch-imperialistischer Politik offenkundig ist. In jüngster Zeit geht es folglich im **IGM-Arbeitskreis** um die **strategische Europa-Politik**.

Innerhalb der IG Metall gab und gibt es mehrere Gegenentwürfe: meist von ehrenamtlichen Funktionär:innen betriebene Arbeitskreise zu Abrüstung und Konversion. Diese sind aber heute zum größten Teil in der nahezu vollständigen Bedeutungslosigkeit verblasst, spielen in der gewerkschaftsinternen Debatte kaum eine Rolle.

Im Zusammenhang mit dem Gewerkschaftstag der IG Metall drängt sich die Erweiterung des Konversions-Begriffs in den Vordergrund: die so genannte **Diversifikation** – in etwa: Sicherung des Industriestandortes Deutschland durch die Möglichkeit vielfältig, vielseitig Produkte herstellen zu können. Hierbei geht es ausdrücklich nicht um die Überführung von Rüstungsproduktion in eine Produktion von und für zivile Güter sondern um die Erweiterung und Auffächerung der Kriegsindustrie … zur Verbesserung der Wettbewerbs- und der Mobilmachungsfähigkeit des Standorts Deutschland.

Im Zusammenhang mit dem Kampf für Frieden, gegen (Wieder-)Aufrüstung stellt sich eine Frage mit Nachdruck: **Warum wurde (und wird) nicht die Kampfkraft der organisierten Arbeiter:innen genutzt?** Warum streiken wir nicht gegen Wiederbewaffnung, (atomare) Aufrüstung, gegen Raketenstationierung, Waffenlieferung und Kriegsbeteiligung?

Tatsächlich war das in den **1980er Jahren** eine vor allem in der IG Metall und deren Jugendorganisation geführte Debatte: Für einen politischen Streik oder gar Generalstreik gegen die Raketenstationierung. Daraus wurde bekanntermaßen nichts.

Stattdessen sollte unter dem Motto „5 vor 12“ in ganz Deutschland **am 5. Oktober 1983** für fünf Minuten die Arbeit ruhen. Mehrere Millionen waren dabei – und wir können heute nur spekulieren, was eine zentral organisierte Streikaktion alles bewirken hätte können. Mit solchen **Alibi-Aktionen** zeigte sich der DGB immer wieder als Teil der Friedensbewegung. Fakt ist, dass ihre Aufrufe einzig allein zum „Dampf ablassen“ dienten. Fakt ist, dass die Gewerkschaftsführungen eben immer auf Seiten des Staats agierten und sich zusammen mit Regierung und Bundeswehr als Stützen der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung (FDGO) verstanden.

Die IG Metall bekennt sich über all die Jahre immer wieder zur **Ausrichtung der Regierungspolitik** in Sachen **„Wehrfähigkeit und Sicherheit“**. Aufgezeichnet wäre es eine Leiter, die die anfänglich zögerliche, dann deutlicher, immer eindeutigere Verwässerung der so genannten friedenspolitischen Grundsätze der IG Metall aufzeigt. Jede Stufe mit hohlen Phrasen verhängt.

Diese Klassenzusammenarbeit ist heute um einiges offensichtlicher und auch von der Gewerkschaftsbasis breiter akzeptiert.

Kurz nach Ausbruch des Kriegs in der **Ukraine 2022** riefen **IG Metall** und der **Arbeitgeberverband Gesamtmetall** zu einer **gemeinsamen Schweigeminute** auf. Der Rückzug der russischen Truppen wurde gefordert und Unterstützung für die zu jenem Zeitpunkt bereits beschlossenen Sanktionen gegen Russland ausgedrückt. Die Rolle der NATO, Europas und auch Deutschlands werden nur am Rande als „in der Einheitsgewerkschaft eben auch vorkommende Meinung“ erwähnt.

Der Krieg in der Ukraine und die damit verbundene erklärte **„Zeitenwende“ des Kanzlers** ist der Türöffner für weitere Gewerkschaftsbeschlüsse zur Unterstützung deutscher Kriegspolitik. **2022** hat der DGB auf seinem Bundeskongress per Initiativantrag die eh wachsweichen friedenspolitischen Grundsätze geschleift. **Aufrüstung und Waffenlieferungen in Kriegsgebiete** werden jetzt unter bestimmten Um-

ständen nicht mehr abgelehnt sondern **kritisch begleitet**. Da kann noch so oft betont werden, dass zuerst andere Konfliktlösungen gefordert werden. Waffenlieferungen sind okay, wenn ein souveräner Staat angegriffen wird. Das ist DGB-Beschluss. Bereits **Februar 2023** meldete der IG Metall Vorstand, dass für den Gewerkschaftstag Ende Oktober entsprechende Anträge vorbereitet werden. Das war dann auch so.

Der Leitantrag an den **ver.di-Bundeskongress** mit dem Titel **„Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch“** orientiert sich ebenfalls komplett an der „Zeitenwende“ – Demagogie der Bundesregierung.

Das Ringen um die so genannten gewerkschaftlichen friedenspolitischen Grundsätze dreht sich auch auf dem ver.di-Bundeskongress um die Frage von Waffenlieferungen an die Ukraine und um das 100-Milliarden-Paket für die Bundeswehr.

Im ver.di-Leitantrag werden **Waffenlieferungen an die Ukraine als völkerrechtlich zulässig und als politisch unterstützenswert** bewertet. Dass der Antrag die *übermäßige Fixierung auf Waffenlieferungen* und das Denken in „Kategorien wie ‚Sieg‘ oder ‚Niederlage‘“ kritisiert, inklusive der Forderung nach diplomatischen Lösungen, ist tatsächlich Heuchelei. Vor allem diesen Punkt müssen wir uns auf der Zunge zergehen lassen: Für Deutschland ergebe sich die besondere Verpflichtung, nicht selbst Kriegspartei zu werden, auch mit Blick auf das „Wohl der eigenen Bevölkerung“. Zynismus pur!

Im ver.di Leitantrag gibt es zudem einige **verwirrende Punkte**. Beispielsweise wird das 100 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr in erster Linie kritisiert, weil dafür kurzfristig Staatsschulden gemacht wurden, während dies für notwendige Investitionen im Sozial- und Bildungsbereich seitens Regierung nicht in Frage kommt. Grundsätzlich sieht der ver.di-Bundesvorstand kein Problem in Militärausgaben: Die Bereitstellung von Geldmitteln zur „Behebung bestehender Mängel“ für die Bundeswehr wird ausdrücklich gut geheißen.

Im Vorfeld des ver.di-Kongresses erinnern **antimilitaristische ver.di-Mitglieder mit Verweis** auf die ver.di-Satzung an die Verpflichtung, militaristischen Entwicklungen entgegenzutreten, und fordern ein Nein zu Waffenlieferungen.

Ihr Aufruf unter der Parole: **„Sag nein! Gewerkschafter:innen gegen Militarismus, Nationalismus und Burgfrieden“** wurde inzwischen mehr als 14 000 mal unterschrieben und schließt mit klaren Forderungen:

„Wir verweigern wirtschaftliche und soziale ‚Opfer‘ im Namen der nationalen Ökonomien.

Es gibt sie! Die aktiven Gewerkschafter:innen aus ver.di und IG Metall, die nicht ausschließlich Tarifpolitik nach Standortlogik betreiben. Während der Tarifrunde der Metall- und Elektro-Industrie rief die IG-Metall-Geschäftsstelle Hanau-Fulda unter Beteiligung der regionalen DGB- und ver.di-Gliederung dazu auf, gemeinsam mit der örtlichen Friedensbewegung für die Forderung **„Waffen runter, Löhne rauf“** auf die Straße zu gehen.

So kann Tarifpolitik nicht nur mit Klima-, sondern auch mit Friedenspolitik verbunden werden.

Wir fordern den Bruch mit dem „sozialen Frieden“ der Herrschenden!

WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRIEGE!

WAFFEN RUNTER – LÖHNE RAUF!“

Dass innerhalb der ver.di das Thema kontrovers und auch öffentlich diskutiert wurde und wird, ist ihr Verdienst. Auch wenn dann beim Antragsbeschluss kein Durchkommen war.

Gewerkschaftskongresse sind laut Satzung demokratische Veranstaltungen. Was aber auf dem ver.di-Kongress passierte, war nicht gerade Demokratie förderlich. Die Debatte dieses wichtigen Leitantrags wurde mit zwei Anträgen zur Geschäftsordnung vorschnell abgewürgt mit der Begründung, alle Argumente seien ausgetauscht. Die Antragsgegner:innen hatten da noch nicht zum Antrag sprechen können … demokratisch?

Verdi-Chef Frank Werneke stieß zum Schluss noch einmal ins „Zeitenwende“-Horn und versuchte die Delegierten einzuseifen. Mit dem Antrag gibt es keinen *„Bruch mit der friedenspolitischen Tradition von ver.di“*. *„Wir gehen gemeinsam davon aus, dass immer mehr Waffen die Welt nicht sicherer machen.“* Am Ende könne dieser Krieg nur durch Verhandlungen gelöst werden. Aber – *„wenn es ein Selbstverteidigungsrecht der Ukraine gibt“*, dann müsse diese auch *„die Möglichkeit haben, sich Waffen beschaffen zu können“*. Und weiter: *„Soll die Ukraine zu einem Waffenstillstand gedrängt werden, wenn der Preis dafür eine weitere Aufgabe von ihren Territorien ist?“*

Mit 79,4 Prozent der abgegebenen Stimmen wurde der Antrag angenommen.

Der **Antrag des IG-Metall-Bundesvorstandes** ist ein Rundumschlag und behandelt auf 50 Seiten alle Themen: Arbeitslosigkeit, Umwelt, Transformation … Krieg. In dieser Frage deckungsgleich mit dem DGB-Beschluss: **Waffenlieferungen sollen unterstützt werden**. Die Aufrüstung müsse die Bundeswehr für

ihre Rolle der Landes- und Bündnisverteidigung befähigen. *„Eine nicht unerhebliche Rolle in diesen Debatten spielt eine sicherheits- und verteidigungspolitische Integration im Sinne europäischer Souveränität."* Das betreffe *„vor allem die Rüstungszusammenarbeit"* und die *„notwendige Ausrüstung der Bundeswehr"*, damit sie *„ihren verfassungsgemäßen Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung erfüllen"* könne.

Und der **Umbau der Rüstungsindustrie** – zum einen Richtung Diversifikation, zum anderen wegen der gemeinsamen europäischen Sicherheitsstrategie – dürfe nicht auf dem Rücken der Beschäftigten in Sicherheits- und Wehrindustrie passieren.

*„Waffenexporte sind restriktiv und transparent zu handhaben. Eine **Fixierung** auf Waffenlieferungen verlängert diesen Krieg und führt auf beiden Seiten zu tausenden Toten und Verletzten."* Also nicht Waffenexporte sondern eine Fixierung darauf bringen weitere Tote und Verletzte! Weiter heißt es: *„Daher ist der Schwerpunkt auf diplomatische Lösungen zu legen, um zunächst einen schnellen Waffenstillstand zu vereinbaren. Eine einseitige Fixierung der Debatte auf Waffenlieferungen und ein Denken in den Kategorien ‚Sieg' oder ‚Niederlage' ist der falsche Weg (…) Außerdem setzen wir uns gemeinsam für Rüstungskonversion ein."* Also weiter Waffen liefern ist die Devise nur den Schwerpunkt auf Diplomatie legen. Sowohl als auch. Eine elende Heuchelei statt einer eindeutigen Friedenspolitik!

Die **Gewerkschaftsdelegierten des IGM-Gewerkschaftstags** empfingen in Frankfurt Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) **mit Jubel**. Es ist also nicht nur die Gewerkschaftsführung, das muss uns klar sein, die die Sozialraubs- und Kriegspolitik des deutschen Staats unterstützt.

Übrigens lobten auch die anderen Regierungsvertreter, Habeck und Heil, die IG Metall auf ihrem Gewerkschaftstag. Die bisherige enge Zusammenarbeit sei enorm wichtig und forderten, dass sie „angesichts der vor uns liegenden Herausforderungen" (Scholz) noch enger gestaltet werden müsse.

Was das heißt?

Nun, die Regierung versichert sich bei den Gewerkschaften der Unterstützung. Und die wird ihr gegeben. Das zeigen die Ereignisse seit Beginn der Scholzschen „Zeitenwende".

2022: Zwei Tage nach der Kriegs-Rede des Kanzlers gaben die IG Metall und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) eine gemeinsame Erklärung heraus: *„Die Spitzenvertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und der Industriegewerkschaft Metall, die auch Mitbegründer des Bündnisses ‚Zukunft der Industrie' sind, unterstützen mit Nachdruck die von der Bundesregierung, der Europäischen Union und den westlichen Bündnispartnern verhängten Sanktionsmaßnahmen gegen Russland."*

Noch klarer ist die gemeinsame Erklärung der IG Metall Baden-Württemberg und von Südwestmetall: die militärische Aggression Russlands habe eine „geschlossene und entschlossene" Reaktion Deutschlands, Europas und seiner Verbündeten erforderlich gemacht und eindrucksvoll gezeigt.

„Wir unterstützen die beschlossenen Maßnahmen", betonen beide Verbände. Damit ist auch die **drastische Erhöhung des bundesdeutschen Kriegs-Etats** gemeint.

Wie schon dargelegt, ist diese Unterstützung der imperialistischen Kriegspolitik Deutschlands nichts Neues, zieht sich durch die Jahre.

2014, hundert Jahre nachdem SPD und Gewerkschaften die Arbeiter:innenklasse verraten und in den imperialistischen Weltkrieg geschickt haben, begeistert sich in Deutschland die DGB-Führung erneut für imperialistische Interessen.

Der damalige Außenminister und heutige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier rief dazu auf, dass Deutschland eine Großmachtpolitik verfolgen und international mehr militärische Verantwortung übernehmen müsse. Um für diese Politik zu werben, richtete Steinmeier damals die Website „Review 2014" ein. Dort postete der neu gewählte DGB-Chef Hoffmann seine uneingeschränkte Unterstützung für die militärische Aufrüstung.

Die **Gewerkschaftsspitzen** haben die **Kriegseinsätze** der Bundeswehr im **ehemaligen Jugoslawien** und in **Afghanistan** abgesegnet und hatten de facto auch nichts gegen die Ausweitung der kriegerischen deutschen Außenpolitik seit 1990 einzuwenden. Die IG

Metall ist in der Rüstungsbranche ein zuverlässiger Verteidiger von Standortinteressen. Und auch ver.di betreibt als Interessenvertretung von Bundeswehrbeschäftigten alles andere als Wehrkraftzersetzung.
Dennoch gehört auch dies zur Wahrheit: DGB, IG Metall, ver.di … Sie alle sprechen sich in ihren Sonntagsreden immer wieder auch vordergründig **gegen Krieg und für diplomatische Lösungen**, auch gegen die Erhöhung des Anteils für Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des BIPs aus.
Gegen die Bundeswehr, die aktuelle Höhe der Militärausgaben oder auch Kriegseinsätze unter UN-Mandat, gegen all das Elend, das mit deutscher Beteiligung – Waffen oder Soldat:innen – in die Welt gesandt wird, spricht schon seit langem kein Gewerkschaftsbonze mehr.
So ist das mit der Demagogie – wenn wir nicht hinter die Masken schauen, erkennen wir nicht das wahre Gesicht der Heuchler:innen. DGB-Beschluss 2022, ver.di-Beschluss September 2023, IG Metall-Beschluss Oktober 2023:
Sie alle zeigen den **Verrat an der Arbeiter:innenklasse mit der Anbiederung an die Bundesregierung und ihre Großmachtspolitik**. Das wiederum ist der perfekte Nährboden für nationale Vereinnahmung der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter:innen und Werktätigen.
Angesichts der Faschisierung in Deutschland, der Normalisierung nationalistischer, menschenverachtender Positionen und dem Erstarken faschistischer Organisation wie AfD und Co ist das fatal. Die Vorbereitung auf Deutschlands kriegerisches Einschreiten in die Weltgeschehnisse sind mit all diesen Fakten keine düstere Prognose mehr sondern treten als brutale Realität Stück für Stück aus dem Nebel…
Weder Staat noch Gewerkschaften gehören uns, der Arbeiter:innenklasse, den werktätigen Menschen. Beide Institutionen sind letztlich dazu da, das **herrschende kapitalistische Ausbeutungssystem zu stützen** und zu erhalten – mit all seiner brutalen Macht und vernichtenden Auswirkungen für Mensch und Natur.
Frieden fordert – Revolution!
Alles andere ist – Illusion!
Wir **Kommunist:innen** hören nicht auf, an allen Orten, an denen wir leben und arbeiten dafür zu kämpfen, dass es eine Zukunft auf diesem Planeten gibt. Eine Zukunft ohne Ausbeutung von Mensch und Natur. Eine Zukunft ohne Krieg!

Das treibt uns an – TROTZ ALLEDEM!

»blitzfahrt durch sowjetrussland«

Dieses schmale Buch ist eine spannende Reportage von Elisabeth Thommen aus dem Jahre 1933. Wir empfehlen es ganz speziell neugierigen JungkommunistInnen. Sie finden darin so etwas wie „roten Zeitgeist" aus jenen Jahren wieder. In unserem Vorwort heißt es: Im Jahr des 100. Geburtstags der sozialistischen Oktoberrevolution fällt uns eine kleine, unscheinbare, antiquarische Broschüre in die Hände. Plastisch und emphatisch schildert Elisabeth Thommen ihre Reiseroute und ihre Begegnungen mit ArbeiterInnen, BäuerInnen, Jugendlichen, Frauen, KommunistInnen in allen Lebensbereichen der sowjetischen Gesellschaft.

Sie beschönigt nichts, nicht den Mangel, nicht die Armut und auch nicht den Hunger. Aber sie setzt alles in eine richtige Relation. Welchen Verhältnissen entsprang die Revolution? Wie grausam mussten die Millionen niedergedrückter Werktätiger im zaristischen Russland dahin vegetieren? Und was wurde nach dem Umsturz schon Grandioses erreicht? Angefangen von der Bildungsarbeit, dem Kampf gegen den Analphabetismus, über die Verbesserung der Lage der Kriegswaisen-Kinder, dem Aufbau neuer Städte und Industriekomplexe.

Lebendig geschildert werden Diskussionen mit FabrikarbeiterInnen: *„Von einer anderen Gruppe fliegt das Wort einer Arbeiterin zu mir. Es wird voll Temperament ausgesprochen: Sie dürfen nie vergessen: Das Geld spielt für uns nicht dieselbe Rolle wie für Sie in den kapitalistischen Ländern."*

Auf das Gesundheitswesen, insbesondere die Abtreibungsfrage geht die Autorin ausführlich ein. Ein besonderer Blick liegt auf der gesellschaftlichen Situation der Frauen: *„Ein Frauentypus ist dort im Werden, der sich ebenbürtig neben die Männer stellt, und der von den Männern als ebenbürtig betrachtet und behandelt wird."*

Natürlich finden sich, teils auch richtige, kritische Anmerkungen in dem Bericht, wie zum Beispiel beim Besuch im Lenin Mausoleum in Moskau. Elisabeth Thommen ist eine linksliberale, ihr ganzes Leben lang sich für Frauenrechte, einsetzende Schriftstellerin und Journalistin.

Am Ende fasst Thommen zusammen:

„So manches ist jung und neu in diesem Riesenreich… Überall sucht man nach neuen Formen, nach andren Möglichkeiten. Alles ist unerhört, kühn, gewaltig – auch gewalttätig – aber prall und voll von Wille und Kraft. Ob Rußland die einzige und letzte Möglichkeit einer Volksgemeinschaft gefunden hat? Ob zumindest einen Anfang? Die nächsten Jahrzehnte werden es zeigen."

Zu bestellen:
trotzalledem1@gmx.de – 7 Euro

1933 – 2023 Deutschland und Iran: Best friends

In der *Trotz alledem!* Nummer 91, Mai 2023, haben wir über die Revolte im Iran gegen das islam-faschistische Regime nach dem Tod der Kurdin Mahsā Jîna Amīnī berichtet. Einige Leser:innen haben angeregt, die deutsch-iranischen Beziehungen in einem weiteren Artikel zu beleuchten. Warum sind diese so beständig, warum ist der Iran so wichtig für das imperialistische Deutschland? In diesem Artikel wollen wir die politischen und Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern beleuchten.

Weltweit wurden Krokodilstränen geheuchelt, der Ruf nach weiteren Sanktionen laut. Doch was sind diese Tränen und das Geschreie wert? Angesichts des **unglaublichen Reichtums an Ressourcen im Iran** geht es den Heuchler:innen wohl eher um die eigenen Profitinteressen.

Deutsche Konzerne und Unternehmen können es kaum erwarten, dass im Iran das Regime nach dem Aufruhr wieder erstarkt. Es geht schließlich um milliardenschwere Verträge. Der Handel, die Ausbeutung von Ressourcen im Iran werden mittels wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den westlichen imperialistischen, bzw. kapitalistischen Mächten und dem Iran munter weiter vorangetrieben. Das ist ein extremes Beispiel für die Heuchelei der bürgerlichen Herrschenden. Das Gerede von Menschenrechten ist angesichts der Barbarei der Islamist:innen vor allem in Bezug auf die Frauenrechte doppelzüngig und verschleiert die tatsächlichen Verhältnisse.

Protest Erdölarbeiter

Der Iran hat eine gefestigte Position in unterschiedlichen Zusammenschlüssen der ehemaligen halbkolonialen Staaten zusammen mit Russland, China und diversen arabischen, asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern.[1]

Am **16. September 2022** starb im Iran die Kurdin **Mahsā Jîna Amīnī** im Gewahrsam der iranischen Sittenpolizei. Weil sie angeblich gegen die islamische Kleiderordnung verstoßen habe. Ihr Tod war Auslöser einer landesweiten Revolte gegen das faschistisch-islamische (schiitische) Regime. Überall auf der Welt sind Menschen unter der Parole „**Jin Jîyan Azadî – Frau, Leben, Freiheit**" auf die Straße gegangen, um ihre Solidarität mit den heldenhaften Widerstandsaktionen der Frauen und unterdrückten Völkern im Iran zu zeigen.

Das Interesse der Medien im „ach so demokratischem Westen" war enorm und Politiker:innen kündigten vollmundig Sanktionen und Strafen gegen das Regime an. Allen voran, die deutsche Außenministerin und Kriegstreiberin Annalena Baerbock: „Frauenrechte sind der Gradmesser für den Zustand einer Gesellschaft". Als Maßnahme bestellte sie den iranischen Botschafter ins Auswärtige Amt! [2]

Welch eine wichtige Tat, den Botschafter einzubestellen. Da sehen wir überdeutlich: Das Gerede von feministischer Außenpolitik der deutschen Außenministerin ist reine Augenwischerei. Das Gerede von Demokratie und Menschenrechten von Seiten des Kapitals und des Staates sind Heuchelei.

Iranisch-deutsche Wirtschaftsbeziehungen beste-

1 Nach dem Motto: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund" betreibt der Iran vor allem mit Kuba, Nicaragua und Venezuela Handel in Lateinamerika. Zuletzt besuchte der iranische Präsident Seyed Ebrahim Raisi im Juni 2023 Kuba, Nicaragua und Venezuela.

2 spiegel.de/politik/deutschland/annalena-baerbock-gruene-fordert-nach-tod-junger-iranerin-neue-sanktionen-gegen-iran-a-dd4e7dca-d8d7-4fcc-9cac-1d2161e5e79b

hen seit mehr als 100 Jahren. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Iran, damals noch Persien, und Deutschland begannen **offiziell** mit der Eröffnung der iranischen Botschaft in Berlin 1885. Aber die Krallen des deutschen Imperialismus fuhren bereits vorher aus: 1868/69 reiste Georg von Siemens in den Iran (damals Persien), um Verhandlungen über den Bau und Betrieb der Indo-Europäischen Telegrafenlinie abzuschließen. Er ist der Mitgründer von Siemens – jenem deutschen Konzern, der bis heute im Iran agiert und unter anderem Technologie zur Überwachung der Opposition liefert.
Für **Deutschland** war der **Iran als „Tor nach Indien"** von strategischer Bedeutung im Konkurrenzkampf mit Großbritannien und so wurde 1906 die erste deutsche Schule im Iran eröffnet.

Der Zweite Weltkrieg: Deutschland und Iran 1933 – 1941

1932/33 belief sich Deutschlands Anteil am iranischen Außenhandel auf lediglich acht Prozent. [3]
Um die Interessen der deutschen Großmacht in der Region auszubauen, wurde am 30. Mai 1934 mit Unterstützung deutscher Konzerne der **Deutsche Orient-Verein** gegründet. Das waren die Konzerne, die auch den Nazi-Faschismus an die Macht brachten: Siemens, I.G. Farben, Allianz, Dresdner Bank, Deutsche Bank, Krupp, MAN, Julius Berger und Hochtief. Siemens-Direktor Hermann Reyss wurde zum ersten Vorsitzenden. [4]
1935 wurde aus dem sogenannten Irak- und Iran-Ausschuss des Orient-Vereins der **Deutsche Wirtschaftsverband für Iran** gebildet und am 29. April 1936 die Deutsch-Iranische Handelskammer. Bereits 1938/39 stieg Deutschland zum **führenden Handelspartner** Irans auf und konnte diese Position in den folgenden Jahren bis 1941 sogar noch ausbauen. Das deutsch-iranische Handelsvolumen erhöhte sich von 1932 bis 1941 fast um das Sechsfache. Deutschland lieferte vorwiegend industriell gefertigte Waren und technisches Knowhow. Der Iran exportierte agrarische Produkte, Erze und Mineralien. [5]
Mit der Zunahme der Handelsbeziehungen strömten vermehrt deutsche Ingenieure, Fachkräfte und auch Arbeiter:innen in den Iran. Infrastrukturprojekte wie der Bau der transiranischen Eisenbahn, die vom Kaspischen Meer zum Persischen Golf führen sollte, lockten deutsches Kapital.
SS-Oberführer Erwin C. Ettel wurde im Oktober 1939 zum deutschen Botschafter ernannt. Zu den gemeinsamen wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen kam die Sympathie der iranischen Bourgeoisie für die Deutschen dazu. Das Deutsche Reich war schließlich Gegner jener Mächte, von denen der Iran sich bedroht sah: Die Sowjetunion und Großbritannien.
So wurde zum Beispiel die Decke der großen Bahnhofshalle in Teheran mit großen, Hakenkreuzen ähnelnden Gebilden dekoriert. Auf den Beginn des Zweiten Weltkrieges reagierte die iranische Regierung am 4. September 1939 mit Abgabe einer Neutralitätserklärung.
Noch heute – 2023 – mehr als 80 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges prahlt die Botschaft der islamischen Republik Iran in Berlin auf ihrer Webseite sogar damit, dass hunderte Deutsche sich während des Zweiten Weltkrieges im Iran aufhielten: *„...die Präsenz hunderter deutscher Berater und Experten diente zu einem Vorwand für die Besetzung Irans durch die Alliierten."* [6]
Der Iran galt als **„fünfte Kolonne" Deutschlands**. Ab 1939 installierte Nazi-Deutschland im Iran ein Spionagenetzwerk. Sowjetischen Angaben zufolge hielten sich in Iran 5 000 bis 7 000 Deutsche auf, von denen 4 000 als Agenten der deutschen Geheimdienste, der Gestapo und des Propagandaapparates vor Ort waren. Außerdem sind von Jahresbeginn 1941 an nahezu **11 000 Tonnen verschiedenster Waffen und Munition** als Industrieausrüstungen getarnt nach Iran geschafft worden. Seit Juli 1941 wurden zahlreiche deutsche Offiziere angeblich als „Touristen"–in den Iran beordert. [7]

Deutschland und Iran: Von der „Modernisierungs"diktatur des Schah bis zur Islamischen „Revolution"

1921 machte sich Reza Khan, ein Oberst der Kosakenbrigade, durch einen Staatsstreich zuerst zum Kriegsminister und zwei Jahre später zum Premier. Nach vier Jahren ließ er sich zum Schah krönen. Die Sowjetunion und Großbritannien, die während des 2. Weltkrie-

3 Verglichen mit der Sowjetunion (28 Prozent), Großbritannien (23 Prozent) und den USA (12 Prozent) war das wenig.
4 de.wikipedia.org/wiki/Nah-_und_Mittelost-Verein, eingesehen 27.11.23
5 Klaus Jaschinski, Das deutsch-iranische Verhältnis im Lichte der alliierten Invasion in Iran 1941, comparativ.net/v2/article/download/962/853/1575
6 Botschaft der islamischen Republik Iran, Berlin, berlin.mfa.ir/de/GeneralCategoryServices/10395, eingesehen November 2023
7 Britischen Angaben zufolge gab es zu dieser Zeit 2.000 bis 3.000 Deutsche im Iran. Deutsche und iranische Behörden sprechen von lediglich 1.050 Deutschen im Iran.
Klaus Jaschinski, Das deutsch-iranische Verhältnis im Lichte der alliierten Invasion in Iran 1941, comparativ.net/v2/article/download/962/853/1575

ges Iran besetzten, zwangen Reza Khan 1941 zum Rücktritt. Sein Sohn Mohammed Reza wurde der neue Herrscher. Er lehnte sich an die Westmächte USA und England an.
Nach dem 2. Weltkrieg kam es Anfang der 1950er Jahre zu Auseinandersetzungen zwischen dem Schah und dem gewählten Premier des Landes, **Mohammad Mossadegh**.
Er führte eine nationalliberale Koalition an, die das Ziel verfolgte, die unter der Vorherrschaft des britischen Imperialismus stehende **Anglo-Iranian Oil Company** (AIOC) zu verstaatlichen. Er verabschiedete eine Landreform zugunsten der Kleinbauernschaft. Räte auf dem Land wurden eingesetzt, der Anteil der Großgrundbesitzer:innen am Ertrag wurde um 20 Prozent verringert. Außerdem kündigte er eine Steuerreform an, die geringe Einkommen entlasten sollte. Im August 1953 wurde die Regierung Mossadegh unter

Mohammad Mossadegh

Beteiligung der Geheimdienste der USA und Großbritanniens mit Unterstützung von iranischer Mittelschicht und Klerus gestürzt.
Mit Duldung des Westens, insbesondere der USA und Großbritanniens, erweiterte Mohammed Reza Schah stetig seine Machtbefugnisse und stiegt zum Alleinherrscher auf. Die Antwort darauf war eine Widerstandsbewegung gegen die Schah-Dynastie. Mitte 1963 weiteten die Proteste gegen den Schah sich zu schweren Unruhen aus, die brutal niedergeschlagen wurden.
Bei diesen spielten die religiösen Führer des Landes, der schiitische Klerus, eine wichtige Rolle mit Ayatollah („Zeichen Gottes") Ruhollah Khomeini als Führer. 1978 erneut zahlreiche Demonstrationen und Proteste, die von der Polizei blutig niedergeschlagen wurden. Hauptsächlich wurden die Demonstrationen von verarmten Landbewohner:innen initiiert, die auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen in die Städte gezogen waren. Sie wandten sich politisch in Teilen religiösen Zirkeln zu.
Diese Armen und Entrechteten waren es, auf die sich Khomeini stützte. Die millionenfachen Proteste, gingen dabei von sehr unterschiedlichen, gegensätzlichen Organisationen aus: Kommunist:innen, die liberale Bourgeoisie protestierten ebenso wie islamische Hardcore-Bewegungen. Was die Widerstand leistenden Gruppierungen in dieser Phase einte, war der Kampf gegen den Schah, die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und ein Nationalismus, der sich gegen den westlichen Einfluss und den westlichen Profit am iranischen Öl richtete. Anfang 1979 war der Schah samt Familie gezwungen, ins Exil fliehen.
Khomeini löste die nach dessen Flucht gebildete provisorische Regierung auf. Und in nur wenigen Wochen gelang es ihm und seinen islamischen Anhängern, alle Schaltstellen der Macht zu übernehmen. Am 5. Februar beauftragte er den religiösen Ingenieur Mehdi Bazargan mit der Bildung einer sogenannten „Revolutionsregierung" und beruhigte damit weite Teile in Militär und Wirtschaft – auch international. Am 1. April 1979 wurde die Islamische Republik offiziell ausgerufen und am 2. Dezember eine entsprechende Verfassung durch Volksabstimmung angenommen.

1946 – 1979 Business as usual: Firmen des BRD-Imperialismus machten weiterhin emsig Geschäfte mit dem Iran

Schon 1946 eröffnete der Iran erneut ein Konsulat in Stuttgart. Ab 1952 nahmen beide Länder ihre diplomatischen Beziehung wieder auf. Der Iran unterhielt neben der Botschaft in Bonn auch drei Konsulate in Hamburg (März 1951), München (Mai 1960) und Westberlin (1966). Die Botschaft der islamischen Republik Iran in Berlin verkündet **2023** stolz auf ihrer Seite: *„Deutschland hat in den vergangenen 50 Jahren stets zu den größten Handelspartnern Irans gehört. Viele iranische Unternehmen, darunter pharmazeutische und Nahrungsmittel produzierende Unternehmen, im Öl- und Gasbereich tätige Unternehmen, Kraftwerke und Wasserwerke wurden mit deutscher Hilfe gebaut."* [8]
1954 einigten sich beide Länder auf das Wieder-Inkrafttreten aller wirtschaftlichen Verträge, die durch den 2. Weltkrieg auf Eis lagen. Deutschland spielte in den kommenden Jahren und Jahrzehnten eine wichtige Rolle bei der Industrialisierung des Irans und förderte den Handel mit Bürgschaften und relativ hohen Hilfsleistungen. Trotz massiver Menschenrechtsverlet-

8 Botschaft der islamischen Republik Iran, Berlin, berlin.mfa.ir/de/generalcategoryservices/10394/wirtschaft, eingesehen 27.11.2023

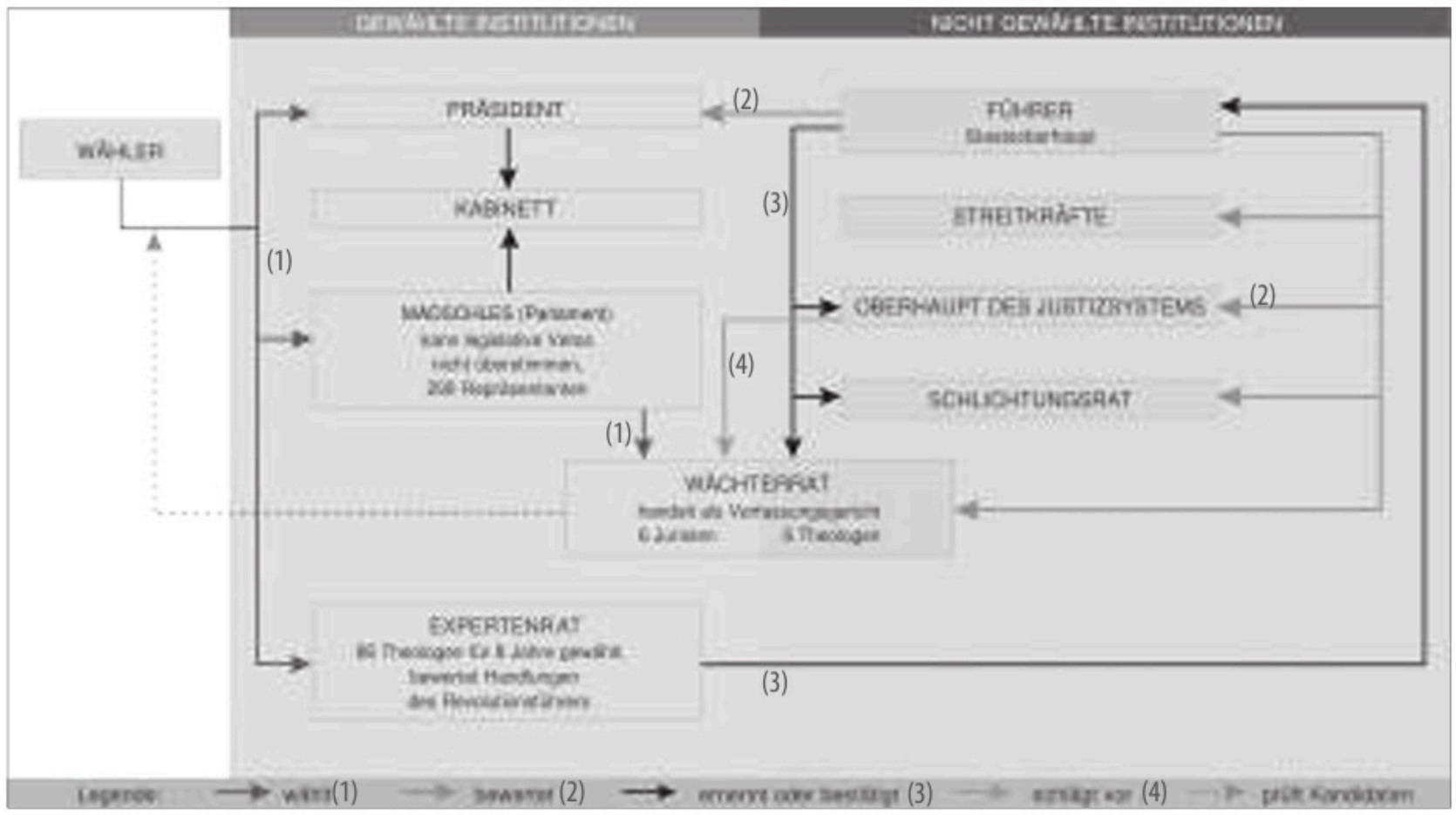
zungen unter dem **faschistischen Schah-Regime** wurden die Beziehungen beider Länder permanent weiter ausgebaut.
Der Schah kam 1957 und 1967 zum Staatsbesuch nach Deutschland, sein Ministerpräsident sogar dreimal. Bei den Protesten gegen den Schah-Besuch wurde in Berlin der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen.
Bundeskanzler Konrad Adenauer reiste 1957 in den Iran, 1968 Kurt Georg Kiesinger, CDU, Willy Brandt, SPD, 1972, Helmut Schmidt, SPD, 1975 sowie Bundespräsident Walter Scheel, FDP, 1978. Im Juni 1962 befreite die Bundesregierung Bürger:innen des Irans von der Visumspflicht. Iraner:innen und westdeutsche Staatsbürger:innen benötigten bis Mai 1980 keine Einreisegenehmigung in den Iran.
Bis 1978 entwickelte sich der Iran zum größten Öllieferanten Westdeutschlands – ein Fünftel aller Öl-Importe. Zudem investierte der Staat in westliche Unternehmen. So kaufte der Iran sich mit 25 Prozent in die Fried. Krupp AG ein. Nachdem sich am 17. Juli 1974 die staatliche National Iranian Steel Industries Company zu 25,04 Prozent zunächst an der Tochtergesellschaft Fried. Krupp Hüttenwerke AG beteiligt hatte, beteiligte sich der Staat Iran 1976 ebenfalls mit 25,01 Prozent an der Obergesellschaft Fried. Krupp GmbH.[9]
Der Iran entwickelte sich zu einem der wichtigsten außereuropäischen Exportländer Westdeutschlands: Vor allem Maschinen, Chemietechnik, Elektrotechnik und Autos. Für den Iran war die Bundesrepublik der größte Exporteur. Von dort wurden jährlich etwa 20 Prozent der Gesamtimporte des Landes geliefert. Nach den statistischen Jahrbüchern des Iran stieg das Importvolumen aus der BRD von etwa 830 Millionen DM im Jahr 1971 bis 1982 auf 4,7 Milliarden DM an. Der Anteil Deutschlands am gesamten Export der damaligen EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) in den Iran betrug 60 Prozent. [10]

Zwischen 1974 und 1979 verkaufte Westdeutschland an den Iran **Waffen** im Wert von rund **einer Milliarde DM**. Ein Abkommen von 1974 vereinbarte, 94 iranische Offiziere und Kadetten an der Bundeswehr-Hochschule in München auszubilden. [11]
Am 4. Juli 1976 schlossen beide Länder ein Abkommen über die atomwirtschaftliche Zusammenarbeit und einen Vertrag über den Bau des ersten iranischen Atomkraftwerks nahe der Stadt Buschehr am Persischen Golf. [12]
Die Kraftwerk Union AG (KWU) sollte die Bauausführung übernehmen. Knapp ein Jahr später begannen Verhandlungen des Iran mit der KWU über weitere Atomkraftwerke. Mit einem Volumen von rund acht Milliarden DM (andere Zahlen sprechen sogar von elf Milliarden) war dies einer der größten deutschen Export-Aufträge überhaupt. Zudem arbeitete deutsches Fachpersonal im Iran beim Aufbau eines iranischen Kernforschungszentrums mit. [13]
Und noch 1978, während der Revolte im Iran, orderte der Schah sechs U-Boote und vier Fregatten bei bundesdeutschen Konzernen. [14]

1979 – Deutschland und das Mullah-Regime

„Nach dem Sieg der Islamischen Revolution verfolgte die Außenpolitik des Landes einen Kurs der Unabhängigkeit von Ost und West. In dieser Zeit waren die Beziehungen zwischen Iran und Deutschland von den Höhen und Tiefen der gesamten Beziehungen zwischen Iran und dem Westen geprägt. Dennoch hat Deutschland stets zu den Befürwortern des konstruktiven Dialogs zwischen Iran und den europäischen und westlichen Staaten gehört. Hans-Dietrich Genscher war der erste westliche Außenminister, der 1984 Iran besuchte.“ [15]

9 de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Krupp_AG, eingesehen November 2023
10 iranjournal.org/wirtschaft/deutsch-iranische-wirtschaftsbeziehungen, Stand 25.12.2018
11 zeitgeschichte-digital.de/doks/files/683/b%C3%B6sch_zwischen_schah_und_khomeini_2015_de.pdf
12 Dennis Romberg stellt in seinem Buch „Atomgeschäfte, Die Nuklearexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1970–1979“ fest, es gebe einen geheimen Briefwechsel zu diesem Abkommen, in dem die Bundesregierung dem Iran zusichert unter bestimmten Bedingungen Wiederaufarbeitungs- und Anreicherungstechnologie zu liefern.
brill.com/display/title/55721, eingesehen Dezember 2023
13 de.wikipedia.org/wiki/Iranisches_Atomprogramm, eingesehen Dezember 2023
14 zeitgeschichte-digital.de/doks/files/683/b%C3%B6sch_zwischen_schah_und_khomeini_2015_de.pdf
15 Botschaft der islamischen Republik Iran, Berlin, berlin.mfa.



Die Sittenwächter überwachten die Kleidungsvorschriften und Verhaltensweisen. Der Mann erhielt die Entscheidungsgewalt und das Recht zur Scheidung. Das Heiratsalter wurde schrittweise auf neun Jahre gesenkt. Verheiratete Frauen wurden vom Schulbesuch ausgeschlossen. Weltliche Schulen und Universitäten mussten schließen. Die Pressefreiheit wurde zunehmend eingeschränkt. Wissenschaft und Kultur wurden ausgeblutet.

Im September 1980 begann der erste Golfkrieg. Es ging um die Vorherrschaft am Persischen Golf und letztlich um die Besetzung der iranischen Ölfelder im Süden des Landes. Unterstützt wurde der Irak mit Waffenlieferungen aus dem Westen. Nach acht Jahren endete der erste Golfkrieg mit einem Waffenstillstand. Die Bilanz des Krieges: Insgesamt eine Million Tote.

1989 starb Khomeini. Nach verschiedenen inneren Machtkämpfen trat Ali Chamenei als neuer religiöser Führer (Ayatollah) in die Fußstapfen seines Vorgängers.

Mit Haschemi Rafsandschani wurde ein Klerikaler auch zum Staatspräsidenten gewählt. [18]

Auf Rafsandschani folgte Mohammed Chatami im Mai 1997. Mahmoud Ahmadinejad wurde der erste Regierungschef Irans (seit 1981), der nicht dem Klerus angehörte. Im Juni 2013 wurde Hassan Rouhani zum siebten Präsidenten gewählt. Der achte und aktuelle Präsident ist der islam-faschistische Ebrahim Raisi seit 2021.

Ahmadinejad: „Wir lieben die Deutschen!“ oder Von Bazargan bis zum islam-faschistischen Raisi

Die westlichen Regierungen erkannten bereits im Februar die provisorische Regierung unter Mehdi Bazargan mit antikommunistischen Argumenten an. Das Auswärtige Amt und die Botschaft in Teheran ließen verlauten, dass im neuen iranischen Kabinett keine „links-extremen Kräfte“ vertreten seien. Außenminister Hans-Dietrich Genscher verkündete „die Fortsetzung der freundschaftlichen Beziehungen“. [16]

Durch die Verfassung vom 2. Dezember erhielt der religiöse Führer Khomeini weitreichende Rechte: Er ernennt die Leiter des Militärs, die Führung der Revolutionsgarden, die Mitglieder des Wächterrats und er bestimmt die Richtlinien der Außenpolitik. [17]

Die Islamische Republik setzte mit nackter faschistischer Gewalt den Umbau des Staates durch. Alle politischen Gegner:innen wurden gejagt, viele öffentlich hingerichtet. Bis 1988 wurden tausende Oppositionelle getötet. Zehntausende wurden verhaftet, gefoltert oder mussten fliehen. Zahlreiche Grundrechte wurden eingeschränkt, vor allem die Rechte von Frauen:

Für die westdeutsche Großbourgeoisie – scheißegal welches Regime herrscht

Auch 1979 war die Bundesrepublik weiterhin der wichtigste Handelspartner des Iran, wenngleich die deutschen Ausfuhren in den Iran um zwei Drittel gegenüber dem Vorjahr einbrachen. Erst in den vergangenen Jahren löste China Deutschland als ersten Handelspartner des Iran ab. Dennoch pflegte kein westliches Land weiterhin so sehr den Kontakt zum islam-faschistischen Regime wie die Bundesrepublik.

Viele Großaufträge aus der Schah-Zeit wurden weiter

ir/de/GeneralCategoryServices/10395

16 Archiv für Sozialgeschichte – Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, library.fes.de/pdf-files/afs/bd59/afs59_16_boesch.pdf

17 Der Wächterrat überwacht unter anderem die Übereinstimmung der vom Parlament verabschiedeten Gesetze mit den Prinzipien des Islam. Er kontrolliert außerdem die Qualifizierung und Zulassung der Präsidentschaftskandidaten, der Kandidaten für den Expertenrat, der Kandidaten für das Parlament und steht in direktem Kontakt mit dem Revolutionsführer. Ein zentrales Beobachtungsgremium, vom Wächterrat ernannt, überwacht alle Wahlprozesse und gibt das Wahlergebnis bekannt.
Frauen wurden bisher generell von Präsidentschaftswahlen ausgeschlossen.
de.wikipedia.org/wiki/W%C3%A4chterrat, eingesehen Dezember 2023

18 Rafsandschani rühmte 2008 die *„strategische Allianz zwischen den beiden Ländern im Zweiten Weltkrieg“* (gemeint sind Deutschland und der Iran) als Vorbild für die Gegenwart.
matthiaskuentzel.de/contents/die-deutschen-und-der-iran, 2009

betrieben: der Bau einer Raffinerie in Isfahan durch Thyssen, eines Wärmekraftwerks in Neka durch BBC/ Deutsche Babcock, sowie Anlagen zur Wasserversorgung in Teheran durch Lar-Tunnel-Konsortium Huta Hegerfeld im Gesamtwert von drei Milliarden DM. Nur KWU/Siemens zog sich 1979 aus dem Auftrag für das Kernkraftwerk in Buschehr zurück.

1983 lag der Wert der deutschen Exporte bereits bei 7,7 Milliarden DM und stieg weiter an. In den 1990er Jahren machten deutsche Exporte bis zu 50 Prozent der gesamten EG-Exporte in den Iran aus. Zahlreiche Delegationen verschiedener Ebenen reisten zwischen beiden Ländern hin und her: Außenminister Genscher 1984 zu einem Staatsbesuch in den Iran. Im Jahre 2000 kam der damalige Staatspräsident Chatami nach Deutschland. Der Handel florierte und Deutschland ist mit einem Handelsvolumen von ca. 5 Milliarden Euro – nach wie vor – einer der wichtigsten Handelspartner Irans. [19]

Der Iran hielt weiterhin sein Aktienpaket an Krupp-Aktien und das Regime damit einen Vertreter im Aufsichtsrat des Konzerns. Erst auf Druck der USA 2003 kaufte der Konzern die iranischen Anteile auf. [20]

Im Dezember 2006 verhängte der UN-Weltsicherheitsrat Sanktionen gegen den Iran aufgrund seines Atomprogramms, zwei weitere Resolutionen folgten jeweils im März 2007 und 2008. Aufgrund starker Handelsbeschränkungen für zivile und militärische Güter, sowie strenger Auflagen für Exportkredite, schrumpften die deutschen Ausfuhren 2013 auf nur noch etwa 1,8 Milliarden Euro.

Dennoch waren zahlreiche deutsche Konzerne im Iran tätig: Bosch, Carl Zeiss, Deutz, Degussa, KraussMaffei, Linde, Merck und Miele, und andere. [21]

Aufgrund des Atomabkommens von 2015 wurden die Sanktionen 2016 größtenteils aufgehoben. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel reiste – samt hochkarätiger Wirtschaftsdelegation nach dem Atomabkommen in den Iran, um die lukrativen Geschäfte mit der Islamischen Republik wieder aufleben zu lassen. Der damalige Bundesaußenminister Frank Walter Steinmeier fuhr ebenfalls 2015 in das Land. Im Januar 2016 folgte Gerhard Schröder als Ehrenvorsitzender des Nah- und Mittelost-Vereins an der Spitze einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation.

Vom 1. bis 4. Mai 2016 fand die 5. Sitzung des gemeinsamen iranisch-deutschen Wirtschaftsforums statt, in der eine Roadmap und eine Strategie für langfristige iranisch-deutsche Wirtschaftsbeziehungen definiert wurden. Es wurde prognostiziert, dass die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre sechs Milliarden Euro (das Handelsvolumen im Jahre 2006) erreichen werde. [22]

Laut Destatis stiegen die deutschen Iranausfuhren 2017 umgehend auf 3 Milliarden Euro. Riesige Gasfelder lockten deutsche Unternehmen, wie Linde, um über LNG-Projekte (Liquefied Natural Gas, verflüssigtes Erdgas) zu verhandeln.

Am 8. Mai 2018 verkündete der damalige US-Präsident Trump, aus dem Atom-Abkommen auszusteigen. Im November 2018 folgte die Wiedereinsetzung und Verschärfung von Sanktionen. Viele deutsche Firmen zogen sich daraufhin aus Furcht vor US-Strafen aus dem Handel mit dem Iran zurück. Im Oktober 2022 beschloss die EU insgesamt 13 neue Sanktionsmaßnahmen gegen den Iran.

EU Sanktionen und Kündigung des Atom-Abkommens der USA zeigen Wirkung

Exporte in den Iran sanken bis 2021 auf 1,4 Milliarden Euro. Das war der niedrigste Wert seit 20 Jahren. Das deutsch-iranische Handelsvolumen betrug im Jahr 2021 1,76 Mrd. Euro.

Internationales Atomabkommen

Die Gespräche zwischen Iran und den fünf permanenten Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats (China, Frankreich, Russland, USA, Vereinigtes Königreich) inklusive Deutschland und der Europäischen Union zeigten bald Fortschritte. Sie führten nach einer Reihe von Verhandlungen zu dem in Wien vereinbarten *Joint Comprehensive Plan of Action* (JCPOA), auch als „internationales Atomabkommen" bekannt.

Mit diesem Abkommen vom Juli 2015 verpflichtete sich der Iran – im Gegenzug zur schrittweisen Aufhebung von Sanktionen – für 15 Jahre zur Suspendierung und regelmäßigen Überwachung der potentiell militärisch nutzbaren Bestandteile seines Atomprogramms.

Deutsche Exporte in den Iran und Importe aus dem Iran in Mrd. Euro [23]

Jahr	2019	2020	2021
Exporte	1,512	1,542	1,441
Importe	0,207	0,275	0,313

19 Botschaft der islamischen Republik Iran, Berlin, berlin.mfa.ir/de/GeneralCategoryServices/10395

20 zeitgeschichte-digital.de/doks/files/683/b%C3%B6sch_zwischen_schah_und_khomeini_2015_de.pdf

21 iranjournal.org/wirtschaft/deutsch-iranische-wirtschafts-beziehungen/2

22 Botschaft der islamischen Republik Iran, Berlin, berlin.mfa.ir/de/GeneralCategoryServices/10394

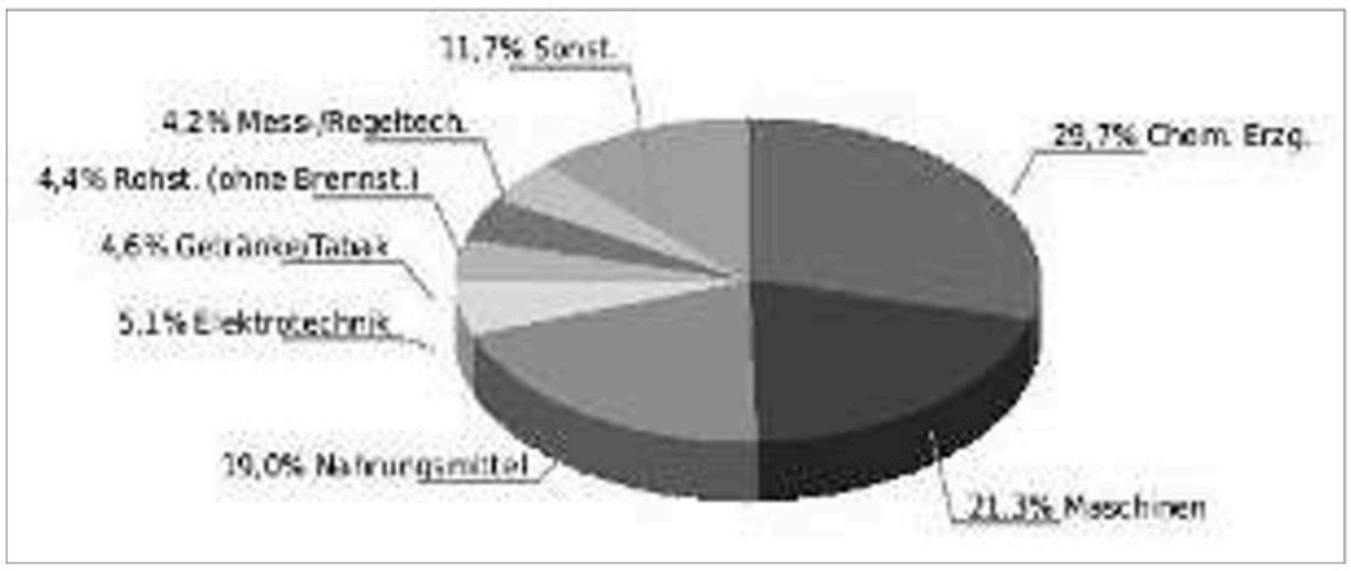
23 WIRTSCHAFTSDATEN KOMPAKT, Iran, November 2022, Germany Trade & Invest 2022, gtai.de/iran

Die Zusammensetzung der deutschen Iranexporte hat sich auch signifikant verändert. Mehr als die Hälfte der Ausfuhren entfiel 2022 auf Nahrungsmittel (vor allem Getreide), Agrarchemikalien, Nahrungsmittel- und Verpackungsmaschinen sowie Medikamente und Medizintechnik. [24]

Deutsche Einfuhrgüter (Prozent der Gesamteinfuhr) 2021:

Nahrungsmittel 45,5 Prozent; Rohstoffe **(ohne Brennstoffe)** 23 Prozent; Chemische Erzeugnisse 11,6 Prozent; Eisen und Stahl 9 Prozent; Textilien und Bekleidung 7 Prozent; NE-Metalle 1,3 Prozent; Maschinen 0,7 Prozent; Baustoffe/Glas/Keramik 0,2 Prozent; Metallwaren 0,1 Prozent. [25]

Deutsche Ausfuhrgüter (Prozent der Gesamtausfuhr) 2021: [26]



Trotz der blutigen Niederschlagung von Protesten stiegen bereits 2022 die deutschen Exporte nach Iran weiter an. Von Januar bis November wuchsen sie um 12,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum auf rund 1,5 Milliarden Euro.

Damit wurde bereits nach elf Monaten das Ergebnis des gesamten Jahres 2021 von gut 1,4 Milliarden Euro übertroffen. *„Deutschland ist nach wie vor Irans wichtigster Handelspartner in Europa"*, so die deutsch-iranische Industrie- und Handelskammer. [27]

Der Iran ist nach den USA und Russland drittgrößter Gasproduzent weltweit.

Zwischen 2000 und 2020 hat sich die Förderung fast verfünffacht. Bis zum Ende dieses Jahrzehnts soll die Produktion um weitere 50 Prozent gesteigert werden, so dass der Iran zum zweitgrößten Produzenten weltweit aufsteigen könnte.

Der Internationale Währungsfonds prognostiziert für 2023/2024 eine Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Iran um real 3 Prozent, die Weltbank erwartet sogar 4,1 Prozent. Satte Profite, fette Gewinne, das ist es, worum es Germany Trade & Invest (GTAI), als Außenwirtschaftsagentur der Bundesrepublik Deutschland und einigen deutschen Konzernen und Unternehmen geht. Es geht darum, dass Deutschland ein fettes Stück vom Kuchen abbekommt. [28]

Es geht nicht um Frauenrechte, Pressefreiheit, nein, es geht um Ausbeutung von Rohstoffen, um Profite, um strategische Einflussgebiete weltweit. Da kann die deutsche Außenministerin und Kriegstreiberin Annalena Baerbock noch so viel schwafeln von feministischer Außenpolitik. Es ist reine Augenwischerei.

Das Gerede von Demokratie und Menschenrechten von Kapital und Staat ist Heuchelei.

Die Entlarvung und Anprangerung der Machenschaften des deutschen Imperialismus mit dem aktuellen Regime sowie das Favorisieren von Schah Reza Pahlavi als Alternative zum Khomenei-Regime ist dringend angesagt.

Der mutige Widerstand insbesondere der Frauen und der Arbeiter:innenklasse im Iran wird sich trotz der anhaltenden barbarischen Unterdrückung immer wieder in neuen Wellen gegen das faschistisch-klerikale Regime entfalten.

Internationale Solidarität ist gefragt!

24 gtai.de/de/trade/iran/wirtschaftsumfeld/iranische-wirtschaft-bleibt-auf-stabilem-wachstumskurs-261344

25 2012 haben die EU und die USA die Einfuhr von Öl und Gas aus dem Iran verboten. Trotzdem hat Deutschland im März 2023 69,737 Tonnen Rohöl und Erdölprodukte aus dem Iran importiert. Zuletzt hatte Deutschland im Jahr 2018 zehntausend Tonnen Rohöl oder Erdölprodukte aus Iran importiert. Damit hat es trotz Embargo gegen den Iran Rohöl oder Erdölprodukte importiert.
Eurostat: Deutschland importiert Öl aus Iran, https://parstoday.ir/de/news/iran-i81424-eurostat_deutschland_importiert_%C3%96l_aus_iran

26 Quelle: GTAI

27 spiegel.de/wirtschaft/deutsche-iran-exporte-sind-2022-gestiegen-trotz-protesten-a-16e86f45-6b57-4572-b312-848db778ded4, Stand 10.01.2023

28 gtai.de/de/trade/iran/wirtschaftsumfeld/iranische-wirtschaft-bleibt-auf-stabilem-wachstumskurs-261344

Die Messe fand dieses Jahr unter erschwerten Bedingungen statt. Die Stadt Nürnberg konnte den Organisator:innen nicht rechtzeitig mitteilen, dass die Renovierungsarbeiten am Veranstaltungsort Künstlerhaus noch nicht abgeschlossen waren. So mussten die Verlage und Organisationen an unterschiedlichen Standorten untergebracht werden: Im Design Office und im Baumeisterhaus. Die Vorträge und Veranstaltungen konnten alle im Künstlerhaus stattfinden.
Unser Büchertisch war daher kleiner als im Jahr zuvor.
Am Freitagabend nahmen wir teil an der Podiumsdiskussion:

Keine Vergesellschaftung ist auch keine Lösung! – oder – Was sind heute eigentlich Linke?

Der Ankündigungstext war spannend formuliert: *„Aktuelle gesellschaftliche Kämpfe, Bewegungen, organisatorische Ansätze, strategische Eckpfeiler und Grundzüge einer jenseits des Kapitalismus angestrebten Gesellschaft Die Marktwirtschaft mit westlichen Werten und liberaler Demokratie erodiert, ihr destruktiver Charakter tritt deutlicher hervor. Ökonomische Krisen, soziale Verwerfungen, hohe Mieten, Preise, Energiekosten, Inflation und sinkende Einkommen, wie die Zerstörung des Klimas erschüttern den Status Quo. Kapitalismus, bürgerliche Ideologie und Demokratie werden zunehmend autoritär und aggressiv. Die faschistische AfD marschiert in die Parlamente und ihre Machtbeteiligung scheint eine Frage der Zeit. Gesetze werden verschärft, der Repressionsapparat ausgebaut, Arbeiter*innenrechte und soziale Versorgung abgebaut, Versuche patriarchalen Rollbacks sind allgegenwärtig, das Asylrecht zerstört und rassistische Positionen gesellschaftsfähig. Auch nach außen werden die Interessen von Banken und Konzernen rücksichtslos durchgesetzt. Sanktionen, Wirtschaftskriege, Aufrüstung stehen auf der Tagesordnung.*
Der Ukraine Krieg, die Zuspitzung der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Zentren, lässt einen 3. Weltkrieg möglich erscheinen. Auf der anderen Seite wird das Problem Kapitalismus offensichtlicher, es wird erfahren und erkannt. Doch was sind gesellschaftliche Perspektiven, was ist zu tun?
*So oder so – Nix bleibt wie es ist. Doch wohin geht die Reise? Barbarei oder …? Welche Perspektiven, jenseits des Kapitalismus, streben aktive Linke heute eigentlich an? Was sollen Grundzüge einer Gesellschaftsordnung jenseits des Kapitalismus sein? Welche Kämpfe gibt es? Welche organisatorischen Ansätze? Was sind Eckpfeiler linker Strategie, was ist notwendig, um der auf Profit einer Minderheit ausgerichteten, kapitalistischen Ordnung ein Ende zu bereiten? Aus unterschiedlichen Ansätzen nehmen sich die zum Podium geladenen Aktivist*innen, den aufgemachten Fragen an.“* [1]
Zum Podium eingeladene Aktivist:innen von **„Fridays for Future FfM“**, **„organisierte autonomie“** (OA), **„Unsere Zeit und DKP“**, **„Revolutionärer Aufbau Zürich“** und ein Vertreter der Gewerkschaftslinken referierten und diskutierten zu diesen Themen.
Zu der Frage der Moderatorin, an welchen Kämpfen die Gruppen sich beteiligt haben, referierten **Grazia** und **Martina** vom **Frauenkollektiv „Revolutionärer Aufbau Zürich“** über den Frauenstreik in der Schweiz 2019 als eine Initialzündung der europäischen Frauenstreikbewegung.
Der Streik brachte auch einen Aufschwung insgesamt

1 linke-literaturmesse.org/

in der revolutionären Bewegung der Schweiz, und ihre Aktionen wurden vielfältig unterstützt. Der „Revolutionäre Aufbau Zürich“ lehnt eine parlamentarische Arbeit prinzipiell ab und versucht, Theorie und Praxis im Einklang zu bringen. Die Theorie wird auch aus zahlreichen praktischen Erfahrungen gewonnen.

Ihr Fazit: Die ökologische Krise sei einer der Hauptwidersprüche im Kapitalismus. Klima- und Betriebskämpfe müssen zusammen geführt werden. Es müsse eine strategische Allianz ohne die bürgerliche Klasse zwischen der Arbeiter:innenklasse, der feministischen und Klimabewegung geben, um den Kapitalismus zu stürzen und radikal im Sozialismus und Kommunismus zu überführen.

Björn Blach von der DKP betonte die Notwendigkeit der kommunistischen Partei nicht nur bundesweit sondern auch weltweit. Sie biete politische Kontinuität und sei eine Kampforganisation. Die Gewerkschaften seien heute kein Instrument des Klassenkampfes und die Mentalität der Arbeiter:innenklasse „die da Oben machen das für mich“ müsse durch eine Kampforganisation gebrochen werden. Er betonte ebenso den Kampf gegen Kriege.

Der Krieg in Gaza und Westjordanland, die Lage im Nahen Osten bringe die Welt an den Rand eines Dritten Weltkrieges. Russland und China seien ein wichtiger Pol in der Neuen Multipolaren Weltordnung, denn sie unterstützen die Befreiungsbewegungen im sogenannten Trikont, v.a auf dem afrikanischen Kontinent und in Lateinamerika. **Sein Fazit**: Der Kampf für den Frieden stehe heute im Vordergrund.

Torsten Bewernitz, Redakteur für den Express agiert an der Schnittstelle zwischen **Gewerkschaftslinken und FAU**. Er stellte kurz den Express, die Zeitung der Gewerkschaftslinken, vor, die in diesem Jahr ihren 60. Geburtstag feiere. Ihre Aufgabe sehe er darin, internationale Kämpfe in Deutschland publik zu machen.

Er hob den Kampf der LKW-Fahrer auf der Raststätte Gräfenhausen besonders hervor. Hier kam es zu einer trauten Einheit zwischen ver.di, der IG Metall und der FAU. Die FAU ist ein Zusammenschluss von unabhängigen, basisdemokratischen Gewerkschaften.

Torsten fand wichtig, dass eine Organisation so sein müsse, dass jede alleinerziehende Frau mit Kind, Acht-Stunden-Tag plus zwei Stunden Pendelzeit noch in der Lage sei, sich zu organisieren. Die Linke müsse sich diesen Gegebenheiten anpassen. Die Linke sei heute in einer sehr schlechten Position.

Um deren Lage zu verbessern, sehe er einen Hebel in der Stärkung der globalen feministischen Streikaktionen und die Verbindung zwischen Klima- und Klassenkämpfen.

Sein Fazit: System Change müsse radikal im Sozialismus landen.

Alex Schmidt von FFF betonte den Kampf zur Verhinderung der Klimakatastrophe. Die Bewegung von FFF sei sehr breit aufgestellt und der Klassenkampf stehe nicht im Mittelpunkt dieser Bewegung.

Tim Roth, der die „organisierte autonomie“ repräsentierte, unterstrich die Bedeutung politischer Kampagnen und Kämpfe zu den Themen Mieten, Preise und Gentrifizierung. Die Basisarbeit im Stadtteil sei hierfür zentral. Eine Organisation müsse sich zuerst in Städten oder Gebieten verankern. Die Arbeiter:innenklasse sei auch in den Stadtteilen zu finden.

Von der Basis aus müsse sich eine Organisation verbreitern. Die OA habe sich von Nürnberg nach Stuttgart ausgedehnt und werde dort versuchen, sich im Stadtteil zu verankern. Tim Roth vertrat – im Gegensatz zur DKP – die Neue Multipolare Weltordnung sei kein Fortschritt sondern ein Kampf um die Neuaufteilung der Welt.

Sein Fazit: Der Kampf für eine freie kommunistische Ordnung müsse geführt werden.

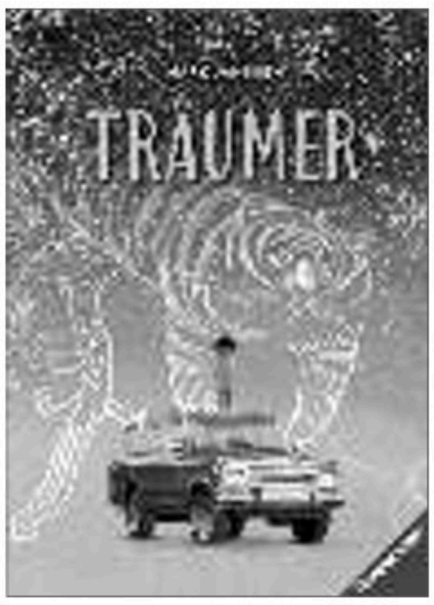
Anschließend konnten **aus dem Publikum** Fragen gestellt und Statements gegeben werden. Einige Redner:innen vertraten, dass es falsch sei, wenn die Linke immer betone, sie sei so schwach. Man müsse die Kämpfe mit Inhalten füllen und sich von Schlagwörtern wie Kommunismus und Sozialismus verabschieden.

Andere hielten dagegen, dass dies eine ganz falsche Strategie sei. Die Bewegungen und Organisationen müssen einen antiimperialistischen Kampf führen und internationale antiimperialistische Kämpfe müssten vorangetrieben und unterstützt werden.

Wie jedes Jahr sind wir abends in den Stadtteilladen Schwarze Katze zum Ausklang des Tages gegangen.

Am **Samstagmorgen** öffnete die Messe um 10 Uhr

mit Frühstück und gemütlichen Zusammensitzen, mit Bücher und Zeitschriften anschauen und kaufen oder mit Gesprächen mit anderen Organisationen und Gruppen.



Zunächst haben wir an der Veranstaltung von **Manfred Jansen** teilgenommen. Er hat sein im Eigenverlag herausgegebenes Buch vorgestellt: **„Ihr seid Träumer', sagte der Traum"**.
Ein Lehrbuch voller tatsächlich gemachter Erfahrungen in betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen.
Warenproduzent:innen und die Umstände, unter denen sie leben und arbeiten, bleiben praktisch unsichtbar. Sie sind medial und gesellschaftlich nicht präsent. Manfred Jansen reißt mit seinem Buch diesen Schleier des Schweigens weg und macht den Blick frei auf die Lebenswirklichkeit der Menschen, die mit der Profitproduktion den Lebensnerv der kapitalistischen Gesellschaft ausmachen.
Er beschreibt über zehn Jahre hinweg den Kampf der **dreihundertköpfigen Belegschaft eines Metallbetriebs** aus der Region Stuttgart: Gegen Massenentlassungen, die Zerschlagung bzw. Schließung des Betriebs, gegen den Angriff auf tarifliche Rechte. Er beschreibt die Arbeiter:innenklasse als kämpfende Klasse.
Detailgenau schildert er die Entwicklung des Bewusstseins in der Belegschaft, im Betriebsrat und im Vertrauenskörper. Über die Jahre führte das zu großer Entschlossenheit, Kampfbereitschaft und Selbstvertrauen der Belegschaft. Ihre Kampfaktionen sind das Ergebnis dieser jahrelangen systematischen Kleinarbeit und Auseinandersetzung. Auseinandersetzungen verlaufen auch nicht geradlinig, sondern schwankend, zwischen Konfrontation und (Beinahe) Kapitulation. Der Kampf war am Ende erfolgreich.

„Ihr seid Träumer", sagte liebevoll der Traum,
und beflügelte sie zu tun, was unmöglich schien.
„Ihr seid unbestechlich", sagte das Gewissen,
versah sie mit klarem Standpunkt, klarem Ziel.

Manfred Janssen gelingt ein wichtiger Beitrag zur Beschreibung des Bewusstseinsstands der Arbeiter:innenklasse. Dieser Roman ist ein Lehrbuch für den betrieblichen Kampf. Jede/r, der/die in Betrieb und Gewerkschaft arbeitet, sollte es lesen. Wir können das Buch empfehlen. Es kostet 16 € und kann unter der e-mail Adresse buchmj@t-online.de bestellt werden.

Im Anschluss fand unsere Diskussionsveranstaltung im Namen von Trotz alledem! statt:

Nordkurdistan/Türkei Mai 2023 Nachlese: Vor der Wahl ist nach der Wahl Ergebnisse und Perspektiven und der Bankrott der „Linken"

In den Ausgaben 91 und 92 von Trotz alledem! haben wir eine ausführliche Analyse über die Wahlen und das Ergebnis vorgelegt. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Nordkurdistan/Türkei im Mai sind entgegen hochgesteckter Erwartungen der „Opposition" wieder mit einem Sieg von Erdoğan und seiner „Allianz des Volkes" (Cumhur İttifakı) ausgegangen.
Die Wahl war **nicht** eine Wahl zwischen „Demokratie gegen die Ein-Mann Diktatur" wie viele „Linke", auch in Deutschland behauptet haben. Das war **ein Kampf zwischen zwei Fraktionen der faschistischen türkischen Bourgeoisie um die Macht**. Die Unterstützung der „Linken" für Kılıçdaroğlu gegen Erdoğan als Hoffnungsträger angeblicher Demokratisierung war eine Bankrotterklärung. Warum das so war und wie die Perspektiven aussehen, darüber haben wir berichtet und diskutiert!
Eingangs stellten wir uns vor und legten dar, dass wir eine kommunistische Organisation zum Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland seien. Warum beschäftigen wir uns – als Organisation in Deutschland – mit den Wahlen in der Türkei? Zum einen, weil in unserer Organisation Migrant:innen unterschiedlichster Herkunft, auch aus der Türkei/Nordkurdistan organisiert sind. Zum anderen wurde nach dem Wahlausgang eine rassistische Kampagne in Deutschland gegen hier lebende Migrant:innen aus der Türkei geführt.
Wir fragen uns aber auch, warum der Großteil der Linken in Deutschland und in der Türkei, die HDP und die PKK und einige sozialistische Parteien zur Wahl von Kılıçdaroğlu aufgerufen haben.

Auf verschiedene Fragen bzw. Statements aus dem Publikum antwortete der Referent bzw. Diskussionsteilnehmer:innen.

Frage: Wenn die CHP gewonnen hätte, wäre der Krieg in Syrien dann nicht doch beendet worden?
Antwort: Der Krieg gegen die PKK in Nordkurdistan und in Syrien wäre von einer CHP-Regierung mehr oder weniger genauso wie unter Erdoğan und seiner Regierung weiter geführt worden. Der Rassismus und die Unterdrückung gegen die kurdische Bevölkerung wäre eventuell in einigen Bereichen etwas abge-

schwächt worden, aber nicht substantiell. Der Krieg in Syrien ist nicht nur die Politik einer Regierung sondern es ist die Politik des türkischen Staates!

Beitrag: Die Ablehnung von Euch sich an diesen Wahlen zu beteiligen ist falsch. Die Hoffnung der HDP war, dass durch einen Sieg des CHP-Bündnisses die kurdische Bewegung eine Verschnaufpause erhalten würde. Die Verfolgung der HDP würde zurückgefahren und die Repression würde vermindert werden.

Antwort: Das ist eine Wunschvorstellung. Eine CHP-Regierung hätte den am chauvinistischsten auftretenden Politiker der Türkei, Herrn Ümit Özdağ, Zafer-Partei, zum Innenminister erkoren. Das wurde in einem Protokoll zwischen Kılıçdaroğlu und Özdağ vor dem 2. Wahlgang schriftlich festgehalten.

Ebenso, dass im Falle des Wahlsieges von Kılıçdaroğlu die Politik der Einsetzung staatlich bestellter Verwalter

anstatt gewählter Bürgermeister, im Falle deren angeblicher Unterstützung von Terrororganisationen, weiter geführt wird. Mit dieser Begründung waren die meisten der gewählten Bürgermeister:innen nach den letzten Wahlen entmachtet und in den Knast gesteckt worden!

Frage: Wie ist das Bewusstsein der Arbeiter:innen in den Wahlen?

Antwort: In der HDP und in dem HDK (Demokratischer Kongress der Völker) fanden sowohl vor als auch nach den Wahlen teils sehr kontroverse Debatten statt. Ein kleiner Teil der kommunistischen Linken, die sich auch in dem HDK beteiligen, hat offen für Wahlboykott unter dem Motto „Keine Stimme für das System!" geworben. Das Vorgehen der HDP, auf eine/n eigene/n Kandidat:in für die Präsidentschaftswahl zu verzichten, wurde kritisiert.

Beitrag: Die Unterstützung des CHP-Bündnisses war eine richtige Haltung. Die Linke in der Türkei erkennt die Kurden nicht an. Auch die türkischen Arbeiter:innen haben eine chauvinistische Haltung.

Es geht nicht um den Klassenkampf, der nicht geführt wird, sondern wichtig wäre bei den Wahlen gewesen, den kurdischen, nationalen Befreiungskampf für die Verwirklichung des **Konzeptes von Abdullah Öcalan** zu stärken.

Beitrag: Es ist **erstens** nicht richtig, pauschal zu sagen *„Die Linke in der Türkei erkennt die Kurden nicht an"*. Lange bevor die PKK überhaupt entstanden ist, hat **Ibrahim Kaypakkaya, der Gründer der TKP/ML** analysiert und propagiert, dass es in der Türkei nicht ein „Ostanatolien-", bzw. „Südostanatolien-" Problem gibt, sondern eine zentral wichtige „Kurdische nationale Frage".

Er hat dargelegt, dass eine kurdische Nation existiert, die das Recht auf staatliche Lostrennung hat.

Zweitens ist es falsch, pauschal zu behaupten, *„Die türkischen Arbeiter:innen haben eine chauvinistische Haltung"*. Für die Mehrheit trifft das zu. Es gibt aber durchaus eine Minderheit, die in dieser Frage die Staatshaltung nicht mitträgt.

Drittens ist es falsch sich auf Apo berufend bei den Wahlen für Kılıçdaroğlu Werbung zu machen. Apo hat sich klar für einen „Dritten Weg", unabhängig von dem, den die sich bekämpfenden Cliquen der Herrschenden favorisieren, ausgesprochen. Die HDP hat sich klar bei den Präsidentschaftswahlen gegen den dritten Weg entschieden. Und sich für eine der sich bekämpfenden Seiten der Herrschenden entschieden!

Frage: Wie ist die Zustimmung der Bevölkerung zum Krieg?

Antwort: Sowohl AKP-Anhänger:innen und ihr Bündnis wie auch die CHP und ihr Bündnis befürworten in ihrer großen Mehrheit den Krieg gegen das kurdische Volk, in Nordkurdistan/Türkei, in Syrien und im Irak.

Frage: Welche Kapitalfraktionen vertritt die CHP, welche die AKP?

Antwort: Die **CHP** steht für die angestammte, **„alte" kemalistische Kapitalfraktion Istanbul/Izmir**; während die **AKP**, insbesondere die seit den 1980er Jahren auftretende und erstarkende, sich unter der AKP-Herrschaft vordrängelnde **„neue" Kapitalfraktion vor allem aus Mittelanatolien** stammend, vertritt. Die erstere ist kulturell „laizistisch und westlich" orientiert, die zweite kulturell „islamisch und eher gegen den Westen aufgestellt".

Beide Fraktionen wollen, dass sich die Türkei zu einer **imperialistischen Macht** entwickelt. Aber die ersteren können sich eine Türkei ohne Westbindung nicht vorstellen, während die zweiten sich eine vom Westen und auch dem Osten unabhängige imperialistische Türkei zum Ziel gesetzt haben. Daran arbeiten sie. Das

ist auch der Grund, warum Erdoğan von den westlichen Imperialisten als Gefahr gesehen und verteufelt wird.

Anschließend waren wir beim Vortrag von

Aert van Riel über sein Buch: „Der verschwiegene Völkermord Deutsche Kolonialverbrechen in Ostafrika“, PapyRossa Verlag, 2023.

Heute ist van Riel Referent für Antirassismuspolitik beim Zentralrat Deutscher Sinti und Roma. Zum Inhalt heißt es auf der Buchrückseite:

„Vergessen, verdrängt, verschwiegen: Wer erinnert sich im heutigen Deutschland noch an jene Verbrechen, die das Kaiserreich in der Kolonie Ostafrika beging. Im dreijährigen Maji-Maji-Krieg, ab 1905 im heutigen Tansania ausgefochten, schlug die Kolonialmacht den Widerstand nieder und löschte im Kriegsgebiet etwa ein Drittel der Bevölkerung aus. In Kämpfen getötet, von den Kolonialtruppen ermordet oder der Strategie der ‚verbrannten Erde‘ zum Opfer gefallen: Tansanische Historiker gehen von 250 000 bis 300 000 Toten aus.

Anders als in Deutschland finden in Tansania regelmäßig Gedenkveranstaltungen statt, die Kämpfer gelten als Helden. Die Verbrechen als Völkermord zu brandmarken, ist in Deutschland noch immer umstritten. In Tansania dagegen ist strittig, welche Forderungen an die Bundesrepublik zu richten sind. Zu den Quellen des Bandes gehören Gespräche, die Aert van Riel mit Diplomaten, Wissenschaftlern und Aktivisten führte. Um die Ursachen für den unterschiedlichen Umgang mit der Kolonialgeschichte aufzuzeigen, nimmt der Band auch neokoloniale Abhängigkeiten in den Blick.“

Trotz der immensen Flut an Informationen im Vortrag von Aert van Riel bleibt noch Zeit für Fragen. Meistens ging es um **Julius Kambarage Nyerere, erster Ministerpräsident Tansanias**. Er versuchte eine Art afrikanischen Sozialismus zu praktizieren, den er *„Ujamaa“* nannte. Mit dieser Staatsform, die auf den Prinzipien der afrikanischen Gemeinschaft fußte, wollte er die Armut bekämpfen und Tansania unabhängig von der kapitalistischen Entwicklung des Westens machen. Die Landwirtschaft sollte Motor der wirtschaftlichen Entwicklung sein. Auch kämpfte er für die Idee eines **Panafrikanischen Staates**.

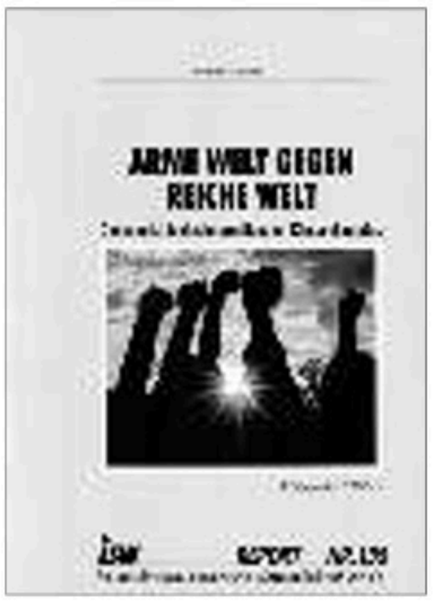
Julius Kambarage Nyerere wurde im **Mai 1961** der erste Ministerpräsident des zunächst mit einem Autonomiestatus versehenen Landes und wurde nach Erlangung der vollständigen Unabhängigkeit 1962 zum Staatspräsidenten und Regierungschef der als Präsidialdemokratie verfassten Republik Tanganjika gewählt. Nach dem Zusammenschluss mit der damaligen Volksrepublik Sansibar und Pemba im Jahr 1964 blieb er bis zu seinem Rücktritt 1985 Präsident der nunmehr **Vereinigten Republik Tansania**. Heute ist die **Präsidentin Samia Suluhu Hassan** an der Macht.

Sie vertritt die Einheitspartei Chama Cha Mapinduzi (CCM; aus dem Swahili: „Partei der Revolution“), die 1977 auf Initiative Nyereres aus der Fusion der TANU mit der Afro-Shirazi Party (ASP) Sansibars hervorgegangen war. Tansania hat eine Einwohner:innenzahl von 61 741 120 auf einer Fläche von 945 087 Quadratkilometern. Als Amtssprache hat sich Swahili durchgesetzt.

Es kam die Frage auf, welche **Herrschaftsform** heute das Regierungssystem in Tansania bestimme. Der Referent erklärte, dass noch immer die Partei von Julius Nyerere, die CCM, an der Macht sei. Sie sei aber heute eine bürgerlich-kapitalistische Partei.

Weitere Fragen wurden zu der traumatischen Aufarbeitung dieses brutalen Kolonialregimes gestellt und wie es dazu kam, dass Tansania von einer deutschen Kolonie zu einer britischen Kolonie wurde.

Wir haben das Buch gleich nach der sehr eindrücklichen Veranstaltung gekauft. (Zum weiteren Inhalt siehe Kasten nächste Seite)



Die nächste Veranstaltung, die wir besuchten, war die Diskussion mit **Walter Listl**: **„Arme Welt gegen reiche Welt – Die neue Linie des internationalen Klassenkampfes“**.

Listl bezog sich hier auf den isw-Report 135 des Autors Conrad Schuhler. **Kernthese** ist, dass der **USA-China-Konflikt** der **entscheidende Großkonflikt** des 21. Jahrhunderts ist. Können die USA ihren relativen Abstieg aufhalten und kann sich der weltpolitische Aufstieg Chinas friedlich vollziehen?

Es geht um einen Konflikt zwischen den **westlich-kapitalistischen Ländern angeführt von den USA** und den **Schwellen- und Entwicklungsländern**, die sich zum großen Teil um **China** scharen.

Der Referent begann seinen Vortrag damit, dass die berühmte Feuerbachthese von Marx heute abgeändert werden müsse. Marx sagte: *„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern.“* Listl meinte, heute müsse es

heißen: *„Man muss die Welt erst analysieren"*. Seine Hauptthese, der China-USA Komplex sei heute im Weltgeschehen entscheidend.
Es findet ein regelrechter Rüstungs-Tsunami statt. Im **Ukraine-Krieg** seien die USA die Hauptgewinner. Die NATO sei gestärkt aber die EU geschwächt. Beleg dafür seien die Deindustrialisierung der EU, die enorme Verarmung innerhalb der EU, die politisch-militärische Abhängigkeit der EU von den USA.
Das Hauptziel der USA sei, die Ukraine zum westlichen Bollwerk zu entwickeln und das ist ihr weitgehend gelungen. Dagegen hat Russland in diesem Krieg viel verloren. Die Bilanz sind Tausende Tote und Verletzte. Hass ist geschürt worden. Das Ziel der Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine sei nicht erreicht worden.

„Der verschwiegene Völkermord Deutsche Kolonialverbrechen in Ostafrika", Aert van Riel , Auszüge

„... Nduna Mkomanile wird als mutige Frau beschrieben, die half, das »Maji«, das Kiswahili-Wort für »Wasser«, unter den antikolonialen Befreiungskämpfern zu verteilen. Es handelte sich um eine Art Zauberwasser, das zwar nicht, wie es die Verteiler der Flüssigkeit versprochen hatten, dazu führte, dass sich die deutschen Gewehrkugeln in Wasser verwandelten, aber es machte den Ostafrikanern im Kampf gegen die übermächtigen Deutschen und deren Verbündeten Mut ..." (Einleitung)

„... Die meisten Menschen starben nicht während der Kampfhandlungen, sondern durch eine Hungersnot und Epidemien nach dem Maji-Maji-Krieg. Verantwortlich hierfür war die deutsche Strategie der ‚verbrannten Erde' in Ostafrika. Mit diesem Begriff wurde etwa 35 Jahre nach der gewaltsamen Niederschlagung der Erhebungen im heutigen Tansania auch das Vorgehen der Wehrmacht während ihres Rückzugs aus der Sowjetunion beschrieben, nachdem sie schwere militärische Niederlagen gegen die Rote Armee hatte hinnehmen müssen.
Die »verbrannten Erde« symbolisiert die totale Zerstörung, um den Gegner zu schwächen. Das ist allerdings nicht der einzige Grund. Hinzu kamen der rassistische Wahn und der Hass auf die Zivilbevölkerung, die sich gegen die Eindringlinge gewandt hatte. Auch hier gibt es Parallelen zwischen dem deutschen Vorgehen zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Afrika und nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Jahr 1941. Im Zweiten Weltkrieg verloren etwa 27 Millionen Sowjetbürger wegen des deutschen Vernichtungskrieges ihr Leben. Sie wurden ausgehungert, starben auf den Schlachtfeldern, in den Konzentrations- und Vernichtungslagern der Nazis oder bei Massakern. 1939 lebten insgesamt etwa 190 Millionen Menschen in der Sowjetunion..." (Ebenda, S. 7)

Der nach diesem Zauberwasser benannte Maji-Maji-Krieg von 1905 bis 1908 gilt als einer der größten Kriege, die in Afrika während der Zeit des Kolonialismus ausgefochten wurden.
„… Allein die hohen Opferzahlen geben einen Hinweis darauf, wie groß die Verbrechen waren, die im Namen des Deutschen Reiches im heutigen Tansania begangen wurden. Sie waren höher als in ***Südwestafrika****, wo die Deutschen auf dem Gebiet des heutigen* ***Staates Namibia einen Völkermord*** (Anm von TA: an den Herero und Nama) *verübten. Dies geschah in den Jahren 1904 bis 1908, also etwa zur gleichen Zeit, in der in* **Ostafrika der Maji-Maji-Krieg** *tobte."* (Ebenda, S. 8 ff)

„... Der Historiker Bertram Mapunda, damals Direktor des Fachbereichs für Geschichte an der Universität Dar es Salaam, erklärte im Jahr 2004: »Die Deutschen würden uns gerne glauben machen, dass es eine Horde Wilder gab, die barbarische Handlungen gegen sanftmütige weiße Menschen begangen haben. Wir müssen aber die grausamen und barbarischen Handlungen untersuchen, welche die Deutschen gegenüber den Afrikanern verübten. Wir konzentrieren uns auf die afrikanische Perspektive. Ich sehe diesen Trend als eine Rückgewinnung unserer Geschichte und unseres Erbes.«
Damit brachte er den tansanischen Ansatz bei der Aufarbeitung der Kolonialgeschichte auf den Punkt..." (Ebenda, S. 40)

„... Untersuchungen des tansanischen Historikers Gwassa aus den 1960er und 1970er Jahren zeigen, dass einige ethnische Gruppen besonders stark unter der Vernichtungsstrategie des Kaiserreichs litten. Die Matumbi, die sich als erste gegen die Kolonialmacht erhoben hatten, haben im Maji-Maji-Krieg und in der Nachkriegszeit etwa die Häfte ihrer Bevölkerung verloren. Die Deutschen gingen nach dem Krieg von 18 000 bis 20 000 Opfern aus.
Gouverneur Gustav Adolf von Götzen, schrieb dazu lapidar in seinen Erinnerungen: »Dass Matumbi in den Monaten, die dem Aufstand folgten, von einer schweren Hungersnot heimgesucht wurde, war nur allzu begreiflich, wenn man bedenkt, dass der Aufstand alle Kulturen vernichtet hatte. Auch von der Bevölkerung war wohl die Hälfte dem Aufstand zum Opfer gefallen.« Auffällig an der Geschichtsschreibung der Kolonisatoren ist, dass sie die Verantwortung für Tod und Zerstörung allein bei den Maji-Maji-Kriegern sahen. Nach Angaben von Gwassa fielen zudem Zehntausende Angehörige der Ngoni während des Krieges und in der Folgezeit den Grausamkeiten zum Opfer...
„... Der Hungertod war Teil des Plans der deutschen Kolonialverwaltung. Diese legte fest, dass nur arbeitsfähige Einheimische Nahrungsmittelhilfe erhalten sollten. Wer zu schwach war, um die schwere körperliche Arbeit auf den Plantagen oder den Straßenbaustellen zu leisten, den überließen sie einem grausamen Schicksal…." (Ebenda, S. 43 ff) (Hervorh. TA)

Sein Fazit: Die vorprogrammierte nukleare Katastrophe werde sowohl von den USA, als auch von Russland in Kauf genommen und sei zynisch.

Der **Vortrag war sehr kurz und knackig** und so konnten **Fragen und Statements** folgen:
Ist die Multipolare Weltordnung eine Alternative?
An dieser Frage entlang hangelten sich die meisten Redebeiträge.
Der Referent betonte, dass im August 2023 das Treffen der **BRICS** in Südafrika eine Gefahr für die USA darstellte. Auf dem BRICS-Gipfel in Johannesburg luden die bisherigen Mitglieder sechs neue Staaten zur Mitgliedschaft ein: die Vereinigten Arabischen Emirate, Äthiopien, Argentinien, Iran, Ägypten und Saudi-Arabien. Sie sollen zum 1. Januar 2024 Mitglied werden und künftig an den Gipfeltreffen teilnehmen.
Nach welchen Kriterien die sechs Länder ausgewählt wurden, ist ziemlich unklar. Die BRICS haben die Macht, eine **Entdollarisierung** zugunsten der Länder des globalen Südens herbeizuführen. Aber die Aufnahme neuer Länder in die BRICS, wie Iran oder Saudi-Arabien, bringe keinen Fortschritt für die Arbeiter:-innenklasse. Die Frage war, was verbindet die neuen BRICS-Mitglieder überhaupt. Dazu meinte der Referent, es sei vordergründig der Überdruss von der Macht und dem Anspruch der USA, die Welt zu beherrschen und der Welt ihren Stempel aufzudrücken.

Einige Diskussionsbeiträge:
Frage: Was ergibt sich daraus für die Friedensbewegung?
Antwort Referent: Es gibt zwei Punkte, mit der sich die Bewegung auseinandersetzen muss:
Die AfD vertritt heute scheinbar richtige Positionen.
Der Linke Lafontaine tritt für eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik ein. Was bedeutet das?
Beitrag: Von Multipolarer Weltordnung zu sprechen ist falsch, besser pluripolar (Chavez Venezuela).
Frage ist, welchen Klassencharakter haben die einzelnen Blöcke.
Der Begriff „Stellvertreterpolitik" im Ukrainekrieg ist falsch, richtiger ist die Formulierung, Krieg der Nato gegen Russland. Die USA als Gewinnerin des Krieges zu sehen, ist falsch. Putin hat gesagt *„die USA macht Fehler, weil sie ihre europäischen Verbündeten zermalmen"*.
Beitrag DKP: Die DKP vertritt **nicht** die Position, Russland sei sozialistisch. Aber auch nicht imperialistisch. USA sind dagegen klar imperialistisch. Es geht um die Vollendung des antikolonialistischen Befreiungskampfes im Bündnis der Staaten des globalen Südens gemeinsam mit China gegen die westliche imperialistische Welt.
China unterstützt afrikanische Länder wie Burkina Faso oder Chile gegen die Einmischung der USA. China als imperialistisch einzuschätzen, ist Quatsch. China macht das alles unter fairen Bedingungen. China hat keine anderen Länder versklavt. Es muss eine Mehrproduktion auf der Welt geben, die ja mit Ausbeutung einhergeht, aber ohne Mehrproduktion keine Entwicklung. Plan der KP China ist der Aufbau des Sozialismus bis **2043.** Sie behaupten nicht, sie sind schon ein sozialistisches Land. Die ganze Ökonomie ist verstaatlicht, es gibt kein Privateigentum und damit auch keine kapitalistischen Strukturen mehr.
Beitrag: In den Händen des Staates, heißt ja nicht gleich das ist eine gute oder gar sozialistische Eigentumsform. Es kommt darauf an, wem der Staat gehört, wessen Staat der Staat ist, welche Klasse herrscht.
Beitrag: Die Weltsituation wird bestimmt von **zwei imperialistischen Polen**. Der eine Pol ist China, eine sozialfaschistische und imperialistische Großmacht plus die imperialistische Großmacht Russland und ihre Verbündeten, die um die Hegemonie in der Welt kämpfen, gegen die westlichen Großmächte USA, G7 mit ihren Verbündeten. Die Friedensbewegung muss sich von beiden Polen klar trennen.
Das Argument, China habe keine Militärbasen auf der ganzen Welt verteilt und daher sei es sehr friedlich und gehöre in die Kategorie der Entwicklungsländer, ist völlig falsch.
Imperialismus heißt nicht nur Gewalt, sondern auch die Infiltration der Ökonomie in anderen Ländern mit friedlichen Mitteln ist möglich und eine wichtige Option für China. Es gibt nicht nur Kolonialismus sondern auch Neokolonialismus durch ökonomische Infiltration. Nur weil die Großkonzerne Staatseigentum in China sind, heißt das nicht, dieses ist automatisch sozialistisch. Über die „Entwicklungspolitik der KP Chinas" hat Ding Xiaoqin (Professor an der Uni Für Finanzen und Ökonomie Shanghai) einen Vortrag auf XXIII. Rosa Luxemburg Konferenz 2018 gehalten. [2]
Er skizzierte die verschiedenen Phasen der Entwicklungspolitik der chinesischen Regierung. Er sprach dabei von der Etappe ab 2006 als „Verantwortliche Großmachtpolitik!" Das ist die niedliche Umschreibung der neokolonialistischen Politik der Großmacht China.
Beitrag: Ich war auf jeder Rosa Luxemburg-Konferenz und es gab auf keinen Fall einen solchen Beitrag über die Politik Chinas, wie hier behauptet wird.
Den Samstagabend haben wir mit unseren Genoss:-innen der IA.RKP in reger Diskussion verbracht.

2 XXIII. Internationale Rosa Luxemburg Konferenz, 13.1.2018, Die Broschüre, verlag 8. Mai, S. 37 ff

Auszug Artikel TA 78, Mai 2018, S. 31 – „XX.III Internationale RL-Konferenz Afrika: Amandla! Awethu!

Eindrücke – Ausblicke...

Chinas Afrikapolitik: Geschwister-Hilfe oder „verantwortungsvolle Großmachtpolitik und neokoloniale Unterdrückung?

Sebastian Carlens, Redakteur der jungen Welt, stellt auf dem Podium den nächsten Referenten zum Thema Afrika vor: **Ding Xiaoqin**, Professor an der Shanghai University of Finance and Economics sowie Generalsekretär der World Association for Political Economy. Carlens hebt hervor, westliche bürgerliche Politiker unterstellen, China betreibe eine gezielt geplante, neokoloniale Politik in Afrika. Die junge Welt und ihre Journalisten vertreten dagegen die grundfalsche Einschätzung, China sei ein sozialistischer Staat und daher sei seine Politik in Afrika sozialistische Bruderhilfe: *„wie die Zusammenarbeit mit Kuba und China zeigt, Beispiele für internationale Beziehungen, die auf Kooperation und gegenseitiger Achtung basieren."* [1]

Ding Xiaoqin teilt unter dem Motto **„Entwicklung ohne Einmischung"** die Kooperation zwischen China und Afrika in **drei Phasen** ein.

Phase 1: 1949 – 1979 Mao Zedong-Ära: Ziel: Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen

Der Referent führt aus: Die erste Phase wurde 1956 von Mao Zedong nach der Bandung Konferenz initiiert. Ziel war, die nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika zu unterstützen und die Kräfte des westlichen Kolonialismus und Imperialismus zu bekämpfen. Bis **1974** war diese Unterstützung **„kostenlos"**, d.h. es wurde keine Gegenleistung dafür eingefordert. Ab dem Folgejahr hat China den afrikanischen Ländern Teile seiner Unterstützung in Rechnung gestellt. Dafür haben die afrikanischen Länder China politisch unterstützt, um einen Sitz bei der UN zu erlangen.

Bereits hier zeigt sich, dass Ding Xiaoqin entweder mangelndes Geschichtsverständnis oder -wissen hat oder bewusst einige Stellen im historischen Kontext verdreht.

Phase 2: 1980 – 1999 Deng-Xiaoping-Ära: Wandel der politischen Hilfe in wirtschaftliche Zusammenarbeit

In dieser Zeit war, laut Ding Xiaoqin, Ziel der chinesisch-afrikanischen Kooperation *„Gleichheit und gegenseitiger Nutzen"*. Dabei ermutigte China seine wirtschaftlichen Unternehmen aktiv an der Wirtschaftskooperation mit Afrika teilzunehmen, auch eine schicke Umschreibung für Sozialimperialismus.

Phase 3: Seit 2006 Konzept der *„verantwortungsvollen Großmacht"*

In dieser Phase legt China ein besonderes Augenmerk auf Investitionen in öffentliche Infrastrukturprojekte, die Entwicklung landwirtschaftlicher Technik sowie den Erfahrungsaustausch und die Ausbildung von lokalen Fachkräften.

Seitdem das chinesisch-afrikanische Kooperationsforum (Focac, Forum on China-Africa Cooperation) im Jahr 2000 gegründet wurde, nimmt das Handelsvolumen zwischen China und Afrika stetig zu. Von Januar bis Oktober 2017 betrug das gesamte Handelsaufkommen 139,6 Milliarden US-Dollar. Seit 2000 ist der Anteil des Handels mit Afrika am gesamten Außenhandel Chinas von 2,1 Prozent auf 4,3 Prozent angestiegen, mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 31,5 Prozent. Die Summe der chinesischen Investitionen stieg von einer Milliarde US-Dollar im Jahr 2004 auf 35 Milliarden US-Dollar im Jahr 2015 mit einer jährlichen Wachstumsrate von 40 Prozent. Gleichzeitig hat China in Afrika mehr als 20 Handels- und Wirtschaftssonderzonen eingerichtet. Internationale Kritik dahingend, China betreibe in Afrika Neokolonialismus, Ressourcenausbeutung und Expansionismus, wiegelt Ding Xiaoqin unter der Überschrift **„Probleme und Fehler"** ab. Er gesteht „selbstkritisch" ein, ein Grund für die rasche Entwicklung der Handelskooperation zwischen China und Afrika liegt darin, dass *„Chinas starkes Wirtschaftswachstum nach Energie und Ressourcen verlangt"*, dass *„Afrika sich an reichen Ressourcenvorkommen und einer vorteilhaften demographischen Struktur"* erfreue und der afrikanische Konsummarkt *„billige chinesische Produkte benötigt"*. [2]

Eines der Probleme sieht Ding Xiaoqin im unausgeglichenen Handel zwischen China und Afrika. Afrikas Hauptexportartikel nach China sind Ressourcen, wohingegen Chinas Hauptexportprodukte nach Afrika verarbeitete Produkte sind.

Kein Wort davon, dass zum Beispiel die Textilindustrie von Sambia aufgrund der billigeren chinesischen Importe zusammenbrach.

Weitere Probleme schiebt Ding Xiaoqin auf **private** Unternehmen. Heute investieren ungefähr 10 000 chinesische Unternehmen in Afrika, 90 Prozent davon befinden sich in privater Hand, auch wenn vom Ausmaß der Investitionen her die staatseigenen Konzerne nach wie vor führend sind. Sein Argument: *„Aus politischen, sicherheitstechnischen und anderen Gründen ist das Risiko, in Afrika zu investieren, größer. Dadurch verfolgen diese kleineren Unternehmen eher kurzfristige Interessen und werden ihrer gesellschaftlichen und sozialen Verantwortung teilweise nicht gerecht. Manche privaten Geschäftsleute sind zudem weniger qualifiziert"*. [3] Klar, kein Wort über das hässliche Gesicht der **neokolonialen Ausbeutung afrikanischer Werktätigen** und Naturzerstörung durch die chinesische Großmacht.

1 jW, Spezial, S. 1

2 jW, Spezial, S. 7

3 ebenda

„Was kostet eine Frau? Eine Kritik der Prostitution“, Herausgeber:innen „Feministisches Bündnis Heidelberg“.
Am Sonntagmorgen besuchten wir die Vorstellung dieses Buches von zwei Mitherausgeberinnen. Sie hielten zwei ausführliche und spannende Vorträge über die unterschiedlichen und vielfältigen Beiträge in diesem Sammelband.
Theoretische Analysen sind enthalten ebenso wie Zeugnisse von Aussteigerinnen „aus der Prostitutions-Hölle. Zentraler Ausgangspunkt der teils hochtheoretischen Ausführungen ist eine materialistische Analyse der Prostitution. Schon im Untertitel „Eine Kritik der Prostitution“ wird auf den zentralen Widerspruch in der Einordnung der Prostitution unter kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen verwiesen.
In ihrem Artikel *„entwickelt Hanna Vatter ‚eine marxistische Lesart der Prostitution‘ anhand der sie, die Frau als Ware im Neopatriarchat‘ analysiert. Ihrem Ansatz zufolge handelt es sich bei Prostitution um eine „lohnförmig organisierte Tätigkeit“, bei der die Frau „die Ware Sex [produziert], die in der aktuellen Warenzirkulation männerbündisch organisiert gehandelt wird“.* [3]
Innerhalb der feministischen Bewegung existieren teils auch gegensätzliche Herangehensweisen. Die Mär von der selbstbestimmten und unabhängigen Sexarbeiterin, die angeblich durch die „liberale“ Prostitutionsgesetzgebung einen Job wie jeden anderen ausführt, wird mit der brutalen Wirklichkeit von „Freiern“, männlicher Gewaltherrschaft die Frauen als Ware kaufen, ausbeuten, misshandeln und ja auch töten, konfrontiert.
Prostitution ist keine „Dienstleistung“ sondern ein extremes Gewaltverhältnis in der patriarchalen Gesellschaft. Alle Bestrebungen die Prostitution für Frauen zu „humanisieren“ sind einfach Fake. Das Abzocken der Frauen beim Sexkauf durch fiskalische Abschöpfung der sogenannten Vergnügungssteuer vom Staat in Bordellen und bei den Frauen selbst ist nur ein Beispiel.
Gesetzgebung und Praxis in Deutschland mit der Prostitution werden verglichen mit dem sogenannten Nordischen Modell, das auf einem Sexverkaufverbot beruht. Wir können leider nicht umfassend auf die zahlreichen Gesichtspunkte eingehen. Auch wenn wir das Buch noch nicht gelesen haben, scheint es uns sehr spannend zu sein, wenngleich auch manchmal sehr kompliziert verfasst.
Anzumerken ist noch, wir waren wirklich enttäuscht, dass es leider am Ende der Veranstaltung kaum den Raum für eine Diskussion gab. Das war sehr schade, da durchaus Nachfragen wie auch gegensätzliche Positionen zu diesem Thema im Publikum geäußert wurden.

Sonntagmorgen fand um **11 Uhr das Verleger:innen-Treffen** statt. Dieses Mal haben 50 Verleger:innen teilgenommen. Die Diskussion drehte sich im Wesentlichen um zwei Punkte:

* **Die Erklärung: Wir sind alle ANTIFAschismus.** Am 11. Oktober hat die Polizei die Wohnungen von sechs jungen Menschen in Nürnberg durchsucht. Der Vorwurf: Durch das Sprühen von antifaschistischen Graffiti im Großraum Nürnberg sei die Antifa „verherrlicht“ worden. Auf Grundlage dieses Vorwurfs konstruiert die Generalstaatsanwaltschaft München eine kriminelle Vereinigung nach § 129. [4]
Wir, Trotz alledem! haben die Erklärung unterschrieben.

* Im zweiten Punkt ging es um eine **Teilnahmen an der Linken Literaturmesse von Jörg Finkenberger** mit seinem Heft und Blog **„Das große Thier“**.
Er veröffentlicht im ça ira-Verlag. Diesen Verlag haben wir, die Verleger:innen vor Jahren aus der Linken Literaturmesse ausgeschlossen. Er hat sich unsolidarisch gegenüber Andersdenkenden gezeigt und die Organisator:innen bei der Stadt pauschal als Antisemiten diffamiert. Wer die Polizei und die Handlanger des Staates zur Hilfe holt gegen uns Alle, hat hier einfach nichts verloren.
Wir haben es den Organisator:innen überlassen, einen Weg zu finden, dass Jörg Finkenberger im nächsten Jahr teilnehmen kann. Dazu gehört eine klare Distanzierung gegen die Diffamierung der Organisator:innen der Linken Literaturmesse als Antisemiten.
Es war eine gute Entscheidung, die alle mittragen konnten, trotz unterschiedlichster Ausgangsposition.

Die 28. Linke Literaturmesse war insgesamt mal wieder toll. Die Herzlichkeit, das Organisationstalent, das Gemeinsame ob aller Unterschiede, Kritik und Selbstkritik – Einfach Klasse! Danke an alle Organisator:innen. Wir werden weiterhin dran teilnehmen.

Aktivist:innen und Leser:innen
bei und um Trotz alledem!

3 IRSS-Newsfeed neuer Artikel von Rolf Löchel Besprochene Bücher / Literaturhinweise

4 Alleantifa.noblogs.org/

Aktionsbündnis

„Kein Knoten für Zetkin“

Antikommunistischer Angriff abgewehrt

In Tübingen wurde verhindert, dass Clara Zetkin im Stadtbild auf eine Stufe mit Faschisten gestellt wird

Clara Zetkin kämpfte für die Emanzipation der Frauen, gegen Krieg und Faschismus, für die Überwindung des Kapitalismus und eine sozialistische Gesellschaft. Die Stadt Tübingen wollte die Kommunistin in eine Reihe mit Nazis stellen: Die dortige Clara-Zetkin-Straße sollte mit einem „Knoten“ aus dem 3D-Drucker als „kritikwürdig“ gekennzeichnet werden – dabei handelt es sich um eine Markierung, die sonst nur Faschisten und Kriegsverbrecher bekommen. Nach mehrmonatigem Protest gegen dieses Vorhaben wurde dem Vorschlag vom Gemeinderat eine Absage erteilt.

Im Januar 2023 legte eine von der Stadtverwaltung beauftrage siebenköpfige „Kommission zur Überprüfung der Tübinger Straßennamen“ ihren Abschlussbericht vor. Die Historiker empfahlen, verschiedene Tübinger Straßen umzubenennen oder als „in der Kritik stehend“ zu markieren.

Dies betraf Straßen, die nach Personen benannt sind, die mit dem NS-Regime, mit Antisemitismus, Kriegsverbrechen oder Kolonialismus in Verbindung standen – und die Clara-Zetkin-Straße. Deren Namensgeberin warf die Kommission „Mitwirkung an Justizverbrechen“ und „Demokratiefeindlichkeit“ vor.

Schnell regte sich dagegen Protest: Unter dem Motto „Kein Knoten für Zetkin!“ bildete sich ein Aktionsbündnis. Es überprüfte und widerlegte die Behauptungen der Kommission und führte zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen durch.

Im Oktober 2023 sprach der Tübinger Gemeinderat sich dann mit überwältigender Mehrheit gegen einen „Knoten“ für Zetkin aus.

„Stalinistische Verfolgungspolitik“

„Moralisch kritikwürdig“ sei Clara Zetkin „vor allem deshalb, weil sie das gewaltsame Vorgehen der sowjetischen Machthaber gegen Oppositionelle nicht nur öffentlich verteidigte, sondern aktiv unterstützte“, heißt es im Abschlussbericht der Kommission.

Weiter wird ausgeführt: „So plädierte sie im Sommer 1922 als Anklägerin im Moskauer Schauprozess für die (letztlich nicht vollstreckte) Todesstrafe gegen eine Gruppe sogenannter Sozialrevolutionäre.“ Erst nach dem Prozess habe Zetkin dann „befürwortet“, dass die Strafen nicht vollstreckt wurden.

Es handelte sich bei den Sozialrevolutionären aber nicht um „Oppositionelle“, die lediglich die Politik der Regierung kritisiert hätten. Tatsächlich hatten sie sich mit zaristischen Kräften und den Entente-Staaten verbündet, um die Sowjet-Regierung gewaltsam zu stürzen, unter anderem mit Attentaten auf Führungspersönlichkeiten wie Lenin.

Den Angeklagten wurden Handlungen nachgewiesen, die in jedem Regierungssystem strafbar gewesen wären. Zetkin bezeichnete das Vorgehen der Sozialrevolutionäre 1922 als „Verschwörungs-, Aufstands- und Terrorpolitik“. Dennoch plädierte sie, anders als von der Kommission behauptet, nicht für Todesurteile.

Im Gegenteil: Zahlreiche historische Quellen belegen, dass sie sich im Rahmen des Prozesses stets *gegen* drohende Todesurteile eingesetzt hat. Die Darstellung der Kommission ist also höchst irreführend und historisch und wissenschaftlich nicht haltbar.

Weiter heißt es im Abschlussbericht, Zetkin habe im Moskauer Prozess für das „Recht und Gebot der Notwehr einer unterdrückt gewesenen und sich befreienden Klasse“ argumentiert. Dass dieses auch „jenseits der Grenzen der bürgerlichen Rechtsordnung“ zur Geltung kommen sollte, kritisiert die Kommission: „Im Kern war diese Argumentation Zetkins totalitär – und sie nahm den später vollzogenen Übergang zur stalinistischen Verfolgungspolitik vorweg.“

Tübinger Totalitarismus-Theorien

Dr. Johannes Großmann, der Vorsitzende der Kommission, wurde für seine Arbeit „Die Internationale der Konservativen“ von der Konrad-Adenauer-Stiftung

ausgezeichnet; er betreibt außerdem momentan ein Forschungsprojekt über die „globale antikommunistische Gemeinschaft" der 1960er-Jahre.
In ihrem Abschlussbericht beruft seine Kommission sich auf die Zetkin-Biographie von Tânia Puschnerat. Die Historikerin, die als Abteilungsleiterin beim Bundesamt für Verfassungsschutz und am gemeinsamen nachrichtendienstlichen Ausbildungszentrum von BND und Verfassungsschutz in Berlin tätig war, ist Anhängerin der Extremismus- und Totalitarismus-Theorie und versucht in ihrem Buch, das den Titel „Bürgerlichkeit und Marxismus" trägt, Zetkin immer wieder mit rechten Ideologien in Verbindung zu bringen, etwa, indem sie angebliche „mentale Übereinstimmungen" zwischen Zetkin und Rechten wie Ernst Jünger oder Carl Schmitt unterstellt – ein rein assoziatives, ahistorisches und ganz offensichtlich zutiefst ideologisch motiviertes Vorgehen. Dass Zetkin im Abschlussbericht der Kommission in einem Atemzug mit NSDAP-Mitgliedern genannt wird, kommentierte die Wochenzeitung *Kontext* im April 2023 folgendermaßen: „Siehe da, das Totalitarismus-Gespenst manifestiert sich in Tübingen in einem harten Knoten.
Man könnte auf den Gedanken kommen, die Kommission habe überlegt: Jetzt haben wir so viele Rechte auf dem Knoten-Kieker, da muss sich doch wohl auch eine Linke beigesellen lassen. Damit die Waage halbwegs ausgelastet ist. Die Hufeisenenden sich zusammenfinden."

Provinzposse

Das Aktionsbündnis zeigte zunächst unter Anführung historischer Quellen auf, dass die Behauptungen im Abschlussbericht der Kommission falsch waren. Das Fazit seines *Fact Sheets*, das auf der Website des Bündnisses (keinknoten.wordpress.com) einsehbar ist, lautet: *„Die Kommission hat, was Zetkin angeht, historisch und wissenschaftlich nicht korrekt gearbeitet. Die Behauptungen, die sie gegen Zetkin anführt, sind teilweise objektiv falsch und lassen sich sogar mit den Quellen, die die Kommission selbst angeführt hat, widerlegen. Der Gemeinderat sollte der Empfehlung der Kommission in Bezug auf die Clara-Zetkin-Straße nicht folgen."*
Im März fand eine Podiumsdiskussion zum Thema statt, an der auch zwei Vertreter:innen der Kommission teilnahmen – neben Großmann der Geschichtsprofessor Bernd Grewe.
Sie konnten nicht überzeugen: Nach der Veranstaltung bezeichnete die Lokalpresse ihren Vorschlag als „Posse" und forderte: „Lieber ein Knoten für Bismarck oder Ebert". Für diese beiden Straßen hatten die Experten keine Markierung vorgeschlagen. Bald wurde überregional Protest laut.
Über 25 Organisationen und Einzelpersonen unterstützten das Bündnis – linke, antifaschistische, antimilitaristische und feministische Gruppen, Zetkin-Kenner:innen wie Florence Hervé, aber auch das Zetkin-Haus in Stuttgart, die Zetkin-Gedenkstätte in Birkenwerder und das Zetkin-Museum in Wiederau, die sich in öffentlichen Erklärungen gegen das Vorhaben der Stadt positionierten.
In der Erklärung des Clara-Zetkins-Hauses heißt es: *„Clara Zetkin ist keine umstrittene, sondern eine international anerkannte und geachtete Persönlichkeit. Die Stadt Tübingen würde sich mit einer solchen Provinzposse international ins Abseits stellen. Wir fordern Sie auf, dieses unwürdige Spiel zu beenden."*
Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) erklärte, dass *„jedwede Gleichstellung von Antifaschistinnen und Antifaschisten mit den Verbrechern und Profiteuren des Naziregimes eine untragbare und überaus gefährliche Form des Geschichtsrevisionismus"* darstelle.
In den darauffolgenden Monaten gab eine Vielzahl von Veranstaltungen und Aktionen – Vorträge, Theaterstücke, Lesungen, Kundgebungen. Im Juni fand anlässlich des 90. Todestags Zetkins, der gleichzeitig der 100. Jahrestag ihrer Rede „Der Kampf gegen den Faschismus" war, eine ganze Aktionswoche statt.

Zweifelhafte Methoden

Für eine regionale Kampagne war das öffentliche Interesse sehr groß. Überregional war die Tübinger Debatte in verschiedenen Medien Thema, die lokale Presse stellte fest, dass Zetkin durch den Protest „innerhalb kürzester Zeit zur bekanntesten Namensgeberin einer Tübinger Straße avancierte".
Schon im März meldete der SWR, Teile der Vorwürfe gegen Zetkin seien „umstritten und mittlerweile zurückgenommen". Dem widersprach die Kommission

sofort. Die Wissenschaftler weigerten sich, die einmal angeführten Begründungen, die sich als falsch herausgestellt hatten, öffentlich zu revidieren. Da sie den Argumenten des Aktionsbündnisses auf der sachlichen Ebene nichts entgegenzusetzen hatten, gingen Kommission und Stadtverwaltung zum Angriff über – mit zweifelhaften Methoden: Obwohl das Bündnis ausschließlich sachlich argumentierte, versuchten sie fortan, den Protest mit angeblichen „Diffamierungen" der Kommission gegenüber in Verbindung zu bringen.

Aufkleber mit QR-Code auf den Pfosten der Tübinger Straßenschilder mit „Knoten" fordern zum „Mitdiskutieren" auf *tuebingen.de* auf. Dort konnten über ein Onlineformular Stellungnahmen abgegeben werden. Nachdem kritische Statements nicht veröffentlicht worden waren, löschte die Stadt im Mai 2023 diesen Bereich auf der Website kommentarlos.

Später behauptete die Leiterin des städtischen Kulturamts man habe das Diskussionsforum „mit großem Bedauern" schließen müssen: „Uns fehlen die Kapazitäten, beleidigende und verleumderische Statements redaktionell so zu bearbeiten, dass wir sie guten Gewissens veröffentlichen können." Nachdem das Aktionsbündnis erwirkt hatte, dass die eingesandten Stellungnahmen dem Gemeinderat vorgelegt wurden, stellte sich heraus: Dabei handelte es sich um eine glatte Lüge. Eine angebliche Flut diffamierender Einsendungen war schlicht erfunden worden, um die Löschung des Formulars zu rechtfertigen und den Protest zu diskreditieren. Eine Rücknahme der Unterstellungen erfolgte auch in diesem Punkt nicht. Stattdessen wurde das Bündnis von Oberbürgermeister Boris Palmer aufgefordert, „den Vorwurf der Lüge" zurückzunehmen – obschon dieser klar erwiesen ist.

Deutliche Absage

Am 26. Oktober stand schließlich die Entscheidung im Gemeinderat an. In der Sitzung verkündete die Leiterin des städtischen Kulturamts die Argumente des Aktionsbündnisses seien „keine fundierte Gegendarstellung, da sie von Personen kommen, die nicht an den Universitäten forschen".

Die Linksfraktion, die das Bündnis unterstützte, kündigte an, falls der Rat eine Markierung für die Clara-Zetkin-Straße entscheide, ebenfalls eine für die Bismarckstraße beantragen zu wollen. Sie war die einzige Fraktion, die Kritik am Vorgehen von Kommission und Kulturamt übte, alle anderen lobten deren Arbeit und Engagement, teilweise in höchsten Tönen – um dann trotzdem deren Empfehlungen eine deutliche Absage zu erteilen: 20 von 32 anwesenden Stimmberechtigten stimmten gegen einen „Knoten" für Zetkin, es gab sieben Enthaltungen; nur fünf Gemeinderatsmitglieder stimmten für eine Einordnung der Clara-Zetkin-Straße als „kritikwürdig". Dann stimmte eine knappe Mehrheit sogar spontan noch für einen „Knoten" für die Bismarckstraße. Das Aktionsbündnis hatte sein erklärtes Ziel erreicht – und sogar übertroffen.

Anhand dieses kleinen Themas auf lokaler Ebene wurde einiges deutlich: Ganz offensichtlich spielen akademische Titel, persönlicher Ruf, Ansehen und Beziehungen eine größere Rolle als eine demokratische und sachliche Vorgehensweise im Sinne von Transparenz und wissenschaftlicher Wahrheitsfindung.

Mit dem Protest wurde auch ein deutliches Zeichen an den bürgerlichen Wissenschafts- und Politikbetrieb gesendet: „Wir schauen genau hin und lassen es nicht zu, dass unter dem Deckmantel vorgeblicher Neutralität die Geschichte verdreht wird. Clara Zetkins Kampf um Befreiung, gegen Faschismus und Krieg muss verteidigt und weitergeführt werden", so die Sprecherin des Bündnisses nach der entscheidenden Sitzung im Gemeinderat.

Eine Chronologie der Ereignisse, eine Presseschau, das Fact Sheet, Fotos und weiteres Material finden sich unter **keinknoten.wordpress.com**

November 2023

FREIHEIT FÜR PALÄSTINA
PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
BUND DER KOMMUNISTINNEN
JEWS AGAINST GENOCIDE
ANTI-NAZI · ANTIFASCIST · ANTI-ZIONIST
ANTISEMITISMUS ist keine PALÄSTINA-SOLIDARITÄT
NAZIS VERPISST EUCH
HERZLICHEN DANK AN DIE MEDIEN FÜR DIE OBJEKTIVE UND SACHLICHE BERICHTERSTATTUNG
ZIONISM = FASCISM
GAZA : CESSEZ-LE-FEU IMMEDIAT
POUR UNE PAIX JUSTE ET DURABLE
PALESTINE VIVRA
1947
1967
2003
66 ANS
Que les palestiniens demandent justice.
Que nos gouvernements soient complices de la colonisation israélienne
MOURN THE DEAD AND FIGHT LIKE HELL FOR THE LIVING
LET GAZA LIVE